

zeitung antirassistischer gruppen

DEZEMBER 1996
4. QUARTAL NR. 21
erscheint vierteljährlich
Postvertriebsstück A 12057 F

5,–DM

Zurück ins Nichts: Balkan, Krieg und Flucht

No Deportations!

ZAG/Antirassistische Initiative e.V., Yorckstr. 59, HH, 10965 Berlin

Antirassistische und antifaschistische Telefone in der BRD

Aachen
Antifa/Antira Infobüro
0241/3 84 68
(in dringenden Fällen) fr ab 18.00

Berlin
Antirassistisches Telefon
030/785 72 81
mo ab 17.30, di 16.00-19.00,
fr 14.30-17.30

Bielefeld
AntiDiskriminierungsBüro
0521/64094
mo+fr 10.00-13.00, di+do
14.00-18.00 (sonst AB)

Bonn
Antirassistisches Telefon
0228/63 61 51
mo+mi+do 18.00-20.00

Braunschweig
Antirassistisches Telefon
0531/34 11 34
mi 16.00-18.00, sa 17.00-19.00

Bremen
Anti-Rassismus-Büro
0421/70 64 44
di 15.00-19.00, do 15.00-17.00

Delmenhorst
Infotelefon 04221/178 15

Dortmund
Infotelefon Dortmund
0231/41 66 65

Düsseldorf
Nottelefon gegen Rassismus
0211/992 00 00, rund um die Uhr

Erlangen
Infobüro gegen Rassismus
09131/20 22 68
di 10.00-12.00

Essen
Anti-Rassismus Telefon
0201/23 20 60

Giessen
Antirassistisches/antifaschistisches
Notruftelefon
0641/79 14 64
di 19.00-21.00, fr 19.00-23.00,
sa 11.00-13.00 und 19.00-23.00

Göttingen
Antifaschistisches Notruftelefon
0551/39 45 67

Hamburg
Antirassistisches Telefon
040/43 15 87, mo-sa 9.00-23.00

Heidelberg
Antirassistisches
Notruf- und Infotelefon
06221/290 82, werktags 19.00-7.00

Kassel
Infotelefon 0561/17919, 24 Std.

Köln
Kölntelefon 0221/881022

Lübeck
Antifaschistisches Telefon
0451/702 07 48
täglich außer so+di 18.00-21.00

Lüneburg
Antifatelefon Lüneburg
04131/40 54 10

Mannheim
Antirassistisches Notruftelefon
0621/156 41 41
fr+sa 19.00-6.00,
so und mo 19.00-24.00
Infotelefon 0621/217 05

München
Anti-rassistisches Telefon,
089/543 96 12
mo 10.00-12.00, di 18.30-20.30
und fr 15.00-17.00

Münster
Antifa-Infotelefon
0251/602 56
di 18.00-20.00, Fr 17.00-1.00

Passau
Infotelefon Antifa
0851/361 06
fr 16.00-19.00



»Wenn die Arbeitslosigkeit nicht nachhaltig gesunken ist, hat dies auch damit zu tun, daß 1988 bis 1993 allein 2,5 Millionen Zuwanderer auf den deutschen Arbeitsmarkt geströmt sind. Ich fordere Sie dringend auf, all diese weithin unbekannten, wichtigen Daten stärker in unserem Land zu verbreiten.«

Helmut Kohl auf dem CDU-Parteitag am 20.10.1996



Zeitung antirassistischer Gruppen
http://www.berlinet.de/zag/

Herausgeberin
Antirassistische Initiative e.V.

Redaktion
Georg, Günther, Heidje, Irmgard, Jürgen, Michael, Tobias
Fotoredaktion: Albert

Redaktionsanschrift
ZAG / Antirassistische Initiative
Yorckstr. 59, HH, 10965 Berlin
Tel.: 030-785 72 81
(Antirassistisches Telefon)
FAX: 030-786 99 84
E-Mail: ZAG @ VLBERLIN.comlink.de

Konto
Antirassistische Initiative e.V.
Stichwort: ZAG
Bank für Sozialwirtschaft
Konto-Nr.: 303 96 01
Bankleitzahl: 100 205 00

Erscheinungsweise
vierteljährlich

V.i.S.d.P.
Peter Finger

Gestaltung
Ulrike Steglich, Rosenthaler Str. 13, 10119 Berlin

Druck
EinDruck

Redaktionsschluß
für die nächste Ausgabe: 16.2.97

Inhalt

Zum letzten Gefecht...

war noch nicht geblasen, an den Fronten des auseinandergeflogenen Jugoslawien, die Tinte unter dem Abkommen von Dayton noch nicht trocken, da startete Innenminister Kanther bereits seine Abschiebekampagne gegen die Kriegsflüchtlinge. Sein Kollege vom Verteidigungsministerium strickte derweil weiter an der überfälligen Normalisierung in Sachen Bundeswehreinsätze. *Über 50 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges ist es für die Deutschen an der Zeit...* Und auch die Journaille ging ihrer gewohnten Recherche nach und wurde, welch Zufall, in den Sozialämtern fündig, die gleich reihenweise von Bürgerkriegsflüchtlingen ausgesaugt wurden.

... sich auf die Nation zu besinnen. An erster Stelle steht die drastische Reduzierung des Ausländerzustroms. Die Praxis unserer Asylgesetzgebung lädt Kriminelle geradezu ein... Dieser Tage brachte sich der erste Abschiebekandidat um und Kanther sein Deportationsabkommen mit Bosnien unter Dach und Fach – das übliche halt, bundesdeutsche Normalität im Herbst 1996. *Millionen DM Einsparungen jährlich!* Mehr zum Themenschwerpunkt dieses Hefts auf Seite 13.

Die Kluft zwischen Politik und Volk nicht vertiefen! Um die Einebnung der Kluft zwischen alternativem Volk und seinem politischem Organ, der taz, muß es wohl Jan Feddersen zu tun sein, der sich in Sachen Lübecker Prozeß nach Kräften bemüht, die Verurteilung von Safwan E. mit herbeizuschreiben. Was sich aus Sicht des Lübecker Bündnisses gegen Rassismus in den letzten Wochen im Gerichtssaal abspielte, lest ihr auf Seite 8.

Herr Ewald Schnitzler aus Neuenburg zu einem augenscheinlich ganz anderen Thema: *Der Niedergang ist nicht mehr aufzuhalten.* Wohl aber ein US-Historiker namens Goldhagen, der die Deutschen an die Normalität ihrer Taten vor 50 Jahren erinnert und dabei nicht nur »viel zu emotional« ist, sondern unverschämterweise auch noch viel Geld dabei verdient. Herr Schnitzler aber muß *auf einen Schlag um rund 22 Prozent mehr Krankenkasse* zahlen und sieht *Banken und Versicherungen immer noch die größten und schönsten Gebäude* bauen. Das ist zwar im Kapitalismus das Normalste von der Welt, aber Herr S. fragt sich immer noch, *wo denn die Differenzsummen versickern.* Und dann: *Dem ganzen Niedergang hat der sogenannte Staat viel zu lange zugeschaut,* meint Herr S. Wie es zugeht, wenn aus dem »sogenannten« Staat wieder ein ordentlicher Staat wird, und alle aufhören zuzuschauen, dazu mehr im Debattenteil, wo wir einen Beitrag zur Diskussion um Hitlers willige Vollstrecker aus autonomer Sicht dokumentieren.

Bei der Normalisierung des Verhältnisses zu Südafrika haben gewisse Kreise, vor allem Geschäftsinhaber entlang der Zeil, dem Kurfürstendamm und anderen Flaniermeilen, offenbar etwas mißverstanden, bzw. eine marginale Änderung der südafrikanischen Gesellschaftspolitik übersehen. Soll ja vorkommen. Auch sie fragen sich immer verzweifelter, ja wo versickern sie denn, die Differenzsummen, verlängern die Öffnungszeiten und plädieren immer heftiger für »Whites Only« vor ihren Schaufenstern und überlegen gar, die entsprechenden Straßenzüge zu privatisieren, um das ganze aufs Konsumklima drückende anormale und asoziale Gesindel fernzuhalten. Gegen diese Tendenzen richten sich in Berlin Straßen-Aktionen, von denen auf S. 5 berichtet wird. Mit neuen Formen von Apartheid in den Städten wird sich übrigens auch unser nächstes Heft beschäftigen.

Ansonsten: Same procedure as every year – die ersten politischen Standardprozeduren des ganz normalen Jahres 1997 findet ihr unter kurz angesagt auf Seite 48 – wir sehn uns wie immer bei den Gedenksteinen von Rosa und Karl und kehren dann in den antirassistischen Redaktionstrott zurück – Einsendeschluß für das nächste Heft ist der 16.2.97. Nun, Brüder zur Sonne zur Freizeit – Schluß mit dem Endredaktionsstreß, auf zum letzten Kampf von Henry Maaaaaaske vor den Fernseher... Na, er hat jetzt auch noch verloren. Trotz dieses traurigen Tages für Deutschland...

Wie immmer unentwegt, früh aufgestanden und der Zukunft zugewandt...

Eure ZAG-Redaktion

Alle kursiven Einschübe sind Zitate von der Leserbriefseite der Berliner Morgenpost vom 23.11.1996

Ona Move!



Foto. Felix Schumann

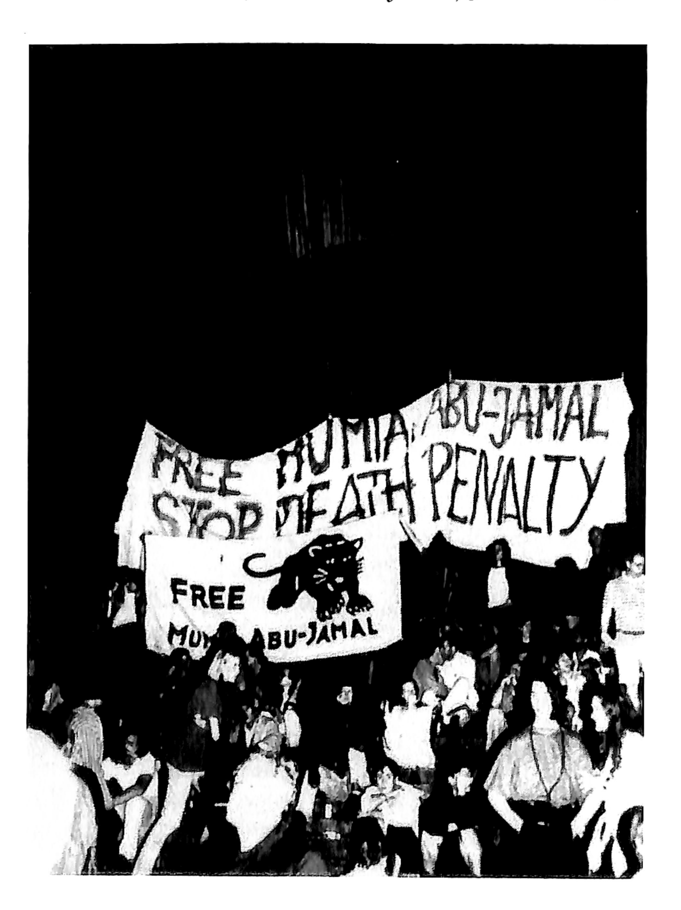
Liebe Brüder, Schwestern, FreundInnen und UnterstützerInnen,

Während wir die aktuelle Phase des Widerstandes beginnen, werde ich durch die Umstände gezwungen, Euch folgendes zu schreiben:
Unsere Bewegung ist gewachsen und wächst weiterhin - mal mehr und mal weniger schnell. Dadurch säen wir die Idee des Widerstands immer breiter. Darin drückt sich vor allem die harte und aufopfernde Arbeit von vielen guten Leuten aus, von denen viele gerade diesen Brief lesen werden. Ihr macht gute Arbeit! Und ich möchte mich dafür bei Euch allen bedanken!
Es war und ist kein einfacher Kampf angesichts eines derart hinterlistigen Gegners: Viele Menschen von Vermont bis Minnesota, von Philly bis Frisco wurden von der Polizei geschlagen und verhaftet! Einige von uns haben hautnah erfahren, wie dieses »Gesetz« der Ungerechtigkeit funktioniert; der Angriff des Systems auf die sog. »freien« Menschen, auf die Menschen außerhalb der Knastmauern, die einfach nur wagten, die Wahrheit zu sagen.
Die Schlußfolgerung daraus liegt auf der Hand: Wenn Du für Deine Rechte kämpfen mußt, dafür geschlagen wirst, man Dich anlügt und Dich juristisch auflaufen läßt, wenn Du auf diese Rechte bestehst, dann kann das alles hier nicht ganz so frei sein, oder ?
Aber war es das jemals ?
Auch meine Anwälte sind alles andere als frei. Wir sind sehr glücklich darüber, daß uns ein so fähiges und aufopferndes Anwaltsteam zur Seite steht, das von dem brillanten Rechtsanwalt Len Weinglass angeführt wird, der meine Verteidigung übernahm, als diese Bewegung nicht einmal einen kleinen Raum füllen konnte.
Len und Co. haben hart und mit geringen Ressourcen gegen diesen Staat gekämpft.

Die Spendenkampagne für den juristischen Teil der Kampagne wurde und wird vor allem von »International Concerned Family and Friends of Mumia Abu-Jamal« (durch den Black United Fund) und dem »Committee to Save Mumia Abu-Jamal« (durch die Bill of Rights Foundation, New York City) durchgeführt. Die Spendenkampagne hat bis jetzt dafür gesorgt, daß unseren AnwältInnen die notwendigen Mittel zur Verfügung standen, um Privatermittler zu bezahlen, ZeugInnen aufzufinden und vorzuladen und um Sachverständige bezahlen zu können.
Kurz gesagt: Die Spenden haben es ermöglicht, überhaupt vor Gericht auftreten zu können. Dabei handelt es sich um eine Justiz, die uns mit einer unglaublichen Feindseligkeit und grenzenloser Boshaftigkeit begegnet.
Die Juristenzeitschrift »American Lawyer« schrieb über das Verhalten des Gerichts während unserer letzten Anhörung für das Wiederaufnahmeverfahren: »Richter Sabo glänzte durch Befangenheit, triefte von Parteilichkeit für die Staatsanwaltschaft und versuchte unverhohlen, Rechtsanwalt Weinglass zu schikanieren, dessen Verhalten im Gerichtssaal so korrekt war, wie das von Richter Sabo unkorrekt war.«

Wir sind alle Teil eines gemeinsamen Kampfes!
Es gibt viele, die mit ihren Füßen, ihren Schreibwerkzeugen oder mit der Sprühdose kämpften - einige haben durch ihre Gebete gekämpft - und alle sind wichtig und wertvoll in diesem Kampf. Meine Familie, meine FreundInnen und ich selbst schätzen jeden einzelnen und jede einzelne von Euch sehr. Ich danke Euch allen.
Allen, die geholfen haben (und allen, die helfen wollen), die gerichtliche Auseinandersetzung überhaupt möglich zu machen, herzlichen Dank für Eure Spenden!!!

Aus dem Todestrakt, Mumia Abu-Jamal, 3. Oktober 1996





Whites only? – Ein Stück Apartheid auf dem Breitscheidplatz

»Ich saß mit einigen Freunden am Breitscheidplatz (am »Wasserklops«), als sechs bis acht Wannen der Polizei kamen. Fünf Polizeibeamte mit Hunden liefen geradewegs auf mich zu, warfen mich - ohne irgendwas zu fragen - zu Boden, traten mir in den Rücken und legten mir Handschellen an. Ich lag auf dem Bauch und bevor sie mich zu ihrem Wagen brachten, schlugen sie mich mehrfach auf beide Schultern, den Brustkorb und durchsuchten mich.
Obwohl sie nichts Illegales finden konnten, steckten sie mich gefesselt in ihren Wagen. Ich versuchte dort, einen Beamten in Zivil anzusprechen und ihm zu sagen, daß ich kein Krimineller bin, aber der ging auf mich los, griff mich am Hals und sagte: ›Nigger, halt die Schnauze!‹. Deshalb habe ich dann nichts mehr gesagt.
Nach einiger Zeit machten sie nacheinander Fotos von uns. Während ich vom Fotografieren wieder in das Fahrzeug gebracht wurde, durchsuchte der Beamte, der mich bewachte, meine Brieftasche und fand Visa-Card, Bahnkarte, Krankenversicherungs- und Sozialversicherungskarte. Er fragte mich nach meiner Adresse und ich gab sie ihm. Danach nahm er mir die Handschellen ab und ließ mich frei. (...).«

Unschwer zu erraten, daß dieser Bericht von einem Mann mit schwarzer Hautfarbe geschrieben wurde. So oder ähnlich spielen sich die Szenen auf dem Breitscheidplatz bei Razzien gegen Schwarze und arabische Leute ab.
Wie in der ZAG Nr. 20 berichtet, werden in Berlin sogenannte gefährliche Orte von der Polizei bestimmt, von denen einer der Breitscheidplatz ist. Dort werden täglich - manchmal bis zu fünf - Razzien durchgeführt. Die Menschen werden alle kontrolliert, schikaniert, fotografiert und einige, die nach Ansicht der Polizei dort nichts zu suchen haben, auch abtransportiert.
Aufgrund des »Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes« (ASOG) ist es der Polizei möglich, nahezu sämtliche Persönlichkeitsrechte außer Kraft zu setzen. Allen, die nicht in das gewünschte Bild der konsumorientierten Ku'Damm-BummelantInnen passen, wird zunächst unterstellt, daß sie sich an diesem teuren Platz aufhalten, um irgendwelchen kriminellen Aktivitäten nachzugehen. Dabei reicht es oft schon aus, daß jemand sich nach Ansicht eines Restaurantbesitzers zu lange im Lokal aufhält, ohne entsprechend zu konsumieren. Der beschwert sich darüber bei der Polizei, insbesondere bei der Operativen Gruppe City West, die dann mal eben eine Razzia veranstaltet, z.B. mit dem Schwerpunkt »Negroide«. Schwarzen oder arabischen Leuten wird gewöhnlich unterstellt, daß sie mit Drogen handeln. Da die Polizei in den meisten Fällen keinerlei konkreten Tatverdacht hat und auch aufgrund der Konstruktion »gefährlicher Ort« keinen braucht, bietet es sich geradezu an, dem rassistischen Bild »Schwarze und Araber gleich Dealer« nachzukommen und - ausschließlich an äußeren Kennzeichen orientiert - erstmal alle festzunehmen.

Daß es rechtlich und gesellschaftlich schlecht gestellte und ausgegrenzte Gruppen trifft, erleichtert der Polizei die Durchführung dieser Razzien, denn sie befürchtet keinen Protest und Widerspruch der Betroffenen, deren »Beschwerdemacht« als gering eingeschätzt wird. Zudem ist die Akzeptanz dieser Maßnahmen in der sogenannten »Normalbevölkerung« relativ hoch.
Obdachloseninitiativen wehren sich allerdings schon lange gegen die Vertreibung der Menschen ohne Wohnung vom Breitscheidplatz, gegen die »Verbringung« von obdachlosen und oft hilflosen Personen in weit von der City entfernte Gegenden, z.B. den Grunewald.
Im Sommer häuften sich auch beim Antirassistischen Telefon die Meldungen über Angriffe der Polizei gegen schwarze oder arabische Leute. Auf Initiative der Betroffenen hin hat sich ein Aktionsbündnis, bestehend aus Antirassistischer Initiative, BASTA, Büro für medizinische Flüchtlingsversorgung und der Brandgruppe, gebildet, das jetzt seit über zwei Monaten freitags auf dem Breitscheidplatz gegen das Vorgehen der Polizei demonstriert und über deren Methoden informiert. Regelmäßig kommen zu diesen Veranstaltungen Betroffene und berichten über die aktuelle Situation auf dem Breitscheidplatz. Nach ihrer Einschätzung soll sich die Anzahl der Razzien in der letzten Zeit verringert haben und die Polizisten auch schon mal etwas »höflicher« vorgehen. Dies dürfte nicht zuletzt ein Erfolg der kontinuierlichen Aktionen des Bündnisses sein. Das Interesse sämtlicher Medien am Thema ist sehr groß und wir bedienen es fleißig, so daß die Polizei etwas unter Rechtfertigungsdruck geraten ist und sich schon mal während ihrer Aktionen unliebsame Fragen von »ganz normalen« BürgerInnen gefallen lassen muß.

Andererseits haben sich viele Leute aber tatsächlich vertreiben lassen und treffen sich jetzt eben nicht mehr an diesem Ort. Möglicherweise springt aber auch einfach das Wetter den Absichten der Polizei hilfreich zur Seite.
Wie auch immer, wir werden diese Aktionen fortsetzen. Da zur Zeit auf dem Breitscheidplatz der Weihnachtskonsumterror (Markt) stattfindet, werden wir an einem der vielen anderen »gefährlichen Orte« die Antivertreibungsaktionen fortsetzen.
Die Vorbereitungsgruppe dieser Aktionen trifft sich jeden Freitag im Anschluß an die Kundgebungen um ca. 17.30 in den Räumen der Antirassistischen Initiative in der Yorckstraße 59, HH 3. Stock. Betroffene sind aufgerufen, Gedächtnisprotokolle anzufertigen und sich bei der Antirassistischen Initiative unter Tel.: 030-785 72 81 zu melden.

Dunkelheit ist Einbrecherzeit

INFORMATION

Mit Beginn der dunklen Jahreszeit nehmen die Wohnungs- und Einfamilienhauseinbrüche stark zu. Mit vielen Polizeibeamten sind wir im Einsatz, um Sie zu schützen. Wir können aber nicht überall sein und sind daher auf Ihre Mithilfe angewiesen.

Aus unseren Erfahrungen wissen wir, daß zum Beispiel folgende Verhaltensweisen Vorbereitungshandlungen zu Einbrüchen in Wohnungen und Einfamilienhäuser bedeuten können:

- zwei bis drei Ihnen unbekannte Personen, vermutlich aus Südosteuropa, die sich vor oder im Hause aufhalten,
- Personen, die sich Zugang zum Haus unter einem Vorwand verschaffen, wie zum Beispiel Arbeitssuche, Zeitungsbote, Prospektverteiler,
- Personen, die sich vor dem Haus Notizen machen und dafür keine plausible Erklärung abgeben,
- Personen, die an Wohnungstüren, Fenstern oder Balkontüren hantieren und/oder Gegenstände durch das Treppenhaus tragen,
- PKW mit mehreren Personen besetzt, die beobachtend durch die Straße fahren oder grundlos längere Zeit in ihrem Bereich parken.

Wenn Sie derartige oder andere verdächtige Beobachtungen machen, notieren Sie sich die Autonummer sowie Personenbeschreibungen und rufen Sie bitte gleich unser speziell eingerichtetes Telefon

777 60 555

für Hinweise an. Sie können jederzeit dort anrufen und ihre Beobachtungen schildern. Der Apparat ist rund um die Uhr besetzt.



In allen dringenden Notfällen: Notruf 1 10

Der Polizeipräsident in Berlin

Direktion 4
Eiswaldstraße 18
12249
Tel.

BERLIN

Marcos C. verurteilt

Am 15. November fand am Landgericht Berlin der Prozeß gegen Marcos C. statt. Marcos C. hatte in der Nacht vom 29. auf den 30. Oktober 1995 in seiner Wohnung Musik gehört. Er benutzte Kopfhörer und konnte daher nicht mitbekommen, daß die Musik vermutlich über die Boxen zu hören war. Er konnte auch nicht das Klopfen an seiner Wohnungstür hören. Ein erhebliches Aufgebot von Polizisten war vor der Wohnung aufgelaufen, um einer Beschwerde aus der Nachbarschaft wegen ruhestörenden Lärms nachzugehen. Da Marcos C. nicht öffnete, benachrichtigte die Polizei die Feuerwehr, die eine Leiter an das Fenster anstellte, damit die Polizei sich Einblick in die Wohnung verschaffen konnte. Diese stellte fest, daß da jemand mit Kopfhörern im Zimmer saß, der erst reagierte, als eine Polizistin ihn mit der Lampe anleuchtete. C. öffnete die Tür und bot an, die Anlage abzustellen. Die Polizisten drangen trotzdem in seine Wohnung ein und verlangten den Paß. C. war nicht bereit, sich in seiner eigenen Wohnung auszuweisen. Es folgte ein brutales Gerangel, an dessen Ende C. an Händen und Füßen gefesselt zur Gefangenensammelstelle abtransportiert wurde. Auf dem Weg dorthin und in der Sammelstelle wurde er schwer mißhandelt und wehrte sich mit dem einzigen Mittel, was er noch sah. Er »beleidigte« und er biß. Da C. HIV-positiv ist, wurde ihm unterstellt, daß er bewußt die Polizisten infizieren wollte. Marcos C.s Anwalt plädierte auf Freispruch, weil ruhestörender Lärm nicht unwissentlich verursacht werden kann und deshalb allen Polizeimaßnahmen die gesetzliche Grundlage fehlte. C. wurde trotzdem zu einem Jahr Gefängnis auf drei Jahre Bewährung verurteilt. C. wird in die Berufung gehen.

Arbeitsgruppe Rassismus und Polizei

Wieder ein Opfer zur Täterin gemacht – Verfahren gegen Elizabeth O. eingestellt

Am 21. Oktober 1996 wurde der Prozeß wegen »Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte« gegen Elizabeth O. gegen Zahlung von 1.000 Mark Bußgeld eingestellt.
Im Zuge mehrerer Paßkontrollen und Durchsuchungen des Geschäftes von Frau O. hatten fünf Zivilbeamte der ghanaischen Geschäftsfrau erhebliche Verletzungen zugefügt. Frau O. hatte während der »Kontrolle« am 2. August 1995 von innen die Ladentür verschlossen und die Polizei angerufen, da sie erhebliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der polizeilichen Maßnahmen gegen sie hatte. Mit Gewalt entrissen die Zivilpolizisten Frau O. den Ladenschlüssel. Dabei wurde sie durch die Polizisten verletzt. Frau O. hat Anzeige erstattet. Die ermittelnde Staatsanwaltschaft sah den Tatbestand der Körperverletzung durch die Zufügung von Schulter- und Rückenprellungen, Schleudertrauma und einer Prellung des Handgelenkes als gegeben an. Das Verfahren gegen die Polizisten wurde jedoch nicht eröffnet, weil die Staatsanwaltschaft feststellte, »daß die Polizeibeamten zur Anwendung einfacher körperlicher Gewalt gegen die Antragstellerin nicht nur berechtigt waren, sondern auch – was Ausmaß und Mittel der Gewaltanwendung anging – die Grenzen der Verhältnismäßigkeit nicht überschritten haben.« Schließlich seien sie selbst Opfer »einer durch die Antragstellerin begangenen Straftat der Nötigung oder der Freiheitsberaubung« geworden und hätten sich daher nur verteidigt.
Die Polizei erstattete ihrerseits Anzeige gegen Frau O. wegen »Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte« und – wie üblich – endete diese Anzeige in einem Verfahren.
Die Einstellung des Verfahrens wegen »geringer Schuld« gegen Frau O. war noch das Günstigste, was aus diesem Prozeß herauszuschlagen war. Die Nichteinstellung hätte zweifelsfrei eine Verurteilung zur Folge gehabt.
Trotzdem ist dies ein Schlag mehr gegen die Opfer polizeilicher Gewalt. Regelmäßig werden die Prozesse gegen Polizeibeamte wegen Köperverletzung im Amt etc. eingestellt oder gar nicht erst eröffnet. Die nachgeschobenen Anzeigen durch die Polizei wegen Widerstand o.Ä. gegen die Opfer werden hingegen immer verfolgt und auch verhandelt und enden meist mit der Verurteilung der durch die Polizei Mißhandelten.

Arbeitsgruppe Rassismus und Polizei

Aufruf zur Vorbereitung überregionaler Innen-Stadt-Aktionen im Frühjahr 97

Singularisierung, Ausgrenzung, Stigmatisierung und Kriminalisierung von DrogenuserInnen, MigrantInnen, Obdachlosen, Wagenburg-BewohnerInnen und die gewalttätige Vertreibung dieser Menschen aus den Innenstädten kennzeichnen die kommunale Standortpolitik in nahezu jeder größeren Stadt Westeuropas. Hier überschneiden und verdichten sich Konflikte um die Zurichtung der Städte auf gehobenen Konsum, spekulative Privatisierung von öffentlichem Raum, verschärfte Sicherheitspolitik, Drogenhysterie und Rassismus.
Ende Oktober haben sich im Rahmen der Veranstaltung »minus 96«-Gruppen aus mehreren Städten der BRD, der Schweiz und Österreich in Berlin getroffen, um die Idee städteübergreifender Aktionen gegen Repression, Privatisierung und Kommerzialisierung in den Innenstadtbereichen im Frühjahr 97 zu diskutieren.
Für Diskussionen, Austausch von Ideen und Papieren wird vorab eine Mailing-List eingerichtet. Damit diese möglichst als Forum funktioniert, sollten möglichst viele sich anschließen, d.h. ihre e-mail-Adresse angeben oder eine besorgen. Kontakt und Unterstützung: tel.: 030-4463401/e-mail: k.eydel@link-b36.berlinet.de oder tel.: 030-6119887/e-mail: fz@contrib.de.
In Berlin trifft sich eine Vorbereitungsgruppe bis auf weiteres mittwochs um 20 Uhr bei der Antirassistischen Initiative e.V., Yorckstr. 59, HH 3. Stock, Tel.: 030-7857281.
ZAG wird sich im nächsten Schwerpunkt »Apartheid in den Städten« ausführlich mit dem oben angesprochenen Thema beschäftigen.



Zum Stand des Lübecker Prozesses

18 Prozeßtage sind vorüber – und es stellt sich noch immer die Frage, warum gegen Safwan Eid verhandelt wird und nicht gegen jene verdächtigen jungen Männer aus Grevesmühlen, gegen die so viele Indizien vorliegen. Eine andere Erklärung als die oft erwähnte rassistische Einseitigkeit der Ermittlungsbehörden kommt hierfür wohl kaum in Frage.

Die Medien

Das stellt sich in vielen Medien zur Zeit ganz anders dar. »Zeugen stützen Anklage« lesen wir da oder »Es gab doch Streit im Haus«. Die zeitweise kritische Berichterstattung ist oft wieder in ihr Gegenteil umgeschlagen. Manchmal scheint es gerade so, als müsse der Angeklagte seine Unschuld beweisen, nicht etwa die Staatsanwaltschaft Beweise für seine Schuld vorlegen.

Ausgeschlachtet wurden vor allem die Aussagen der Familie El Omari, die bei dem Brand einen Sohn verloren hatte. Als einzige hatten sie eine gemeinsame Erklärung der ehemaligen HausbewohnerInnen, in der sich diese von Safwans Unschuld überzeugt zeigten, nicht unterzeichnet. Ein - zugegeben unsensibler und ungeschickter - offener Brief des Antirassistischen Telefons Hamburg wurde von ihrem Anwalt im Prozeß öffentlichkeitswirksam dafür genutzt, den Unterstützergruppen zu unterstellen, sie würden Druck auf die Flüchtlinge ausüben.

Vor allem die Mutter der Familie, Assia El Omari, ist sichtlich vom Schmerz um den Verlust ihres Sohnes gezeichnet. Dabei scheint das Bedürfnis nach der Benennung eines Täters gegenüber der Beschränkung auf das tatsächlich Gehörte und Gesehene die Oberhand gewonnen zu haben. Sie verwickelte sich bei der Beschreibung der Brandnacht und des Zusammenlebens im Haus in zahlreiche Widersprüche. In den ersten polizeilichen Vernehmungen hatte sie noch von einem guten Verhältnis auch zur Familie Eid gesprochen, die Aussagen, die Safwan belasten sollen, sind alle erst später hinzugekommen. Die bislang vernommenen Kinder der El Omaris bestätigten zum Teil die Angaben ihrer Mutter. Wo immer sie aber offen hätten widersprechen müssen, flüchteten sie sich in Erinnerungslücken.

Keine neuen Indizien

Gleichwohl geben auch die Aussagen der El Omaris keinerlei stichhaltige Indizien gegen Safwan her. Daß sie nun auf einmal einen Streit in der Brandnacht in afrikanischer Sprache erinnern wollen, ist schwerlich in Zusammenhang mit dem arabisch sprechenden Angeklagten zu bringen. Auch, daß sie das Wechseln seiner Kleidung bemerkt hätten, hat keine Relevanz, da das Nachtgewand, das Safwan in der Brandnacht getragen hatte, schließlich sichergestellt ist - und sich daran auch bei genauester Suche keinerlei Spuren von Benzin oder ähnlichem feststellen ließen.

Weiterer Aufhänger für die erneute Pressehetze, an der sich auch die TAZ durch ihren Korrespondenten Jan Feddersen in besonders unrühmlicher Weise beteiligt, waren die Aussagen von Zeugen, denen der Hauptbelastungszeuge Jens Leonhardt ebenfalls berichtet hatte, er habe ein »Geständnis« Safwans gehört. Das ändert nichts daran, daß der Sanitäter der einzige ist, der die berühmten Worte »wir warn's« verstanden haben will. Gegenüber allen anderen Zeugen hat Safwan in der Brandnacht völlig andere Schilderungen abgegeben.

Im Gegenteil haben inzwischen HausbewohnerInnen berichtet, wie sie Safwan und seine Brüder erst durch lautes Klopfen an eine Holzwand wecken mußten und diese ihnen dann anschließend bei der Flucht auf das Dach geholfen hätten. Tödlichen Streit, den die Anklage für ihre Konstruktion so dringend benötigt, hat niemand bestätigt. So wird dann jede kleinere Auseinandersetzung begierig aufgegriffen und damit die These einer vollkommenen Harmonie »widerlegt«, die niemand jemals aufgestellt hat.

Jens Leonhardt sagt aus

Die Aussage von Jens Leonhardt war in ihrer Gesamtheit wenig überzeugend. Außer dem Kernsatz »wir warn's« bot er eine lange Kette von Möglichkeiten, was Safwan ihm noch erzählt haben könnte. Im Gegensatz zu seinen ersten Schilderungen offenbarte Leonhardt dabei weitreichende Gedächtnislücken.

Ungeklärt ist die Rolle seines Freundes und Kollegen Matthias Hamann, der durch frühere Kontakte zum Rechtsextremismus und Betätigung im wehrsportähnlichen Gotcha bzw. Paintball in die Schlagzeilen kam. Hamann, der sich im Prozeß als eine geltungsbedürftige Persönlichkeit präsentierte, hatte für Leonhardt den Kontakt zur Polizei erst hergestellt. Und im Gegensatz zu Hamann ist Leonhardt ein eher leitungsbedürftiger Charakter, über den mehrere Zeugen aussagten:«Wenn man ihm etwas sagt, dann macht er das auch.« Was auch immer der Hintergrund für die belastende Aussage ist, ob sie auf einem bloßen Hörfehler basiert oder ob mehr dahinter steckt, einen Beweis gegen Safwan stellt sie nicht dar. Das ergibt sich schon allein aus der von mehreren Zeugen bestätigten Tatsache, daß es in dem Verletztenbus, wo das Gespräch stattgefunden haben soll, sehr laut war.



Mit dem Brandverlauf sind die angeblichen Äußerungen Safwans nicht zur Deckung zu bringen. Die staatsanwaltschaftliche Konstruktion des »Täterwissens« war bereits vor dem Prozeß gescheitert.
Dagegen deuteten eigentlich alle relevanten Aussagen darauf hin, daß der hölzerne Vorbau im Erdgeschoß zu einem sehr frühen Zeitpunkt in hellen Flammen stand und zudem für Täter von außen zugänglich war, da sich mindestens ein Fenster nicht fest verschließen ließ. (Dies kam bei der Untersuchung der Brandruine durch Professor Achilles zu Tage und ist durch Aussagen von HausbewohnerInnen bestätigt. Die El Omaris allerdings bestreiten, daß das Fenster offen war.) Von Bedeutung sind hier neben der Aussage von Safwans Vater und Schwester, die einen Knall gehört und gleich danach aus ihrem Fenster Flammen im Vorbau gesehen haben, vor allem zwei Feuerwehrleute, die als sogenannter »Angriffstrupp« über den Vorbau ins Gebäude eingedrungen sind. Sie berichteten von offenem Feuer, das so aussah, »als hätte es dort schon länger gebrannt«.
Im Vorbau lag auch die Leiche von Sylvio Amoussou, der nach medizinischer Untersuchung nicht an einer Rauchvergiftung wie andere Brandopfer gestorben ist. Zudem war seine Leiche locker mit einem Draht umwickelt. Sein Tod im Vorbau gibt weiter Rätsel auf, die noch immer nicht geklärt sind - nicht zuletzt, weil Polizei und Staatsanwaltschaft zahlreiche Spuren entweder nicht beachtet oder gar verwischt haben. So wurden an der Stelle, wo Sylvio lag, weder gezielt Proben genommen, noch wurde diese Stelle überhaupt gesichert und dokumentiert. Der Brandschutt (und damit der mögliche Tatort) wurde stattdessen einfach beiseite geräumt.

Ebenso ist auch der von der Anklage behauptete Tatort im ersten Stock beseitigt worden. Die Spanplatte, auf der der Brand gelegt worden sein soll, ist vom LKA-Gutachter als »unerheblich« einfach weggeworfen worden. Die Liste der Ungereimtheiten, Pannen und Vertuschungen bei den Ermittlungen ist lang. Der Leiter der Sonderkommission, Manfred Sahm, flüchtete sich vor Gericht dann auch in Erinnerungslücken.

Fazit

Der Prozeß gegen Safwan Eid ist kein Schauprozeß, aber eine Farce. Denn zwar ist offenkundig, daß das Gericht tatsächlich nach der Wahrheit sucht und das einseitig-rassistische Vorgehen von Staatsanwaltschaft und Polizei nicht fortsetzt. Aber es ist der falsche Prozeß gegen den falschen Angeklagten. Die Anklage ist dermaßen dünn und konstruiert, daß sie niemals hätte zugelassen werden dürfen. An achtzehn Prozeßtagen haben wir bislang nur an einem einzigen tatsächlich belastende, aber unglaubwürdige Aussagen (die des Sanitäters) gehört. Was uns ansonsten geboten wurde, mag interessant und wertvoll für die Aufklärung des Brandanschlags sein. Aber es wird auf dem Rücken eines Angeklagten ausgetragen, der schnellstens und zweifelsfrei freizusprechen ist.
Die öffentliche und kritische Begleitung durch antirassistische Initiativen wird auch für den weiteren Gang des Verfahrens, das noch bis zum Sommer andauern kann, erforderlich sein. Zu allererst muß es natürlich um Safwans Freispruch gehen, um die weitere Verfolgung eines Opfers rassistischer Gewalt zu verhindern. Darüber hinaus muß es uns aber darum gehen, vorzubeugen, damit nicht die nächste Staatsanwaltschaft in der nächsten deutschen Stadt beim nächsten (leider zu erwartenden) Nazi-Anschlag wiederum versucht, deutsche Verdächtige zu entlasten und die Opfer zu Tätern zu stempeln. Deshalb müssen wir auch persönliche Konsequenzen für die hauptverantwortlichen Schreibtischtäter einfordern.
Am allerwichtigsten ist jedoch die Stärkung einer antirassistischen Bewegung, die den Ermittlungsbehörden mit dem nötigen Mißtrauen begegnet und die Interventionsfähigkeit besitzt, um ihre Manöver zu durchkreuzen.

Lübecker Bündnis gegen Rassismus

Bremen, 5.9.1996:
Emetika verursachen Magenblutungen

Zu einer erneuten öffentlichen Kontroverse um die zwangsweise Brechmittelbehandlung von afrikanischen Flüchtlingen als »mutmaßliche Drogenhändler« kam es in Bremen, nachdem ein Arzt bei einem afrikanischen Patienten, dem von der Polizei Brechmittel eingeflößt worden war, Magenblutungen feststellte und dies in einem offenen Brief bekannt machte. Diese Praxis der Bremer Polizei war im Frühjahr 1995 vom Anti-Rassismus-Büro Bremen dokumentiert und öffentlich angegriffen worden. Spätfolge der heftigen öffentlichen Kontroverse ist ein Verfahren wegen »Volksverhetzung«, in dem am Mittwoch den 18.9.1996 der Prozeß gegen ein Mitglied der Gruppe eröffnet wurde. *(mw)*

Die Dokumentation »Polizisten, die zum Brechen reizen - Verabreichung von Emetika am Beispiel Bremen« kann beim Antirassismus-Büro Bremen Sielwall 38, 28203 Bremen, fon: 0421-70 64 44 bestellt werden.

Berlin, 17.10.1996:
Bosnische Kriegsflüchtlinge demonstrieren gegen Abschiebungen

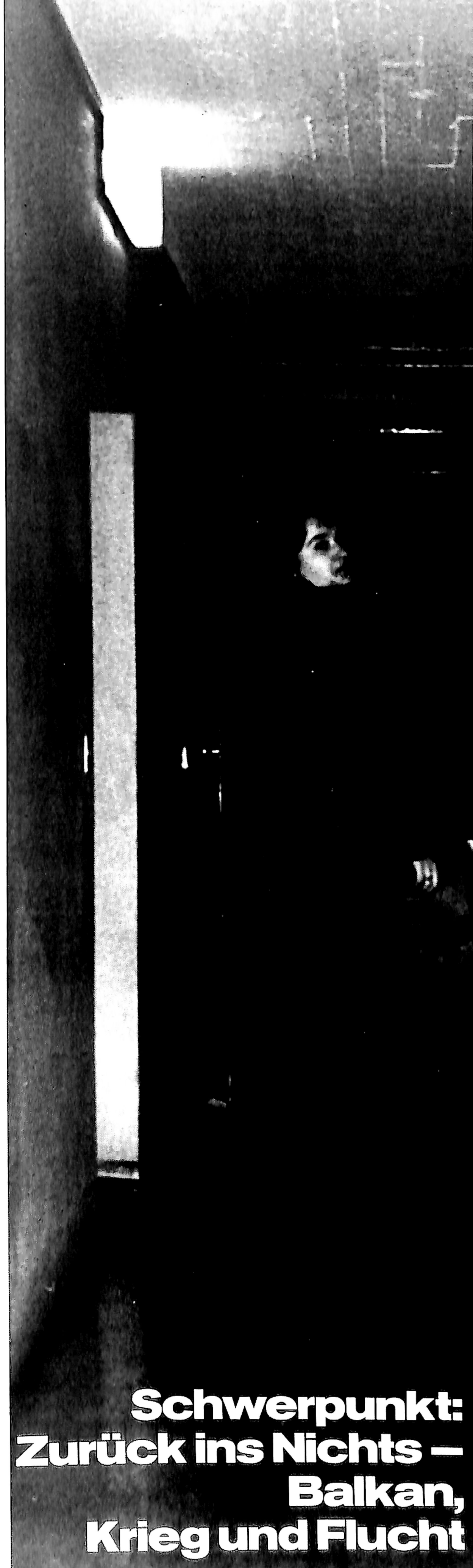
3.000 bosnische Kriegsflüchtlinge demonstrierten in Wilmersdorf gegen ihre bevorstehende Abschiebung. Auf der Abschlußkundgebung der Demonstration, bei der mitunter auch nationalistische Töne anklangen, sprach Tilman Zülich von der »Gesellschaft für bedrohte Völker«, die die Demonstration mitorganisierte. *[ART Berlin]*

Leipzig, 23.10.1996:
Mord an Syrer in Leipzig

Am Mittwoch, dem 23.10.1996, wurde in der Leipziger Südvorstadt der 30jährige syrische Asylbewerber Ahmed Baschir Z. (genauer Name nicht bekannt) von zwei Deutschen (Daniel Z./20 und Norman E./18) um 18.06, also kurz vor Ladenschluß, in einem Gemüseladen erstochen. Der Gemüseladen wird von einem Syrer geführt. Es arbeiten einige arabische und einige deutsche Menschen dort. An diesem Tag arbeiteten zwei deutsche Verkäuferinnen in dem Laden, die von den hereinkommenden Deutschen mit »Türkenweiber« beschimpft wurden. Daraufhin stellte Ahmed sich zwischen die Frauen und die Deutschen, die inzwischen zu randalieren angefangen hatten. Nachdem Ahmed und die Deutschen aus dem Laden gegangen waren, zog einer der beiden ein Messer und stach zu. Soweit zur Tat.
Die Leipziger Südvorstadt befindet sich zwischen dem Stadtzentrum und Connewitz - in einer Gegend also, in der rassistische Überfälle nicht zur Tagesordnung gehören.
Staatsanwaltschaft und Presse bemerken übereinstimmend, der Mord habe keine rassistischen Motive gehabt, was von uns allerdings bezweifelt werden muß. Schon anhand der Worte »Türkenschlampe« zeigt sich die Stoßrichtung der Täter. Wider Erwarten wurde in diesem Fall nicht von alkoholisierten Tätern gesprochen - demzufolge müssen sie nüchtern gewesen sein.
»Die Täter seien polizei- und gerichtsbekannt«, lassen Staatsanwaltschaft und Polizeidirektion Leipzig in einer gemeinsamen (!) Presseerklärung verlauten, und sollen sich schon diverser Strafdelikte schuldig gemacht haben, was bisher allerdings nicht weiter ausgeführt wurde.
Das Verhalten der Mörder läßt nicht auf einen geplanten rassistischen Überfall schließen, jedoch auf eine faschistische Grundhaltung, die zum Mord führte.
Inzwischen ist es ruhig geworden um den Fall. Die Täter wurden noch am selben Tag bei einer Großfahndung gefaßt und in Untersuchungshaft genommen. Als letzte Meldung wurde verlautbart, die Stadt Leipzig bezahle die Überführung der Leiche nach Syrien. Inzwischen wurde Ahmed Baschir Z. in Syrien beerdigt.
In Leipzig gab es eine antirassistische Demo zum Mord, an dem ein sehr großer Prozentsatz SyrerInnen bzw. ImmigrantInnen teilnahm, sowie noch eine zweite Demo der »Gesellschaft für Völkerverständigung«, die unter dem Motto »Gemeinsam gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit« stand ...
(nach: Kahina, Leipzig)

Grimma, 5.11.1996:
Kurde in Grimma verletzt

In Grimma ereignete sich am Abend des 5. 11. 1996 ein Vorfall, bei dem ein kurdischer Flüchtling aus der Türkei schwer verletzt wurde. Er und sein Freund gingen am Abend an der Pizzeria am Nikolaiplatz vorbei. Dabei beobachteten sie, wie rechte Jugendliche die in der Pizzeria arbeitenden Ausländer angriffen. Sie kamen ihnen unbewaffnet zu Hilfe. Während der Auseinandersetzungen vor der Pizzeria wurde ein Kurde durch das Messer eines Angreifers schwer verletzt und mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden. Sein Freund wurde leicht verletzt.
(nach: Kahina, Leipzig)



Schwerpunkt: Zurück ins Nichts – Balkan, Krieg und Flucht

Wir schreiben das Jahr 1996.
Und einen Schwerpunkt zum ehemaligen Jugoslawien.
Besser spät als nie?
Zwar haben wir in den letzten Ausgaben immer wieder Artikel zum Thema im Heft gehabt (Nr.15, Zur Situation von Flüchtlingen in Deutschland, Nr. 16, Intellektuelle im ehemaligen Jugoslawien, Nr. 19 Interview mit R. Kawczynski zur Situation der Roma im ehemaligen Jugoslawien), aber ansonsten machte sich angesichts des Konflikts auf dem Balkan auch bei uns jahrelang hilfloses Schweigen breit.
Verweigert man sich einerseits dem ethnisierenden Diskurs, der vorschnellen Zuordnung von Gut und Böse auf teilweise willkürlich bestimmte Bevölkerungsgruppen und erkennt andererseits das Versagen althergebrachter Erklärungsmuster, dann wird guter Rat teuer. Besonders dann, wenn man nicht besonders weit laufen will, um ihn zu erstehen. Jenseits simplizistischer Szenarien, die den Ausbruch des Bösen im Menschen, speziell des serbischen, anführen, oder mit der Anerkennung Kroatiens durch die BRD, der Kontinuität, den Nazis, der Ustascha und dem Imperialismus das zwar verhasste, aber doch vertraute Alte bestätigt sehen, wird Expertise rar. Oder zumindest schwierig zu bekommen.
Diese Mühen auf sich zu nehmen ist angesichts drohender Abschiebungen Hunderttausender Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien mehr als überfällig.
Gleichzeitig entsteht damit aber ein Dilemma, das das Zentralamerika-Komitee Tübingen in der ZAG Nr. 14 bereits angerissen hat: Antirassistische Politik, die internationalistische Kritik ausschließt, läuft Gefahr, zur reinen Sozialarbeit zu verkümmern. Und da wenigstens wir unsere Zeitung aufmerksam lesen, gibt es folglich in diesem Heft nicht nur Berichte über die Situation der Flüchtlinge hier, sondern auch unterschiedliche Sichtweisen zum Konflikt im ehemaligen Jugoslawien.
Denn jenseits der generellen Forderung nach einem Bleiberecht für Alle schadet es nie, wenn man die Argumentation der Gegenseite fachkundig widerlegen kann. Sei es aus makroökonomischer Sicht oder der einer Betroffenen, die sich mit der neuen Ordnung in ihrer sogenannten neuen Heimat nicht abfinden will.
Oder indem man den auch nicht gerade neuen Mythos knackt, daß Deutschland so gastfreundlich sei.
Oder indem man die alten Probleme betrachtet, die die deutsche alte und neue Linke mit neuen Konfliken hat, die nach dem Niedergang des alten Sozialismus entstanden sind.
Alles ohne Anspruch auf Vollständigkeit, durchaus konträr und im Bemühen um die Erweiterung des Horizontes.

ZAG-Redaktion

Ich habe an Tito geglaubt....



Ich glaube immer noch an ihn. Aber die Zeiten und Menschen im – jetzt ehemaligen – Jugoslawien haben sich geändert.
Aufgewachsen bin ich in einer typischen kroatischen Arbeiterfamilie. Trotz Sozialismus ist diese Familie sehr katholisch, was man in den letzten paar Jahren in meiner Heimat sehr zu schätzen weiß. Das ist mir klar geworden, als ich letztes Jahr meine Pflegeschwester in Zagreb besuchte. Sie schenkte mir eine Kette mit Kreuzanhänger, obwohl ich ihr vorher mitgeteilt hatte, daß ich aus der katholischen Gemeinde austreten will. Als man mich im Alter von zwei Jahren taufte, war ich noch widerstandsunfähig.
Ich war die einzige Atheistin in der Familie. Ich war auch Pionierin Titos, was ich mir nicht selbst ausgesucht habe. Die Kinder der ersten Grundschulklasse wurden jedes Jahr am 29. November, dem Tag der Republik in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien, in den Pionierbund aufgenommen. Trotz allem war ich stolz darauf, eine Pionierin zu sein.
In meiner Pflegefamilie hat man sich nicht wirklich mit Politik beschäftigt, obwohl bei jeder Mahlzeit über Politik gesprochen wurde. Es sprach mein Pflegevater, der immer besser als alle anderen im Haus wußte, wie Politik gemacht werden müßte. Ich war davon überzeugt, daß er weiß, wovon er spricht und daß es bestimmt nur ein unglücklicher Zufall ist, daß er als Maschinenschlosser in der Fabrik »Jedinstvo« (»Die Einheit«) beschäftigt ist. Ich hoffte, daß eines Tages jemand zu uns kommen würde, um meinem Vater zu sagen, daß im jugoslawischen Parlament in Belgrad ein Posten auf ihn warte, daß man ihn dort brauche und er der einzige sei, der unsere Wirtschaft retten könne. Da war ich ungefähr zehn Jahre alt.
Inzwischen bin ich 28 Jahre alt geworden und mußte feststellen, daß meine Pflegeeltern Nationalisten, militante Katholiken, Rassisten, richtige Kroaten sind. Ich lebe in Berlin, der größten ex-jugoslawischen Flüchtlingsmetropole Europas und bin froh, daß ich keinem richtigen Kroaten begegnen muß, da ich immer noch an »Jugoslawen« glaube. (Übrigens, das Wort »Jugoslavija« bedeutet »Südslawien« und »Jugoslawe« dementsprechend »Südslawe«. Darunter versteht man Kroaten, Serben, Bosnier, Mazedonier, Slowenen, Bulgaren und Montenegriner. Ich hoffe, daß ich niemanden vergessen habe.)
Laut neuen kroatischen Gesetzen spreche ich eine völlig andere Sprache als, zum Beispiel, die Serben oder Bosnier. Das finde ich allerdings sehr merkwürdig, weil ich andere slawische Sprachen teilweise sehr gut verstehe. Ich kann sie zwar nicht alle sprechen, aber da ist manchmal weniger Unterschied als zwischen Bayrisch und Schwäbisch.
Manche kroatischen Historiker streiten sich jetzt darum, ob wir arische oder kurdische Vorfahren haben! Was das angeht, bin ich konservativ geblieben und verständige mich weiterhin mit anderen Südslawen wie vor dem Krieg, da ich in der Schule in Geschichte sowieso schlecht war. Damit bin ich für die neuen kroatischen politischen und kulturellen Verhältnisse völlig out ...
Nach Berlin kam ich vor fünf Jahren mit meiner anderthalbjährigen Tochter. Der Krieg war noch nicht ausgebrochen, aber man konnte schon das Blut riechen. Ich hatte Angst und war ganz betäubt, als ich die Entscheidung traf, Zagreb für immer zu verlassen. Es war die beste Entscheidung meines Lebens. Das ahnte ich damals, heute weiß ich es. Wenn ich manchmal daran zweifele, brauche ich mir nur die Nachrichten vom Balkan anzuschauen, um mich zu vergewissern, daß ich Recht habe.
Die ersten vier Monate lebte ich bei meiner leiblichen Mutter, die schon seit fast 30 Jahren hier arbeitet. Dann habe ich einen Asylantrag gestellt, wie alle anderen jugoslawischen Flüchtlinge, die damals kamen. Ungefähr anderthalb Jahre lebten wir in einem Wohnheim. Inzwischen habe ich Deutsch gelernt (die Sprache des Okkupators, wie ich als Kind immer dachte, wenn ich jugoslawische Kriegsfilme im Fernsehen sah) und habe gelernt, diese Sprache zu lieben und sie phantasievoll zu benutzen. Dann habe ich meine erste Wohngemeinschaft gefunden, da ich eben ein Glückspilz bin.
Das alles hat mir, im Vergleich zur Lage der durchschnittlichen jugoslawischen Flüchtlinge, viele Vorteile gebracht. Ich habe Deutsche, hauptsächlich deutsche Frauen, kennengelernt, was mir den Zugang in die Gesellschaft ermöglicht hat. Die neuen Freundin-

nen haben mir auch dabei geholfen, mit meinem ganzen seelischen Chaos klarzukommen. Nachdem ich einen Deutschen geheiratet habe, hat sich plötzlich alles geändert: Ich habe jetzt endlich eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis und kann von Glück reden, weil ich relativ schnell einen anständigen Job gefunden habe. Für mich ist meine Welt wieder in Ordnung. In diesem Sommer konnte ich meinen ersten richtigen Urlaub an der Adria genießen.
Warum ich das alles erzähle? Weil ich immer noch versuche, zu begreifen, was das ist, was alle diese Jugoslawen (die sich jetzt als Kroaten, Serben, Bosnier oder was weiß ich bezeichnen) aus Jugoslawien vertrieben hat. Natürlich, einerseits war es der Krieg. Aber der Krieg wird irgendwann vorbei sein und es wird trotzdem Leute geben, die sagen: »Ich will in Deutschland bleiben!«
Meine kleine Odyssee nach Berlin ist ein untypisches Beispiel, um zu zeigen, daß viel mehr hinter dem Wunsch, hierzubleiben steckt: Es sind Frust, Hoffnung und Trotz.
Der Frust sitzt in Zagreb, Belgrad oder Sarajewo, je nachdem ob man/frau kroatische/r, serbische/r (ja, die gibt es auch!) oder bosnische/r Flüchtling ist. Der Frust kommt vom Krieg und von den Kriegern wie Tudjman, Milosevic und Izetbegovic, die ihre Tollwut ausleben, die einen Traum und einen Glauben zerstört haben. Natürlich liegen die Ursprünge der nationalistischen Auseinandersetzungen weiter in der Vergangenheit. Aber wir waren alle jahrzehntelang mehr oder weniger davon überzeugt, daß unser Glaube an Brüderlichkeit und Einheit stärker ist als der uralte interbalkanische Haß.
1990 wurden in der Krajina in der Nähe der Stadt Knin die ersten Barrikaden gebaut. Sie wurden von kroatischen Serben gebastelt. Man hat es die »Balken-Revolution« genannt.
Im gleichen Jahr wurde Tudjman zum kroatischen Präsidenten gewählt. Seine ganze Kampagne drehte sich um die Unabhängigkeit Kroatiens. Die Serben kennen die kroatische Unabhängigkeit aus der Zeit zwischen 1941 und 1945. Diese Erfahrung hat damals zwischen 60.000 (kroatische Angaben) und 700.000 (serbische Angaben) Menschenleben gekostet. Die Serben in der Krajina bekamen Angst davor, daß die unabhängigen Kroaten wieder feststellen könnten, daß Serben auf kroatischem Boden überflüssig sind. Milosevics »demokratische« Regierung, die ein paar Monate früher mitten in Belgrad Demonstranten mit dem Panzer überrollen ließ, sah diese Angst als absolut begründet an und verbreitete sie weiter. Es kam zu Unruhen, die von Milosevic & Co. fleißig unterstützt wurden. Wie fleißig, konnte man daran erkennen, daß auf einmal alle bis an die Zähne bewaffnet waren. Die Kroaten hatten ihrerseits irgendwelche Onkel im Ausland, die sie unterstützten. Die einen haben den anderen Nationalismus vorgeworfen, das alte Kriegsbeil wurde ausgegraben und keiner wollte nachgeben. Ein Jahr später rollten die Panzer wieder, zuerst in Ljubljana, ein paar Wochen später in Zagreb. Da war ich schon weg, sieben Stunden bevor die Grenzen gesperrt wurden.
Meine Mutter ist Kroatin, mein Vater Albaner aus dem Kosovo. Als Tudjman gewählt wurde, habe ich mich von niemandem angesprochen gefühlt, weder vom Krieger Franjo, noch von irgendeinem anderen Politiker. Es wurde sehr viel versprochen, aber keiner von ihnen hatte mir irgendetwas zu bieten, denn die einzige Entscheidung, die sie anboten, war die, ob man/frau Kroate, Serbe oder Bosnier sein wollte.
Mir waren es zuviel Angebote auf einmal, ich packte, anstatt zu wählen, meine Koffer und bin nach Berlin gegangen. Als ich endlich nach einer 20-stündigen Zugfahrt hier war, wollte ich nichts mehr mit Jugoslawen zu tun haben. Ich war deprimiert, weil man mich aus meinem titoistischen Traum geweckt hatte. Lange habe ich mich geweigert, den kroatischen Paß zu beantragen, bis ich es doch tun mußte. Ich liebe Zagreb und ich liebe mein Land, aber ich kann dort nicht leben, denn es sind zu viele Kroaten dort und das ist frustrierend.
Die Hoffnung habe ich in Berlin gefunden. Es ist schön bunt hier. Deshalb liebe ich, außer Zagreb, auch noch Berlin als bunteste Stadt Deutschlands. Diese Stadt ist ein riesiges Puzzle: jedes Teil erzählt seine eigene Geschichte, aber erst alle zusammengefügt ergeben sie ein wunderschönes Bild. Hier habe ich neue Freunde gefunden, gute Freunde. In Zagreb lebt meine einzige kroatische Freundin, die letzte, die übriggeblieben ist. Die anderen kommen nicht mehr mit mir klar, weil ich mich immer noch gerne als »Jugoslavenka« bezeichne. Genauso komme ich mit ihnen nicht mehr klar, weil sie sich seit ein paar Jahren alle als Kroaten bezeichnen. Also sind wir miteinander quitt.
Ich hoffe, daß ich nie wieder nach Kroatien zurück muß, um dort zu leben. In Kroatien gehört die Frau wieder ausschließlich in die Küche, und ich leide unter Klaustrophobie. Der Herd steht mir nicht als Schmuck, er paßt nicht zur Farbe meiner Augen.
Hier kann ich mit meinem Lohn wenigstens überleben. In Zagreb liegt der Durchschnittslohn bei 300-400 DM im Monat, wenn man Glück hat. Wenn man kein Glück hat, hat man tierisch Pech gehabt! Ich war angenehm überrascht, als ich feststellte, daß mir nach der Bezahlung meiner Miete noch Geld für Lebensmittel blieb. Trotz des niedrigen Lohnes sind die Preise in Kroatien auf westeuropäischem Niveau. Die Kroaten wollen nämlich in die EU aufgenommen werden, und irgendwo muß die Europäisierung Kroatiens anfangen, wieso nicht bei den Lebenshaltungskosten?
Der Trotz hängt in der Luft, irgendwo zwischen Zagreb und Berlin. Ich muß gestehen, ich bin stolz auf meinen Trotz, aus Trotz schreibe ich auch diese kleine Geschichte. Ich schreibe nämlich schlecht auf Deutsch und trotzdem versuche ich, sie fertig zu bringen, denn es ist mir wichtig, zu beschreiben, wie es mir mit meinem Frust und meiner Hoffnung geht.
Ich bin mir nicht sicher, ob ich in der ganzen Sache politisch oder unpolitisch bin (es liegt an meiner Erziehung, daß ich mich mit Politik nicht beschäftige!) Zum Glück kann ich über die Situation im ehemaligen Jugoslawien nicht ganz ernsthaft schreiben. Der ganze Wahnsinn tut weniger weh, wenn man ihn nicht so ganz ernst nimmt.
Ich habe an Tito geglaubt... Ich glaube immer noch an ihn.... Oder doch nicht? War die Vision von Einheit und Brüderlichkeit (»Bratstvo i Jedinstvo«) lediglich eine Illusion? Oft erscheint mir der jugoslawische Krieg wie ein falsches und schlechtes Theaterstück.

Vila Ravijojla

Wer bleiben will, soll bleiben

Vier Jahre Krieg in Ex-Jugoslawien - ein Krieg, der die Vertreibung und Vernichtung ganzer Bevölkerungsteile nicht zur Folge, sondern von Anfang an zum erklärten Ziel hatte. Millionen Menschen sind seitdem auf der Flucht, das Land ist mittels »ethnischer Säuberungen« neu gegliedert worden. Landstrichweise wurden Bewohnerinnen und Bewohner vertrieben, ermordet, vergewaltigt bzw. gefoltert und in Internierungslager gesteckt. Nach Angaben des Hohen Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR) ist das Leben von neun Millionen Menschen aus der Bahn geworfen worden, darunter sind vier Millionen Flüchtlinge, die größtenteils gewaltsam vertrieben wurden. In Bosnien sind rund zwei Drittel der Infrastruktur zerstört, zahlreiche Dörfer sind mehr oder minder vollständig von der Landkarte verschwunden. Ein Jahr nach dem offiziellen Kriegsende sind dort noch immer 60% der Häuser und Wohnungen zerstört.
Rund 700.000 Bosnierinnen und Bosnier flohen ins europäische Ausland, davon 325.000 nach Deutschland. Jedoch nicht nur aus Bosnien, auch aus Kroatien (insg. über 100.000), Serbien und Montenegro (135.000) suchten die Menschen bei uns vor dem Krieg Zuflucht. Die Erklärung dafür, warum die meisten Flüchtlinge in Nachbarstaaten oder ausgerechnet nach Deutschland, Österreich oder Skadinavien gingen, ist einfach. Wohin fliehen Menschen, die fliehen müssen? Entweder in die unmittelbare Nähe, also in die ehemaligen Teilrepubliken Jugoslawiens, oder dahin, wo ihre Angehörigen und Bekannten leben. Die Flucht nach Deutschland ist somit ein spätes Ergebnis der Anwerbung von »Gastarbeitern«. Viele Flüchtlinge haben früher selbst in Deutschland gelebt oder gearbeitet, andere haben hier Verwandte. Es ist selbstverständlich, daß sie nach Deutschland gekommen sind.

Die deutsche Großzügigkeit

Am 15.12.1995, einen Tag nachdem in Paris das sog. »Friedensabkommen von Dayton« unterzeichnet worden war, beschlossen die Innenminister der Länder, zusammen mit Bundesinnenminister Kanther, daß die in Deutschland lebenden Bürgerkriegsflüchtlinge zurück müssen. Sie nutzten damit die erstbeste Gelegenheit, um den Rausschmiß der Flüchtlinge einzuleiten - insofern dies noch nicht geschehen war. Dieser Beschluß war nicht das jähe Ende einer Gastfreundschaft, sondern die logische Fortsetzung der bisherigen Politik. Diese zielte von Anfang an darauf ab, möglichst wenige bosnische Flüchtlinge ins Land zu lassen.
Bereits seit Beginn des Krieges bestand ein Visumzwang für Bosnierinnen und Bosnier. Die Folge war, daß im Sommer 1992 Tausende an der deutschen Grenze zurückgewiesen wurden. Österreich, das die Grenzen anfangs offen hielt, richtete dramatische Appelle an seine Nachbarstaaten, den Flüchtlingen ebenfalls die Einreise zu gestatten. Doch deren Regierungen, darunter Bonn, blieben hart. Bis zum Sommer 1992 hatten in Österreich bei 7,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern etwa 50.000 Menschen aus Bosnien Zuflucht gefunden. Die gleiche Aufnahmebereitschaft vorausgesetzt, hätten zu 80 Millionen Deutschen umgerechnet schon damals über 500.000 Flüchtlinge kommen müssen. Es waren nach Angaben der Bundesregierung jedoch gerade mal 100.000. Dabei hatte der größte Teil dieser Menschen den Grenzübertritt am Grenzschutz vorbei, das heißt »illegal«, geschafft. Das trifft für fast alle der Bosnierinnen und Bosnier zu, denn offiziell aufgenommen wurden nur 5% der 325.000 Flüchtlinge. Sie wurden im Rahmen sog. »humanitären Sonderkontingente« nach Deutschland gelassen. Die Bundesregierung hatte insgesamt nur 17.400 Kontingentplätze zur Verfügung gestellt, die allerdings nie voll ausgeschöpft wurden. Darunter z.B. die für 6.000 »traumatisierte Frauen«. Im Sommer 1995 war dort noch die Hälfte aller Plätze frei geblieben.
Weitere 40.000 Menschen durften nur deshalb einreisen, weil sich Gastgeberinnen und Gastgeber verpflichtet hatten, für deren Lebensunterhalt aufzukommen.Vielen Menschen, die in dieser Großzügigkeit die einzige Möglichkeit sahen, ihren Verwandten das Leben zu retten, droht nun der finanzielle Ruin. In einigen Fällen mußte dennoch Sozialhilfe beantragt werden. Prompt wurden gerichtliche Verfahren gegen die »Garantiegeber« eingeleitet, da die Behörden aller Länder die gezahlten Leistungen, oft in Höhe von bis zu 40.000 DM, von ihnen zurückfordern.
Die Prahlerei mit der angeblich »großen Aufnahmebereitschaft« wegen der inzwischen erreichten Zahl von 325.000 ist also mehr als heuchlerisch. In Schweden z.B. leben über 120.000 bosnische Flüchtlinge; das sind pro Kopf der Bevölkerung fast fünf mal mehr als in Deutschland.
Es war von vornherein abzusehen, daß eine große Zahl der Geflohenen entweder nie mehr oder erst in Jahren zurückkehren können wird. Denn Bosnien wird nicht mehr sein, was es einmal war. Die ehemalige Struktur des Landes, in der die einzelnen ethnischen Gruppen nicht voneinander getrennt waren, sondern selbstverständlich zusammenlebten, ist zerschlagen. Dennoch wurde den Geflohenen ein fester Aufenthaltsstatus und damit eine Integration in unsere Gesellschaft verwehrt. Die allermeisten sind nur geduldet. Das ist der unsicherste Aufenthaltsstatus, den das deutsche Ausländergesetz zu bieten hat. Teil des »Asylkompromisses« von 1992 war zwar, einen gesonderten Rechtsstatus für Bürgerkriegsflüchtlinge zu schaffen, doch hüteten sich die Verantwortlichen davor, ihr Versprechen in die Tat umzusetzen. Auf diese Weise nämlich bleibt der Flüchtling quasi »illegal« und wird bereitgehalten, damit er, wenn es den Innenministern gefällt, jederzeit abgeschoben werden kann. Dies bedeutet, daß sie nicht einmal innerhalb des Bundesgebiets reisen können, um ihre Verwandten oder Bekannten zu besuchen. Viele sind aufgrund ihres unsicheren Status einem faktischen Arbeitsverbot unterworfen und somit zum Nichtstun verdammt. Die angebliche deutsche Großzügigkeit ist ein Lügengebilde. Die deutsche Regierung wollte von Anfang an die erstbeste Gelegenheit nutzen, die Flüchtlinge wieder loszuwerden.

Gnadenloses Konzept der Abschiebung

Für die Bundesregierung gilt die Devise, den Rausschmiß auf bürokratischem Wege schnell und verwaltungseffizient zu organisieren. Obwohl es nach dem

Beschluß vom Dezember 1995 öffentliche Kritik hagelte, blieben die Innenminister bei ihren Plänen. Auf einer Sonderkonferenz am 26.1.1996 wurde ein Stufenplan beschlossen, nach welchem alle bosnischen Flüchtlinge ursprünglich beginnend mit dem 1.7.1996 bis Mitte 1998 hätten aus Deutschland verschwunden sein müssen. Abgesehen von der Zeitplanung gilt dieses Konzept auch heute noch. Zuerst sollen demnach Erwachsene ohne Kinder verschwinden, in einer zweiten Phase alle Erwachsenen mit minderjährigen Kindern sowie »Minderjährige, deren Betreuung in Bosnien-Herzegowina sichergestellt ist«. Zum Schluß sollen auch die als »Härtefälle« eingestuften Menschen Deutschland verlassen.
Gerade die Härtefallregelungen offenbaren den ganzen Zynismus und Ungeist der furchtbaren deutschen Verwaltungsbürokratie. Zu den »Härtefällen« gehören auch alte Menschen (ab 65 Jahren), »wenn sie in Bosnien-Herzegowina keine Familie, aber in der Bundesrepublik Deutschland Angehörige mit dauerhaftem Aufenthaltsrecht haben, soweit sichergestellt ist, daß für diesen Personenkreis keine Leistungen der Sozialhilfe in Anspruch genommen werden«. Kurzum, wenn die Verwandten einer oder eines Achtzigjährigen z.B. aufgrund von Arbeitslosigkeit, nicht in der Lage sind, den vollen Unterhalt – inklusive Gesundheitsversorgung etc. – zu bezahlen, haben die Minister keinerlei Probleme damit, diese Person in die Ruinen von Bosnien abzuschieben. Ein anderes Beispiel bilden »traumatisierte Personen«, ehemals in Lagern internierte Frauen und Männer, von Milizionären vergewaltigte Frauen, in Trümmern verschüttete Opfer des Bomben- und Granatenterrors. Sie sollen zwar von der ersten Phase der Rückführung ausgenommen werden, längstens jedoch »bis zum Abschluß ihrer Behandlung«. Die Gnadenfrist gilt im übrigen nur dann, wenn die »traumatisierten Personen« mindestens seit dem 16.12.1995 »in ständiger ärztlicher Behandlung stehen« und dies beginnend mit dem 1.4.1996 binnen drei Wochen nachweisen konnten. Ob Gnadenfrist oder nicht, am Ende steht der Rausschmiß. Waren diese Menschen zu Zeiten des Krieges noch gut genug,

Fälle:

1 »Mein Name ist Salih Berberovic. Ich bin 73 Jahre alt und komme aus Bijeljina in Bosnien, das seit 1992 serbisch besetzt ist. Zwei Jahre nach der Flucht meiner Tochter bin ich im Oktober 1994 aus Bijeljina vertrieben worden. Ich war tagelang in den Wäldern unterwegs und bin damals sehr krank geworden (Prostataentzündung mit Langzeitfolgen). Ich hatte es geschafft, nach Berlin zu meinen Töchtern zu kommen, die mich liebevoll betreuen. In Bosnien habe ich keine Familienangehörigen mehr.
Im August bin ich an einem Tumor erkrankt. Zwei Monate lang wurde ich in verschiedenen Krankenhäusern behandelt und mußte mich danach in ständige ärztliche Betreuung begeben. Meine Ärztin hat mir für die Ausländerbehörde attestiert, daß ich schwer krank bin. Ende Oktober hat man mir auf der Ausländerbehörde den Paß weggenommen und mich einer Meldepflicht unterworfen. (Herr Berberovic verfügt nun nur über eine Bescheinigung mit Meldefrist, Anm. d. Red.) Das verstehe ich nicht. Was soll mit mir im Januar geschehen?Wie soll ich in diesem Zusatand ohne die Hilfe meiner Tochter und ohne ausreichende ärztliche Betreuung irgendwo in Bosnien überleben? Ich kann wegen meines schlechten Gesundheitszustandes nicht einmal selbst bei den Behörden vorsprechen, weil der Weg und die Wartezeiten zu beschwerlich für mich sind. Ich bin den Deutschen sehr dankbar für ihre Hilfe, aber warum müssen sie uns so ängstigen?« *(November 1996)*

2 »Ich bin 25 Jahre alt, komme aus Sarajevo und bin zur Zeit bei meiner Schwester und ihrer Familie. Ich wollte während des Krieges fliehen, es war mir ohne Geld aber nicht möglich. Außerdem stand meine Mobilisierung bevor, ich wollte nicht dienen und versteckte mich im Keller meines Cousins. Die Militärpolizei fand mich und zwang mich zum Militärdienst. Nach meinem ersten Urlaub wollte ich nicht zurück zum Dienst, aber mein Onkel denunzierte mich bei der Militärpolizei.
Viele Freunde fielen neben mir im Krieg, die Anblicke der Toten werde ich nie vergessen, der Granatdonner dröhnt jetzt noch in meinen Ohren. Seitdem habe ich akute Schlafstörungen und Depressionen.
Seit meiner erzwungenen Mobilisierung stand ich unter Beobachtung. Grund dafür war das Bekanntwerden der binationalen Ehe meiner Schwester (sie: bosnische Staatsangehörigkeit, er: Serbe).
Nach der Entlassung aus der Armee mußte ich mich deshalb einer Meldepflicht unterziehen, man sah mich stets als potentiellen Verräter. Polizisten suchten mich in der Wohnung auf, wo ich mich aufhielt. Die Liena Karta (Personalausweis) und das Militärbuch wurden mir abgenommen, mehreren Befragungen mußte ich mich unterziehen: Welchen Dienstgrad hat dein Schwager, welche Kontakte hast du undsoweiter? Die Meldefrist wurde auf unbestimmte Zeit verlängert. Mein Telefon wurde abgehört. Post, die ich aus Deutschland erhielt, wurde geöffnet.
Mit Gefängnis und Erschießung wurde mir immer wieder gedroht, falls ich versuchen sollte, Kontakt zu meiner Schwester und zu meinem Schwager aufzunehmen. Freunde und Verwandte zogen sich wegen der binationalen Ehe meiner Schwester zurück. Ich stand plötzlich alleine da.
Ich habe den Wunsch, bei meiner Schwester in Berlin zu leben. Ich habe sonst niemanden mehr. Bei der Rückkehr muß ich mit Verhaftung rechnen.
Die Berliner Ausländerbehörde hat sich geweigert, mir aus humanitären Gründen eine Duldung zu erteilen. In der Begründung der Ablehnung wird auf ein vorliegendes ärztliches Attest einer psychologischen Beratungsstelle über eine schwere psychische Traumatisierung nicht eingegangen. Ich werde aufgefordert, Deutschland umgehend zu verlassen, weil ich mich illegal hier aufhielte.«

Dieser Bericht wurde im November 1996 von einem jungen Mann aus Bosnien-Herzegowina verfaßt, der mit einer Grenzübertrittsbescheinigung hier.

Quelle für beide Fälle: Berliner Aktionskreis gegen Abschiebung, c/o Publikata e.V., Talstraße 3-6, 13189 Berlin, Telefon 030/471 30 45, Fax: 030/471 30 21

den Nervenkitzel deutscher Nachrichtenseherinnen und -seher zu steigern, fallen sie nun unter das unerbittliche Diktat von Kanther und seinen Länderkollegen. Die gewährte Schonfrist soll dabei wohl in erster Linie dazu dienen, die zu erwartenden Proteste und Schicksalsberichte in der Presse zu entschärfen.

Auf der Innenministerkonferenz vom 3.5.1996 wurde das erste mal halblaut eingeräumt, daß der 1.7.1996 aufgrund der sich nicht bessernden Lage in Bosnien-Herzegowina als Termin für den Beginn der Abschiebungen eventuell nicht einzuhalten sei, obgleich formell weiter daran festgehalten wurde. In der Realität waren jedoch schon im Januar die ersten Ausreiseaufforderungen verschickt worden, in denen den Flüchtlingen ihre Duldung letztmalig für sechs Monate bis zum Juli erteilt worden war. Obwohl dann im Juni kurzfristig »der Termin für die Rückführung der bosnischen Kriegsflüchtlinge auf unbestimmte Zeit verschoben« wurde, sind sie teilweise weiterhin aufgefordert worden, Deutschland bis Ende Juni zu verlassen. In Berlin und Bonn etwa mußten Bosnier und Bosnierinnen eine Erklärung unterschreiben, daß sie, »sofern sie das Bundesgebiet nicht freiwillig verlassen, nach Ablauf der Ausreisepflicht mit ihrer Abschiebung rechnen müssen«. In anderen Städten wurde darauf gedrängt, daß sie auf Rechtsmittel gegen die Ausreisebescheide der Behörden verzichten sollten, andernfalls würden sie verkürzte Aufenthaltsfristen bekommen. Des weiteren wurden ihnen die Bescheide und Benachrichtigungen oft nur auf deutsch und ohne die gesetzlich vorgeschriebene Rechtsmittelbelehrung zugestellt. So werden Flüchtlinge auf übelste Weise erpresst und gezielt in Unsicherheit gehalten. Man könnte dies auch als behördlichen Psychoterror bezeichnen. Es wird auf Zeit gesetzt und auf die fortschreitende Zermürbung der Betroffenen.

Am 6.8.1996 entschied das Bundesverwaltungsgericht in Berlin, daß Moslems, einst geflohen aus Gebieten, die nun von Serben besetzt sind, keinen Anspruch auf Asyl haben, da ihnen, so die Begründung, auch innerhalb Bosnien-Herzegowinas Schutz vor serbischem Militär gewärleistet werden kann. Im Klartext: Wer aus einem Bürgerkriegsgebiet kommt ist nicht asylberechtigt, weil sie oder er auch durch den eigenen Staat Schutz erhalten könnte. Damit wurde sämtlichen Menschen, die vor dem Krieg in Ex-Jugoslawien nach Deutschland geflohen waren, im voraus die letzte Hintertür versperrt.

Schlußendlich einigten sich die Innenminister auf ihrer Konferenz vom 19.9.1996 auf den 1. Oktober als Stichtag für die Abschiebungen. Allerdings wurde die Verantwortung in die Hände der einzelnen Bundesländer gelegt, die nun nach ihrem eigenen Ermessen handeln können. Daraufhin kündigte Bayern prompt die Abschiebung von insgesamt 20.000 Flüchtlingen bis zum Sommer 1997 an. Auch in Berlin konnte es offensichtlich nicht schnell genug gehen. Ähnlich wie in Bayern müssen dort die in die erste Phase der Rückführung fallenden Flüchtlinge ihre Pässe abgeben, womit sie ausländerrechtlich vogelfrei sind. Daraufhin erhalten sie dann eine »Grenzübertrittsbescheinigung«, in der sie sich »zur unverzüglichen Ausreise« verpflichten müssen. Die Stadt München will ihnen dann nur noch eine Frist von zwei Tagen gewähren, wonach die Behörden grünes Licht zur Abschiebung erhalten sollen. Andere Bundesländer gaben wiederum bekannt, daß sie nicht beabsichtigen, in den Winter hinein, sondern erst im folgenden Frühjahr abzuschieben. So z.B. in Niedersachsen, wo jedoch trotz dieses Versprechens lokale Behörden Ausweisungsanordnungen verschickt haben, teilweise sogar an Vergewaltigungsopfer und Massakerüberlebende. Die bestimmenden Faktoren der deutschen Flüchtlingspolitik sind nunmehr Willkür, Verunsicherung und Zufall. So werden die Opfer des Krieges jetzt zu Opfern des Friedens, denn egal wo, am Ende steht auf jeden Fall eine Ausweisung.

Komischerweise behaupten die Minister noch immer, daß ihre Pläne durchaus mit dem Prinzip der freiwilligen Rückkehr übereinstimmen. Das ist Verlogenheit. Um dennoch in der Öffentlichkeit ihr Bild zu wahren, wird den Vertriebenen vielerorts ein finanzieller Anreiz geboten, damit sie »freiwillig« gehen. In diesem Fall werden die Reisekosten übernommen, außerdem gibt es eine Art Überbrückungshilfe von 650 DM pro Erwachsenem, maximal jedoch 1350 DM pro Familie. Wer es darauf ankommen läßt, unter Zwang ausreisen zu müssen, geht leer aus.

Propaganda für Massenabschiebungen

Als Grund für die Abschiebungen wird immer der Wiederaufbau des zerstörten Landes angegeben, wozu alle arbeitsfähigen Menschen besser heute als morgen nach Bosnien geschickt werden müßten. Angesichts von Millionen von Flüchtlingen, die innerhalb Bosniens selbst in Lagern zusammengepfercht leben oder bei Verwandten und Bekannten untergekrochen sind, kaum in der Lage ihre eigene Existenz zu sichern, ist dies blanker Unsinn. Die Arbeitslosenquote dort beträgt derzeit zwischen 90% und 100%. Es gibt für Zurückkehrende weder Arbeit noch Platz zum Wohnen. Und während ständig ein angeblicher Mangel an Fachkräften beklagt wird, haben z.B. die vor Ort tätigen Ärztinnen und Ärzte nicht einmal Medikamente oder Reagenzgläser. Hier von notwendiger Rückkehr zu sprechen, ist purer Zynismus.

Und so stecken hinter den Plänen der deutschen Minister ganz andere Motivationen. Bayerns Innenminister Beckstein bringt es mit seiner Forderung ziemlich genau auf den Punkt, wonach all die Flüchtlinge, die Sozialhilfe beziehen, zuerst abgeschoben werden



sollen. Es geht in der öffentlichen Diskussion nicht mehr vorrangig um Bosnien, sondern um die Finanzhaushalte in Deutschland. Nach Angaben der Regierung kosten Unterbringung und Verpflegung der bosnischen Flüchtlinge 3,5 Milliarden DM pro Jahr. Und im gleichen Zug wird stets behauptet, die Deutschen dürften nicht länger überstrapaziert werden. Statt weiter Sozialhilfe zu beziehen, so befanden die Innenminister auf ihrer Konferenz im September 1996, solle nun das Asylbewerberleistungsgesetz mit seinen drastischen Sozialhilfeabsenkungen auch auf die Bürgerkriegsflüchtlinge angewandt werden, da keine Ausreisehindernisse mehr vorlägen. Deren Schicksal wird nicht mit Krieg und Vertreibung verbunden. Diese Menschen sind längst reduziert auf den einen Begriff: deutsches Geld. Denn bei ihnen handelt es sich um Menschen, die aus Sicht der Politiker und Wirtschaftsbosse wirtschaftlich überflüssig sind, d.h. auf dem hiesigen Arbeitsmarkt nicht gebraucht werden können und somit für den Leistungsstaat eine »zusätzliche Belastung« darstellen. Mit solcherlei »Kosten-Nutzen-Rechnungen« wird zusätzlich Stimmung gemacht gegen Menschen, die man um keinen Preis im Land haben will. Tod und Elend werden, wenn es der Kostenentlastung dient, billigend in Kauf genommen. Besonders zynisch daran ist, daß die bosnischen Flüchtlinge durch ihren unsicheren Aufenthaltsstatus regelrecht in die Sozialhilfe gedrängt wurden. Eine Situation, die nun wieder gegen sie verwandt wird.

Abschiebung wohin ?

Der Krieg ist zwar bereits seit einem Jahr zuende, doch wirklicher Frieden ist nicht eingekehrt. Die meisten in Deutschland lebenden Flüchtlinge können sich eine Rückkehr zumindest derzeit nicht vorstellen. Das Land ist völlig zerstört und ohnehin fast nur von Vertriebenen und Wohnungslosen bevölkert, die weiterhin auf humanitäre Hilfe von außen angewiesen sind. Diese ist inzwischen drastisch gekürzt worden. Der UNHCR hatte im März 1996 seine Lieferungen im Vergleich zum Vorjahr auf 30% reduziert. Das Ergebnis ist, daß der Hunger vielerorts schlimmer ist als zu Kriegszeiten. Sollte die Abschiebung der Flüchtlinge aus Deutschland umgesetzt werden, müßten diese entweder in extra zu errichtenden Massenlagern zusammengepfercht werden oder zu Hunderttausenden perspektiv- und heimatlos im Land umherziehen. Ständig auf der Suche nach einem Dach über dem Kopf, nach Arbeit, Einkommen und Brot, außerdem in ständiger Bedrohung durch die radikalen Nationalisten und Milizionäre der verfeindeten Lager. Die gewalttätigen Angriffe auf Rückkehrwillige im April 1996 waren erst der Vorgeschmack: die Heimatorte von etwa zwei Dritteln der nach Deutschland Geflohenen befinden sich auf inzwischen »fremdem« Territorium - aufgrund einer Gebietseinteilung, die in den Augen der Betroffen eine Festschreibung der ethnischen Säuberungen darstellt. Der bosnisch-serbische Ministerpräsident Klickovic hatte Mitte Mai 1996 ganz offiziell erklärt, daß er trotz der gegenteiligen Garantien im Vertrag von Dayton die Rückkehr von »ethnisch fremden« Flüchtlingen in die ethnisch gesäuberten Gebiete ablehnt.

Selbst die Innenminister Bayerns, Hamburgs und Niedersachsens halten nach ihrer Rundreise durch Bosnien Anfang September 1996 eine Rückkehr der meisten Flüchtlinge in ihre ursprünglichen Heimatorte nicht für möglich. Nichtsdestotrotz sollen die Bürgerkriegsflüchtlinge nun genauso gnadenlos aus Deutschland vertrieben werden, wie damals aus Bosnien. Die Berücksichtigung ihrer Herkunftsregionen findet nur insofern Beachtung, indem sich Kanther auf eine Liste des UNHCR mit »rückkehrgeeigneten« Kantonen in Bosnien-Herzegowina beruft, die allerdings, so betont das UNO-Hilfswerk, »keine Aufstellung sicherer Gebiete« sei. Was das für die in Deutschland lebenden Bosnierinnen und Bosnier konkret heißt, wird willkürlich von Bundesland zu Bundesland anders interpretiert.

Die Flüchtlinge werden aber nicht nur von ihren einstigen Kriegsgegnern angefeindet und bedroht. Mitunter gelten sie in ihrer Heimat heute als Feiglinge, Deserteure und Verräter. Kriegsüberlebende und Invaliden, die in irgendeiner Behausung notdürftig Unterschlupf gefunden haben, werden aus den Wohnungen geworfen und von einem Stadtteil in den nächsten verlegt, wegen der Rückkehrenden, die jetzt wieder Anspruch auf ihr Eigentum erheben - falls ihre Häuser denn überhaupt noch stehen sollten. Es ist also eine gefährliche Rückkehr, wenn viele Daheimgebliebenen die Geflüchteten heute so sehr hassen wie ihre einstigen Todfeinde im Krieg. Soziale Spannungen sind für die nächsten Jahre vorprogrammiert. Die Flüchtlinge wissen selbst am besten, ob überhaupt, und wenn ja, wie, wann und wohin sie zurückkehren können und wollen. Sie sollten gefälligst auch frei und individuell darüber bestimmen können!

Anfang November 1996 kündigte Bundesinnenminister Kanther, nach mehr als einjährigen Verhandlungen, endgültig als »klares Signal«, den Abschluß des Rückführungsabkommens mit Bosnien-Herzegowina an. Auch wenn bis dahin nur vereinzelt nach Bosnien ausgeflogen wurde (es handelte sich bei den ersten um Straftäter, die zuerst beseitigt werden müßten), nun kann mit massenhaften Abschiebungen begonnen werden. Es ist kaum vorstellbar, welche Dimension diese Bevölkerungspolitik mittlerweile angenommen hat. Doch innerhalb dieses Systems, in dem ein Mensch nicht nach Menschlichkeit, sondern nach Verwertbarkeitskriterien wie Leistung und Wirtschaftlichkeit bewertet wird, erscheint eine radikale Bekämpfung der Flüchtlinge durchaus als logisch konsequent. Politiker betreiben Propaganda, Gerichte entscheiden, Minister unterschreiben Verträge. Wer aus einem Krisengebiet kommt, hat kein Anspruch auf Asyl mehr. Mag jemand verfolgt und schutzbedürftig sein, diesen Schutz soll er aber woanders suchen, egal wo, vielleicht irgendwo in Bosnien, jedenfalls nicht in Deutschland.

Es ist daher höchste Zeit, den geplanten Massenabschiebungen Widerstand entgegenzusetzen. Wer bleiben will, soll bleiben!

Antirassismus Büro
Sielwall 38, 28203 Bremen

Wie teuer ist denn Ihr Heim?

Während des Bürgerkriegs in Jugoslawien wurde auf die frauenspezifischen Fluchtgründe eingegangen, indem auch in Deutschland einige Frauenflüchtlingshäuser gegründet wurden. Jetzt – da der Konflikt offiziell für beendet erklärt ist – werden sie offenbar überflüssig. Die Frauen aus Bosnien-Herzegowina werden nun von den Behörden bedrängt: Sie sollen verstehen, daß ihre Tage in Deutschland gezählt sind.
In Berlin wurden seit April 1993 vier Frauenflüchtlingshäuser gegründet. Die ersten beiden waren für Frauen gemischter Nationalitäten gedacht. Davon wurde eines bereits geschlossen und ein weiteres wird zum Jahresende aufgelöst. Die beiden Häuser für bosnische Frauen bleiben jedoch vorerst bestehen. Aber schon jetzt üben die Behörden Druck auf die Frauen aus. Das heißt: Sie erhielten bereits in diesem Herbst Ausreiseaufforderungen, auch wenn sie eindeutig nicht aus den »geeigneten Gebieten« kommen. Zudem wollen die Sozialämter »echte« Traumatisierungsnachweise sehen, was die Frauen dazu zwingt, ihre Erlebnisse auch mehrfach zu schildern. Gleichzeitig wird ihnen im Rahmen der Sparmaßnahmen ab November 1996 die Sozialhilfe um 20% gekürzt.

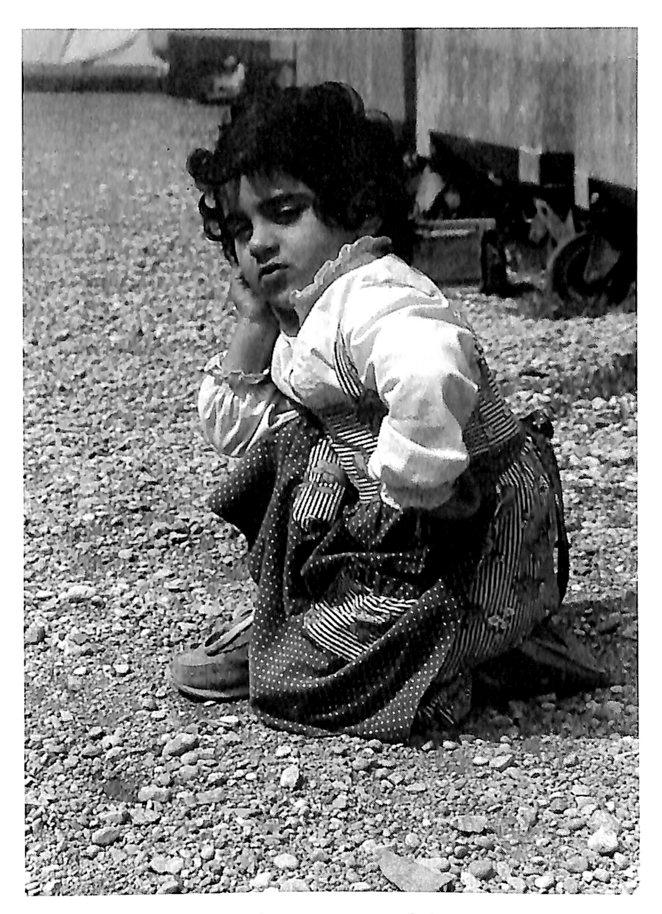
Ein Flüchtlingsheim für die Frauen aus Srebrenica

In den ersten beiden Frauenflüchtlingshäusern waren Asylbewerberinnen und Bürgerkriegsflüchtlinge zusammen untergebracht. Im Dezember 1994 und Juli 1995 wurden dann zwei Frauenflüchtlingshäuser nur für bosnische Flüchtlinge geschaffen - besonders für kriegstraumatisierte Frauen.
Die bosnischen Frauen in dem zuletzt gegründeten Flüchtlingsheim kamen zum großen Teil nach den Ereignissen im Juni/Juli 1995 aus Srebrenica nach Berlin. Viele wurden vergewaltigt, und viele haben den Verlust der männlichen Familienmitglieder zu beklagen, die entweder umgekommen sind oder vermißt werden. Da 90% der Frauen schwer traumatisiert sind, haben die Sozialarbeiterinnen Erika Basler und Liliana Büth von Anfang an eine Psychologin gefordert. Sie wurde aber nicht bewilligt, und so nutzen die Flüchtlinge wenigstens den Vorteil, daß sie ähnliche Erfahrungen gemacht haben. »Nach einem Monat, wenn sie Vertrauen gefaßt haben, kommt es oft zu spontanen Runden in den Gemeinschaftsküchen.«
46 Frauen und 44 Kinder wohnen zur Zeit in dem großen, schön renovierten Haus. Die Sozialarbeiterinnen bieten viele Aktivitäten an (Deutsch- und Schneiderkurse, Gymnastik, Kultur) und legen Wert auf Kontakte zu anderen Projekten. »Wenn die Frauen solche Höhepunkte erlebt haben, wo sie sich auch verstanden fühlen, dann geht es immer eine ganze Weile gut. Aber es gibt auch immer wieder Situationen, wo sie down sind, wie jetzt mit dieser Rückführungssituation.«

Mir ist nicht mehr wohl in meiner Haut, wenn ich die Frauen beruhige. Weil ich denke: Ich lüge sie an

Die Ausreiseaufforderungen führen bei den Frauen aus Bosnien-Herzegowina zu Verunsicherungen und Angst, denn zu 70% sind sie aus Gebieten, die serbisch kontrolliert werden. Gebiete, in die sie gar nicht zurückkehren können. Dazu kommt, daß viele Frauen mit ihren Kindern nun nach dem Verlust ihrer männlichen Familienmitglieder ganz und gar auf sich allein gestellt sind.
Viele Städte Bosniens sind zudem mit Flüchtlingen überfüllt, wie eine Frau berichtet hat, die eine Erkundungsreise gemacht hat. In Städten wie Sarajewo, Tuzla oder Mostar gibt es kaum noch Platz. So leben in Tuzla die Flüchtlinge, die nicht ins Ausland fliehen konnten, immer noch in Massenunterkünften wie Turnhallen.





Srebrenica liegt im Osten Bosniens, auf den Karten von 1991 ist die Gegend als »absolut mehrheitlich von Muslimen bewohnt« eingezeichnet. Im Herbst 1992 kontrollieren die bosnischen Serben bereits 70% von Bosnien Herzegowina, konnten jedoch die strategisch wichtigen Städte nördlich und östliche Sarajewos (wie Srebrenica) nicht erobern. In diesen Städten sammelen sich die bosnischen Flüchtlinge, unter ihnen viele vergewaltigte Frauen, aus den von bosnischen Serben eroberten Gebieten. Im Dezember 1992 verurteilt der UN-Sicherheitsrat einstimmig die systematische Vergewaltigung muslimischer (aber auch serbischer) Frauen.
Srebrenica wird im März 1993 von den bosnischen Serben angegriffen. Im April wird die Stadt zur »UN-Sicherheitszone« (weitere UN-Sicherheitszonen sind Sarajewo, Bihac, Tuzla und Zepa). Dort soll die muslimische Bevölkerung von den Angriffen der bosnischen Serben geschützt werden. Unter UN-Vermittlung wird im April 1993 zwischen bosnischen Serben und Bosniern für Srebrenica Waffenruhe vereinbart und die Entwaffnung der bosnischen Verteidiger durchgeführt. Am 11. Juli 1995 nehmen die bosnischen Serben die Sicherheitszone Srebrenica ein, nachdem die dort stationierten dänischen UNO-Blauhelme als Geiseln genommen worden waren. Die bosnischen Serben trennen die Männer von den Frauen und Kindern und verschleppen 6.000 bis 8.000 Männer. Die Mehrzahl dieser Männer werden erschossen und in Massengräbern beerdigt. Die 40.000 Zivilisten werden in die Gegend von Tuzla vertrieben. Tuzla wird - wie auch die anderen Schutzzonen - daraufhin von den bosnischen Serben eingenommen.
Im Vertrag von Dayton wird Srebrenica den bosnischen Serben zugesprochen.

Bisher hat Erika Basler immer auf das Dayton-Abkommen verwiesen und den Frauen versichert, daß sie nicht abgeschoben werden können. Doch nun haben auch einige dieser moslemischen Frauen aus den serbisch besetzten Gebieten eine Abschiebungsaufforderung erhalten. Zum Beispiel eine Frau aus Bjeljina und zwei aus Vlasenica - beides Gebiete, die unter serbischer Kontrolle sind. »Mir ist jetzt nicht mehr wohl in meiner Haut, wenn ich die Frauen beruhige. Weil ich denke: Ich lüge sie an.« Den Sozialarbeiterinnen bleibt nun im Fall einer Abschiebeandrohung lediglich, Rechtsmittel einzulegen, die persönliche Situation der Frauen im Einzelfall darzustellen und zu hoffen, daß das Verwaltungsgericht eine menschenwürdige Entscheidung fällt.
Dabei haben die Frauen noch Glück, daß sie nicht aus den »geeigneten Gebieten« sind, sonst hätten sie sogar nur eine Woche Frist, auszureisen. Der Stichtag, an dem sie in der Ausländerbehörde vorsprechen müssen, ist nun im Dezember. Doch Liliana Büth meint: »Wir wissen nicht, was im Dezember passiert. Ob bis zu diesem Zeitpunkt noch mehr geeignete Gebiete geschaffen werden.«

Therapie als behördlicher Traumatisierungsnachweis

Gemäß dem Beschluß der Innenministerkonferenz vom Januar 1996 gehören die Kriegstraumatisierten erst in die zweite Rückführungsgruppe, die ab Mai 1997 Deutschland verlassen muß. Zum Nachweis der Kriegstraumatisierung genügt es jedoch nicht, aus Gebieten wie Srebrenica zu kommen, die mehrfach von Serben angegriffen wurden. Die deutschen Behörden fordern als Beleg eine Therapie.
Doch es fehlen geeignete Therapeutinnen. Zudem verweigern sich die Flüchtlingsfrauen der Prozedur, was verständlich ist, so Erika Basler: »Viele haben schwere Dinge erlebt. Sie können nicht reden und sind deshalb zu einer Therapie nicht bereit, obwohl wir wissen, daß sie schwer traumatisiert sind. Sie versuchen eher zu verdrängen.«
Auch das Recht, im Frauenflüchtlingshaus zu wohnen, wird behördlich kontrolliert: Wenn andere Frauen aus Srebrenica aus gemischten Heimen in das Frauenhaus wollen, müssen sie gegenüber den Bezirksämtern ihre Traumatisierung nachweisen. Das wird jedoch immer schwieriger, denn die Tagessätze sind wegen der besseren Betreuung im Frauenflüchtlingsheim höher. Zudem kann dieser hoheitliche Akt offenbar nur von bestimmten Personen durchgeführt werden. So wurde das Gutachten einer Psychologin vom Roten Kreuz nicht vom Sozialamt akzeptiert. »Wir mußten sie auch zum sozialpsychiatrischen Dienst schleppen,« so Liliana Büth, »wo es nicht mal einen Dolmetscher gab.« Und die erste Frage der Psychaterin war: »Wie teuer ist denn Ihr Heim?« Die Kostenübernahme wurde abgelehnt.

Heidje Beutel

Und gehst Du nicht freiwillig, so brauch ich Gewalt

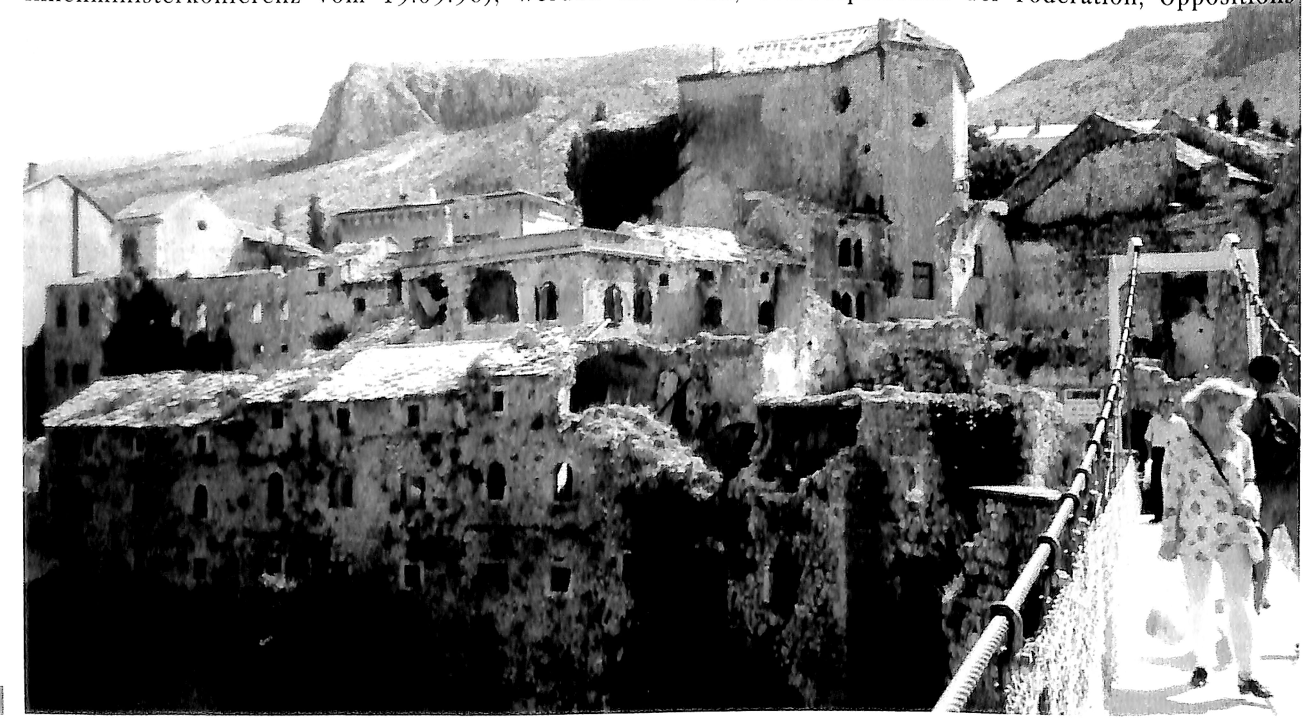
Zur aktuellen Situation in Bosnien-Herzegowina

Ungeachtet aller Warnungen staatlicher, nichtstaatlicher und internationaler Organisationen halten die Innenminister der Bundesländer an ihren Plänen zur Abschiebung bosnischer Kriegsflüchtlinge fest (Beginn der gestaffelten »Rückführung« ab dem 01.10.96). Der Krieg ist offiziell beendet, das Dayton-Abkommen feiert sein einjähriges Bestehen und schließlich wurden im September dieses Jahres unter Aufsicht der OSCE die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Bosnien-Herzegowina durchgeführt. Der Weg in eine friedliche und demokratische Zukunft scheint also geebnet. Was liegt da näher, als die bundesweit ca. 300.000 bosnischen Kriegsflüchtlinge schnellstens zurückzuschicken, auf daß sie ihr Land (das allerdings so nicht mehr existiert) wieder aufbauen und der Bundesrepublik weitere Kosten ersparen.

Bürokratische Hürden, aber auch die tatsächliche politische und wirtschaftliche Situation in Bosnien-Herzegowina haben die geplanten Abschiebungen bislang verzögert. Nicht zuletzt müssen auch die bosnischen Behörden der »Rückführung« von Flüchtlingen zustimmen. Dies ist u.a. in dem Rückübernahmeabkommen festgelegt, das zwischen der deutschen Bundesregierung und der Regierung von Bosnien-Herzegowina am 20.11.96 unterzeichnet wurde.

Um die »freiwillige« Rückkehr zu beschleunigen und zu erzwingen, reagieren die politisch Verantwortlichen und zuständigen Behörden mit einem Bündel schikanöser und entwürdigender Maßnahmen: Ungeachtet, welcher zeitlichen Rückkehrphase die Flüchtlinge angehören, werden Pässe abgenommen und stattdessen Grenzübertrittsbescheinigungen mit der Ausreiseaufforderung ausgehändigt. In zahlreichen Fällen werden auch den Flüchtlingen Duldungensverlängerungen verweigert, die nicht abgeschoben werden können. Folglich wenden sie sich an die Verwaltungsgerichte und klagen. Mit der Begründung, die »freiwillige« Rückehr habe bereits begonnen und sei deshalb möglich (vgl. Innenministerkonferenz vom 19.09.96), werden die Sozialleistungen für die Flüchtlinge in Berlin auf das Niveau von Asylbewerbern gesenkt. Statt Bargeld gibt es nur noch Kostenübernahmescheine. Darüberhinaus sollen die Flüchtlinge, die in Wohnungen untergebracht sind, nun in Flüchtlingsheimen kaserniert werden. Diese Maßnahmen sind nicht nur inhuman, sondern auch teuer: Die Unterkunft in Heimen kostet in der Regel mehr als die Mietkosten einer Wohnung. Auch die zahlreichen Gerichtsverfahren kosten Geld (pro Verfahren im Durchschnitt 1500.-DM). Dieser menschenverachtenden Politik stehen die Bestimmungen des Abkommens von Dayton entgegen, das in Annex 7 die Voraussetzungen für eine Rückkehr und die Rechte der Flüchtlinge und »displaced persons« festlegt. Demnach haben Flüchtlinge und intern Vertriebene das Recht (an ihren früheren Wohnsitz oder in einen Ort ihrer Wahl) in Sicherheit zurückzukehren, ohne jedes Risiko der Bedrohung, Einschüchterung, Verfolgung oder Diskriminierung, insbesondere solcher, die mit ihrer ethnischen Herkunft, dem religiösen Bekenntnis oder ihrer politischen Überzeugung einhergeht (vgl. Annex 7., Art. 1). Die Bundesregierung hat sich durch ihre Zeugenunterschrift unter das Abkommen von Dayton international zur Einhaltung und Respektierung des Abkommens verpflichtet.

Angesichts der zahllosen zerstörten Häuser, der miserablen wirtschaftlichen und sozialen Lage, der anhaltenden ethnischen Säuberungen, die eine Wiederansiedlung der Flüchtlinge in ihren Herkunftsgebieten unmöglich machen, kann keineswegs davon ausgegangen werden, daß für die Flüchtlinge generell die Möglichkeit einer baldigen Rückkehr besteht. Dies ergaben die zahlreichen Treffen und Gespräche zur Frage der Rückkehrmöglichkeiten bosnischer Flüchtlinge (im Juli 1996), die im Rahmen einer Orientierungsreise in Sarajewo mit VertreterInnen verschiedener Institutionen geführt wurden (u.a. Deutsche Botschaft, UNHCR, Ombudspersonen der Föderation, Oppositions-



parteien).

Die wirtschaftliche und soziale Situation

Schätzungen zufolge belaufen sich die Kriegsschäden in BiH (Bosnien-Herzegowina) auf bis zu 15 Mrd. US-Dollar. Für den Wiederaufbau werden rund 50 Mrd. US-Dollar benötigt. Der überwiegende Teil der Bevölkerung (ca 90%) ist zeitweise - und ca. eine halbe Million Menschen völlig - von humanitärer Hilfe abhängig. Die Industrieproduktion ist (verglichen mit 1990) auf 5% gesunken, das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf seitdem um 80% gefallen. Ein großer Teil der ehemaligen Unternehmen kann nicht mehr instand gesetzt werden und die nach wie vor unsichere politische Lage hemmt ausländische Investitionen, die zum Wiederaufbau der Industrie notwendig wären. Entsprechend der wirtschaftlichen Lage ist auch die Arbeitssituation in BiH miserabel. »Niemand lebt von der eigenen Arbeit«, so die Aussage einer UNHCR-Vertreterin. Angesichts der niedrigen Löhne (durchschnittlich 150.-DM monatl.), der geringen Rentenbeiträge (zw. 60.- und 70.-DM monatl.), der hohen Arbeitslosigkeit und den vergleichsweise hohen Lebenshaltungskosten ist es eher erstaunlich, daß die Armut zumindest in Sarajewo nicht sofort ins Auge fällt. Sozialen Zündstoff birgt dieser Zustand jedoch auch für zurückkehrende Flüchtlinge, die oftmals mit der Begründung vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden, sie hätten während des Krieges priviligiert im Ausland gelebt, anstatt ihr Vaterland zu verteidigen.

Die Wohnungssituation

Gegen die Rückkehr großer Gruppen bosnischer Flüchtlinge noch in diesem Jahr sprachen sich Mitarbeiter der UN-Flüchtlingsorganisation UNHCR in Sarajewo aus. Laut Cynthia Burns (Senior Protection Officer des UNHCR) befinden sich 500.000 vertriebene Bosnier und Kroaten in Zentralbosnien auf der Flucht, 200.000 vertriebene Serben in Ostbosnien und 280.000 vertriebene Serben in Nordbosnien.
Für diese Flüchtlinge - nahezu eine Million - steht nicht genügend Wohnraum zur Verfügung, da 60-80% der Häuser in BiH durch den Krieg beschädigt bzw. zerstört sind. Viele Vertriebene sind in Regionen geflüchtet, in denen sie der ethnischen Mehrheit angehören und leben nun in Wohnungen und Häusern, deren Eigentümer (u.a. ins Ausland) geflüchtet sind. Bevor daran gedacht werden kann, daß eine größere Anzahl Flüchtlinge aus dem Ausland zurückkehrt, müssen zunächst Wohnungen und Infrastruktur für die Binnenflüchtlinge und die Flüchtlinge wieder aufgebaut werden, die in den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien in Lagern leben.

Freizügigkeit und persönliche Sicherheit

Mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Dayton (14.12.95) wurde der über 3 1/2 Jahre dauernde Krieg in BiH beendet. Der militärische Teil des Abkommens ist insofern erfüllt, wenngleich eine weitere internationale militärische Präsenz notwendig sein wird, um die Waffenruhe nicht erneut zu gefährden. Ob und wann die politische Lage in BiH als stabil bezeichnet und von einem dauerhaften Frieden ausgegangen werden kann, ist nicht zuletzt von der Umsetzung des zivilen Teils des Dayton-Abkommens abhängig. Thomas Schieb, Vertreter der deutschen Botschaft in Sarajewo, bestätigt die Schwierigkeiten bei der Durchsetzung der im Vertragswerk genannten Menschen- und Minderheitenrechte, die den Flüchtlingen und Vertriebenen u.a. Schutz vor Diskriminierung wegen ethnischer Zugehörigkeit, Religionsfreiheit und die Rückkehr in ihre angestammte Heimat garantieren sollen. Bis auf Ausnahmen ist jedoch die Rückkehr in ein Gebiet nicht möglich, das mehrheitlich von einer anderen Ethnie bewohnt wird. Insbesondere gilt das für die Republika Srpska, aber auch für die bosnisch-kroatische Föderation. Die Diskriminierung der Rückkehrer geht sowohl von lokalen Behörden (Blockadehaltung) als auch von der ansässigen Bevölkerung aus. Tätliche Übergriffe, bürokratische Schikanen (z.B. Verhinderung der Ausstellung offizieller Dokumente, Behinderung am Arbeitsplatz), verwehrter und fehlender Wohnraum schließen eine Rückkehr der Vertriebenen und Flüchtlinge in ihre Heimatgebiete in großem Maßstab aus. Innerhalb der bosnisch-kroatischen Föderation hat UNHCR gegenseitige »Besuchsreisen« von Vertriebenen in deren ursprüngliche Wohngebiete organisiert, die heute von einer anderen ethnischen Mehrheit bewohnt werden. Diese Reisen werden größtenteils massiv behindert, wenn nicht gar verhindert.
Neben den wirtschaftlich-sozialen Problemen, die eine Wiederansiedlung der Vertriebenen und Flüchtlinge mit sich bringt, sind es nach wie vor politische Gründe, die ihrer Rückkehr entgegenstehen. Es besteht kein Interesse, die »ethnisch reinen« Gebiete, die im Laufe des Krieges erkämpft wurden, durch den Zuzug von Flüchtlingen und Vertriebenen anderer Ethnien wieder rückgängig zu machen.

Welche Rückkehrmöglichkeiten gibt es für die bosnischen Flüchtlinge?

Angesichts der nach wie vor instabilen politischen Lage und den sozialen und wirtschaftlichen Problemen in BiH ist an eine baldige Rückkehr bosnischer Flüchtlinge in großem Maßstab nicht zu denken. Eine zwangsweise Abschiebung der Flüchtlinge kann, falls umgesetzt, auch in ethnischen Mehrheitsgebieten zu erheblichen innenpolitischen Problemen beitragen. Die dort lebende Bevölkerung ist nicht bereit, den eigenen Lebensstandard durch die Aufnahme von Flüchtlingen noch weiter zu verschlechtern.
Um eine wirklich freiwillige Rückkehr von Kriegsflüchtlingen zu ermöglichen, müssen zunächst geeignete Gebiete bzw. Orte gefunden werden. UNHCR hat mehrere Gebiete ausfindig gemacht (kleine Orte und größere Städte), in denen die politischen Voraussetzungen für eine Rückkehr von Vertriebenen gegeben zu sein scheinen. Dies betrifft jedoch nur die freiwillige Rückkehr von den innerhalb des Landes Vertriebenen und beschränkt sich auf Gebiete, deren Bevölkerung derselben Ethnie wie der der Rückkehrer angehört. Um Konflikte zu vermeiden und ein menschenwürdiges Leben der Rückkehrer zu gewährleisten, ist neben der politischen Lage die wirtschaftliche und soziale Situation vor Ort zu berücksichtigen. Rückkehrhilfen sollten nur in Kombination mit regionalen Wiederaufbaumaßnahmen erfolgen, von denen auch die dort lebende Bevölkerung profitiert.

Andrea Mögle

Widerstand und Unterdrückung im Kosovo

Bedeuten die Deportations-Abkommen das Ende der albanischen Parallelgesellschaft?

Am 10.10.96 wurde in Bonn von Kanther und seinem serbischen Kollegen Jokanovic ein Vertrag unterzeichnet, der es möglich machen soll, daß die BRD die ca. 135.000 hier lebenden Menschen rausschmeißen kann, die in den letzten acht Jahren aus dem Gebiet Restjugoslawiens hierher geflüchtet sind.
Viele von ihnen sind AlbanerInnen aus dem Kosovo, denen nach ihrer Deportation vielschichtige Repressionen drohen. Denn die serbische Führung fürchtet den sogenannten ethnischen Druck durch die Rückkehr so vieler Menschen, deren Aufmüpfigkeit und Unabhängigkeitsstreben sie mit der Abschaffung des Autonomiestatus 1989 zu ersticken versucht hatte und die sie seitdem mit einer gezielten Politik der Vertreibung der AlbanerInnen und der »Serbisierung« des Landes als serbischen Besitzstand und innere Kolonie festzuklopfen versucht haben.
Mit dem neuen Abkommen ist der Weg frei für Abschiebungen in großem Stil.
In was für ein Land müssen die nun zur Deportation freigegebenen Menschen zurück?

Die heutige Situation im Kosovo wurzelt in der Politik der Großmächte nach dem ersten Balkankrieg 1913: ein Teil Albaniens, der Kosovo, der überwiegend von AlbanerInnen, aber auch von SerbInnen und anderen Völkern bewohnt war, wurde Serbien zugeschlagen, der andere Teil blieb Albanien. Serbien hatte sich nach fast 500jähriger Osmanenherrschaft 1878 die Unabhängigkeit erkämpft und 1912 zusammen mit Griechen, Montenegrinern und Bulgaren Albanien erobert und den Kosovo von den Großmächten als Teil des neuen serbischen Königreichs zugesprochen bekommen.
Die AlbanerInnen - viele hatten sich zum Islam bekehrt, um den Steuereintreibern der christlichen Fürsten und Klöster zu entgehen - blieben jedoch den orthodoxen Serben suspekt. Sie errichteten im Kosovo ein Militärregime über die nichtslawische Bevölkerung und verschanzten sich hinter z.T. aus dem Mittelalter stammenden meterdicken Klostermauern, um von diesen Bastionen aus ihren Anspruch auf das Land als »Wiege des Serbentums« (wegen der legendären, von den Serben im Jahre 1389 verlorenen »Schlacht auf dem Amselfeld«) zu verteidigen. Ihr Versuch, durch Ansiedlung serbischer KolonistInnen und Vertreibungsdruck gegen die AlbanerInnen die Bevölkerungsmehrheiten im Kosovo zu »korrigieren«, blieb jedoch weitgehend erfolglos.

Stattdessen bewirkte das Hickhack um den Kosovo während und nach dem 1.Weltkrieg sowie die Unterdrückung unter dem neuen serbischen Königreich, die den AlbanerInnen keinerlei eigene Entwicklung erlaubte und weitere Zehntausende AlbanerInnen in die Flucht trieb, daß der Widerstand anwuchs. Viele gingen in den Untergrund, um bewaffnet gegen die Kolonialherrschaft zu kämpfen.
Die Besetzung Albaniens und des Kosovo durch italienische Faschisten, die im Protektorat »Großalbanien« eigene albanische Verwaltung und Kultur zuließen, führte zwischen 1941 und 1944 zur Vertreibung Zehntausender SerbInnen aus dem Kosovo und zur Bildung nationalistischer Kräfte unter den AlbanerInnen.
Die Kämpfe der bäuerlichen Partisanenbewegungen - da sind v.a. die »Balli kombetar« zu erwähnen, die von großen Teilen der albanischen Bevölkerung unterstützt wurden - machten dem 1943 ein Ende. Sie kämpften aber auch gegen die von den jugoslawischen und albanischen Kommunisten über Kosovo 1945 errichtete Militärverwaltung. 1946, mit der Gründung der Föderativen Republik Jugoslawien, kam der Kosovo als nur halbautonome Region wieder unter die Oberherrschaft der Teilrepublik Serbien.
Kosovo blieb auch im jugoslawischen Tito-Staat unterdrückt. Hier begann seine Entwicklung zum »Armenhaus Europas« und zur »inneren Kolonie«, die bis heute andauert. Die Ausbeutung der reichhaltigen Bodenschätze (Blei, Zink, Bauxit, Braunkohle) floß in die »sozialistische Industrialisierung« v.a. außerhalb des Kosovo, die dörfliche Wirtschaft wurde durch die Steuerpolizei geschröpft. Die verarmte Bevölkerung, deren Aufbegehren immer wieder von polizeilich-militärischer Repression niedergeschlagen wurde, suchte sich ihr Einkommen als wandernde KleinhändlerInnen und HandwerkerInnen, verstreut über den ganzen Balkan, zu beschaffen oder zog sich in die großfamiliäre dörfliche Subsistenz zurück. Erst nach der Entmachtung des stalinistischen serbischen Innenministers Rankovic durch Tito wurden ab 1966 Lockerungen und eine Periode autonomer Entwicklungen eingeleitet. In der 2.Hälfte der 60er Jahre eskalierten in ganz Jugoslawien StudentInnen-Unruhen mit großen Aufbruchstimmungen. In Kosovo forderten StudentInnen 1968 die amtliche Zulassung der albanischen Sprache, ein Ende der ökonomischen und sozialen Diskriminierungen, auch die Forderung nach Unabhängigkeit wurde laut. Die Einführung eines albanischen Schul- und Hochschulwesens - 1969 wurde die erste albanischsprachige Universität in Prishtina eröffnet - brachte schnell eine eigenständige albanische Intelligenzschicht hervor, die bald auch Leitungspositionen im gesellschaftlichen Verwaltungsapparat besetzte. 1974 wurden Kosovo und Vojvodina zu autonomen Gebieten auf Bundesebene erklärt, mit eigener Vertretung im Staatspräsidium.
Die politische Emanzipation änderte jedoch kaum etwas an den sozialen und wirtschaftlichen Armuts-Verhältnissen. Obwohl ab 1966 auch für den Kosovo eine Phase der Modernisierung begann, die bis 1981 andauerte, verschärfte sich bis Ende der 70er Jahre die Kluft zwischen dem vergleichsweise reichen Norden und dem armen Süden Jugoslawiens. Die Modernisierung der Landwirtschaft bewirkte eine große Einkommenslosigkeit, Verarmung, Landflucht und Migration vieler

AlbanerInnen. Der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten verringerte sich von über 80% 1948 auf knapp 55% 1981, was nirgendwo aufgefangen wurde. Viele der migrierenden v.a. jungen Menschen behielten die Verbindungen zu ihren Großfamilien auf dem Land (der private ländliche Kleinbesitz wurde in Jugoslawien nicht abgeschafft, durfte aber 10 ha nicht übersteigen) als eine letzte Garantie in der Not.
So war es kein Wunder, daß der neugeschaffene große Bildungssektor und v.a. die Universität in Prishtina, die zur größten Jugoslawiens geworden war, zu einem Hort sozialer Proteste gegen die schlechten Lebens- und Arbeitsverhältnisse wurde.
1981 kam es nach Demonstrationen der StudentInnen (zuerst gegen das schlechte Mensaessen, dann gegen das schlechte Leben im Land, dann mit nationalen Parolen wie »Kosovo den Kosovaren«) zu blutigen Auseinandersetzungen, die sich zu einem Aufstand im ganzen Land ausweiteten. Nach Hunderten von Toten wurde der Aufstand mit Verhängung des Ausnahmezustandes und Inhaftierung Tausender meist Jugendlicher erstickt. Mit einer Säuberungswelle im Partei- und Staatsapparat und in den Fabriken, die viele Menschen arbeitslos machte, und mit einer staatlich-serbischen und medieninszenierten Kampagne zur Ethnisierung der sozialen Konflikte begann ein neuerlicher Schub von Entrechtung und Deklassierung der AlbanerInnen.
Serbische nationalistische Massenmeetings und antialbanische Pogrome begünstigten besonders unter den von Deklassierung bedrohten städtischen, gebildeten Schichten das Anwachsen eines albanischen Nationalismus, sozusagen als Symbol für den Anspruch auf Existenz und Menschenwürde.
1988, mit dem Aufstieg Milosevics in die serbische Führung, spitzte sich die Situation zu: Durch eine Politik der gezielten Vertreibung der AlbanerInnen aus ihren Wohn- und Arbeitsplätzen, aus den Schulen und Krankenhäusern, aus öffentlichen Ämtern und industriellen Führungspositionen und die Übernahme sämtlicher Leitungsposten in Industrie und Verwaltung durch Serben (in den Führungspositionen dürften weder bei den Albanern noch den Serben kaum Frauen zu finden sein). Im November 1988 demonstrierten in Prishtina 250.000 Menschen für das Selbstbstimmungsrecht der Kosovo-AlbanerInnen, nachdem der Protest gegen die Absetzung zwei albanischer KP-Politiker mit einem »Marsch des Zorns« von 3000 Bergarbeitern begonnen hatte. Die Regierung hatte als Antwort nur die weitere Repressions- und Serbisierungspolitik übrig. Im Februar 89 kam es zum Generalstreik, ausgelöst durch Streiks sämtlicher Bergleute in Kosovo, der mit der Aufhebung des Autonomiestatus des Kosovo durch eine Verfassungsänderung beantwortet wurde. Die Folge waren tagelang anhaltende militante Auseinandersetzungen, die sich zum Aufstand steigerten und wiederum zur Verhängung des Ausnahmezustands, zur Erschießung von über 200 Menschen und Massenverhaftungen führten.
Seit März 1989 ist Kosovo in allen politischen, sozialen und ökonomischen Fragen der serbischen Führung in Belgrad unterstellt. Sämtliche Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, regionale und lokale Verwaltungen, Ausbildungs- und Gesundheitssektor, Betriebe und Kleingewerbe, überall wurden AlbanerInnen heraus»gesäubert« und durch SerbInnen ersetzt, auch auf dem Land wurden sie von den Höfen gejagt. Versuche, die sog. ethnische Zusammensetzung durch Vertreibung und Neuansiedlung serbischer Menschen in Kosovo zu erreichen, wurden seither systematisch und mit aller polizeilichen und militärischen Brutalität betrieben.
Am 2.7.90 erklärten die albanischen Abgeordneten des abgesetzten Kosovo-Parlaments die Unabhängigkeit ihrer Provinz von Serbien.
Im September '91 votierten über ein Referendum eine große Mehrheit der AlbanerInnen für einen eigenen Staat, woraufhin eine neue, nur von Albanien anerkannte Regierung des Kosovo Parlamentswahlen ausschrieb, die von der Militärverwaltung für illegal erklärt wurden. Trotzdem fanden die Wahlen im Mai '92 statt. Ibrahim Rugova wurde mit großer Mehrheit zum Präsidenten gewählt und rief die Republik Kosovo aus. Anfangs mit Verboten und Verhaftungen der Parlamentarier überzogen, so daß das Parlament nur verdeckt zusammentreten konnte, wurde die albanische Volksvertretung dann mehr oder weniger geduldet, um sie unter polizeilicher Kontrolle halten zu können.

Kriegsziele

Der Krieg gegen die AlbanerInnen sollte sie vor allem vertreiben. Das Land (knapp 2 Mio. EinwohnerInnen) wurde von 60.000 Militärs besetzt, die Polizei um 6000 Mann auf 20.000 verstärkt (4000 albanische Polizisten und Militärangehörige wurden gleichzeitig entlassen), die Menschen im ganzen Land mit Polizeiübergriffen, Razzien, Hausdurchsuchungen, Straßenfestnahmen, Prügeln, Folter und systematischen Mißhandlungen und Erniedrigungen übersät.
Der Krieg sollte auch die Ausbeutung der Bodenschätze wie z.B. der Braunkohle für die (kostenlose, d.h. den Menschen im Kosovo geraubte und deshalb von ihnen bestreikte) Stromversorgung des embargogeschüttelten Serbien sicherstellen. Zu diesem Zweck wurde in serbischen Zeitungen 1993 die Vertreibung von 1 Million AlbanerInnen aus den Bergbau- und Energiegewinnungsregionen und die Neuaufteilung des Kosovo propagiert.
Auch die serbischen ZivilistInnen im Kosovo wurden bewaffnet, die ständige Beschwörung der Kriegsgefahr durch einen bewaffneten Aufstand der Albaner half den alltäglichen Krieg gegen die AlbanerInnen zu verschleiern und zu bagatellisieren.

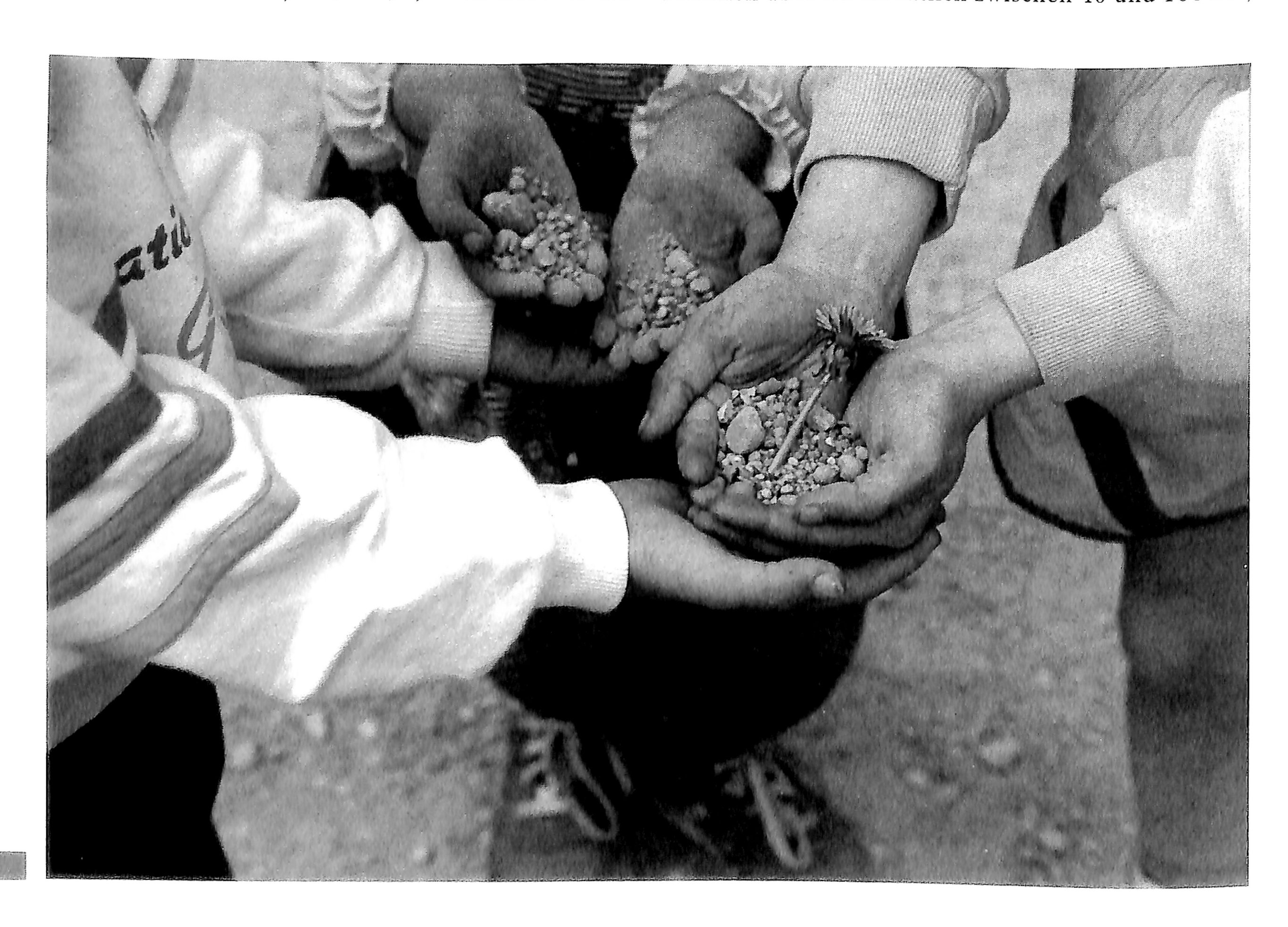
Krieg als extremer Sozialangriff

Die Arbeitslosigkeit beträgt über 80%, die Inflation ist so hoch, daß nur noch in DM gerechnet wird, die Löhne der Noch-Beschäftigten (auch der SerbInnen) sind fast auf Null, viele arbeiten für 1-2 DM Monatslohn, RentnerInnen gehen leer aus, pensionierte Lehrerinnen bekommen 1 DM. Die Preise sind enorm gestiegen, 1992 kostete 1l Milch schon 2 DM und 1 Zitrone 10 DM, 1994 1l Benzin 5 DM, nur Brot blieb billig. Hunderttausende, ihnen voran die Streikenden und Boykottierenden, wurden entlassen. Betroffen waren nicht »nur« ArbeiterInnen und Angestellte, auch nahezu die gesamte gerade neu entstandene Intelligenz wurde ihrer Existenzgrundlagen und Perspektiven beraubt.
60% der Fabriken sind geschlossen, dazu kommen die

Auswirkungen des Embargos gegen Serbien, die insbesondere die Armen treffen.
Das Gesundheitswesen wurde zur Katastrophe. In den von albanischem Personal weitgehend »gesäuberten« Krankenhäusern »mangelt es an allem, an Betreuung, Medikamenten, Essen, an grundlegender Hygiene und vor allem an Wärme.« (FR 1.12.93). Die meisten albanischen Frauen gingen zu Entbindungen aus (berechtigter) Angst vor Zwangssterilisierung oder anderer Diskriminierungen nicht mehr ins Krankenhaus. In dem Land mit der höchsten Geburtenrate Europas gibt es seit 1989 für Familien mit mehr als zwei Kindern keine Zuschüsse mehr.
Die mittleren und höheren Schulen und die Universität wurden für AlbanerInnen geschlossen, über 20.000 StudentInnen und ca.100.000 Kinder und Jugendliche ausgesperrt, LehrerInnen wie SchülerInnen durch Prügel und Militärpräsenz am Betreten der Ausbildungsstätten gehindert, der Albanischunterricht abgeschafft, serbische Lehrpläne und serbische (kyrillische) Schrift eingeführt, d.h. alles Albanische samt Sprache, Geschichte, Kultur, Traditionen zu eliminieren versucht. An den Grundschulen wurde ein Apartheit-Modell erzwungen. Auch im sonstigen öffentlichen Leben wurde die albanische Sprache und Kultur verboten, z.B. Jugendliche, die albanische Musik auf der Straße hören, verhaftet, in den Behörden nur noch serbisch gesprochen und geschrieben, albanische Namen an Straßen und Plätzen durch serbische ersetzt.
Die Zahl der flüchtenden und emigrierenden AlbanerInnen erhöhte sich von ca. 200.000 1992 auf ca. 1/2 Million 1995.
Serbische Nationalisten forderten die Zwangs-Umsiedlung der AlbanerInnen nach Albanien und der SerbInnen aus Rumänien (Milosevic 1990), Kroatien, Bosnien und der Krajna (seit 94) nach Kosovo. Um Prishtina wachsen die Satellitensiedlungen nur so aus dem Boden, es sollten 100.000 neue Wohnungen gebaut werden, mensch spricht von 100.000 Kriegsflüchtlingen aus Bosnien und Kroatien, die dort angesiedelt werden sollen. In diesem dichtestbesiedelten Land Jugoslawiens sollten außer Wohnungen auch Tausende ha Ackerfläche an serbische NeusiedlerInnen verteilt werden, was von AlbanerInnen als »Kolonisierung« befürchtet wurde. Allerdings lebten 1995 von den 500.000 Kriegsflüchtlingen, die in Serbien und Montenegro gestrandet waren, nur 4000 in Kosovo, denn wer will da schon hin.

Gegengesellschaft

Der Krieg wurde immer mehr zum Abwehrkampf, er scheiterte praktisch an den Gegenstrukturen.
Gegen die Schul- und Unischließungen formierten sich breite SchülerInnen- und StudentInnenproteste. Seit Sommer 1991 boykottierten Hunderttausende SchülerInnen die neuen serbischen Schulen und Lehrpläne und die albanischen StudentInnen protestierten gegen die »serbische Machtübernahme« an der Uni mit der Aufnahme eines »parallelen Lehrbetriebs«. SchülerInnen und StudentInnen studieren und lernen seitdem in Privathäusern, Lagerhallen, Moscheen, Kaffehäusern, leeren Garagen und stillgelegten Betrieben.
Viele der entlassenen Lehrkräfte unterrichten weiter in den »fliegenden Schulen«, viele MedizinerInnen arbeiten in kleinen Privat«kliniken« und privaten Praxen, um wenigstens eine Notversorgung der Menschen zu erreichen, viele andere Entlassene arbeiten in Menschenrechtsgruppen. In der FR vom 1.12.93 berichtet der Literaturhistoriker Ali Aliu über die Solidarhilfe: 24.000 LehrerInnen und 1.500 MedizinarbeiterInnen bekämen über sie monatlich zwischen 40 und 100 DM,



das Geld komme von ca. 150.000 AlbanerInnen im Exil, die von ihren Einkommen 3% als »ziemlich festem Richtwert« abgeben. Das Geld und sonstige Güter würde persönlich überbracht. Zur Versorgung der Angehörigen und FreundInnen zuhause seien »ständig viele Menschen unterwegs«, oft über »Grüne Grenzen«, weil die Zöllner soviel abkassierten.
Seit 1991 haben sich sehr viele AlbanerInnen im Aufbau dieser »Parallelgesellschaft« mit einem Netz von Versorgungsstellen engagiert, die nach und nach von albanischen Parteiführern, aber auch von Menschenrechts-AktivistInnen, GewerkschafterInnen und einem großen Teil der entlassenen Intelligenz organisiert wurden. Die Anstrengungen zum Aufbau der »Parallelgesellschaft« verhinderten, daß die Menschen in Apathie oder Resignation verfielen. Die SerbInnen, meist Staatsangestellte, litten mehr unter der Teuerung, Arbeitslosigkeit und den Niedriglöhnen, während »die Albaner das Kleingewerbe beherrschen und durch das soziale Netz der patriarchalischen Großfamilie vor dem Absturz bewahrt werden. Dies ermöglicht ihnen, passiven Widerstand zu leisten, die Steuern zu verweigern, sich nicht um Baubewilligungen zu kümmern und über weitgespannte Familienbeziehungen Geschäfte mit dem Ausland zu betreiben«. Und dieser lange Atem der AlbanerInnen könnte die Kräfte der serbischen Repressionsorgane überfordern, den Kosovo halten zu wollen.

Exkurs (wenigstens mehr als nichts) zu den Frauen

Ein heikler Punkt ist der Begriff der »patriarchalischen Großfamilie«. Westliche BerichterstatterInnen sind gegenüber »unterentwickelten« Gesellschaften, als welche auch die albanische beschrieben wird (»Armenhaus Europas«=«höchste Geburten- und Arbeitslosenrate«=«rückständig« etc.), mit dem Prädikat »patriarchalisch« gerne sehr großzügig, weil darin die eigene westlich-«zivilisierte« Gesellschaft so positiv-weniger-patriarchal erscheinen mag. Aus dem wenigen, was die Zeitungslektüren und ein Buch hergaben, kann hier nur gesagt werden, daß in Kosovo die Situation der Frauen auf dem Land und in der Stadt sehr unterschiedlich ist.
In den Städten erscheinen die Frauen westlichen JournalistInnen als relativ »frei« und unabhängig. Erst seit kurzem haben auch Frauen Zugang zu höherer Bildung. Viele sind berufstätig, häufig in Sozialberufen und jetzt arbeiten besonders viele in den Parallelstrukturen. Sie sind wenig religiös und eher westlich gekleidet. Die Kriegs- und Notsituation zwingt sie in sehr beengte Wohn- und fast permanente Arbeitsverhältnisse. Angehörige befreundeter oder benachbarter Familien leben oft eng zusammen. Zumindest die traditionelle Großfamilie ist in Auflösung, viele Mitglieder verstreut in der Emigration.
Die traditionell ländliche, geschlechtliche Arbeitsteilung in der Großfamilie – Männer arbeiteten »draußen« auf Feldern und Weiden, Frauen »drinnen« im »Frauenhaus«, ist durch den Krieg und die Migration mit Sicherheit in Auflösung geraten. Bekannt ist, daß die albanischen Frauen auf dem Land eine Versorgungs- und Widerstands-Grundlage in der lebensbedrohlichen Kriegs- und Vertreibungssituation herstell(t)en, und daß ihr »schützender Hort« vielen Menschen zugutekam und -kommt, die sich vor Polizei- und Militärangriffen versteck(t)en. Nach außen allerdings haben nur die Männer das Sagen, und noch immer bestimmen in den Dörfern die Väter die EhepartnerInnen der Kinder.
Ob die vielen überlebens- und verteidigungswichtigen Aufgaben und Arbeiten und der damit verbundene



Stolz und die innergesellschaftliche Achtung der Frauen, die soziale Umsorgung und der verwandtschaftliche Zusammenhalt nicht eher zum Ausdruck der Stärke und des eigenständigen Beitrags der Frauen im Widerstand werden anstatt zum Zeichen ihrer Unterdrückung, das sollte als Frage zumindest den gängigen Klischees entgegenzusetzen sein. Eine der größten Schmerzen, die die Frauen zur Zeit zu erleiden haben, ist die extrem hohe Säuglings- und Kindersterblichkeit als Indikator der gesamten sozialen Misere.
Wie die antipatriarchalen Befreiungsinteressen der Frauen sich in der Parallelgesellschaft, in ihrem Widerstand gegen das soziale Elend und die militärische Unterdrückung Ausdruck verschaffen, das ist von außen und ohne Zugang zu authentischen Beiträgen der Frauen selbst nicht zu beurteilen und konnte daher hier nicht Thema sein.

Institutionalisierung der Parallelgesellschaft

Die in den letzten 5 Jahren zunehmende Institutionalisierung der albanischen Gegenstrukturen offenbart eine zwiespältige Rolle: als Instrument zur Organisierung überlebensfähiger Widerstands- und Solidarnetze einerseits, andereseits aber als materielle und soziale Kontrolle über die Gegengesellschaft, um damit als Deeskalationsorgan zum Abwürgen des Widerstands zu wirken.
Die gewählte albanische Führung versuchte von Anfang an, mit den westlichen Machthabern gute Verbindungen herzustellen. So registrierte sie schnell die Warnung der US-Regierung, sie werde eine Ausdehnung des serbischen Krieges auf Kosovo nicht dulden und mit militärischer Intervention (zugunsten Serbiens) wegen der Gefährdung des gesamten Balkans eingreifen(NZZ 17.4.93). Rugovas ständige Abwiegelungs- und Stillhaltepolitik bewegt sich zwischen den Großmächten und den radikaleren und z.T. nationalen Albanern, zwischen der Option auf ein westliches Engagement für ein Protektorat Kosovo, gesichert durch amerikanische Stützpunkte, und einem eigenen Machtbereich in einem unabhängigen Kosovo. In Zusammenarbeit mit UN-BeobachterInnen werden im LDK-Parteibüro ständig alle Berichte über Gewalttätigkeiten und Menschenrechtsverletzungen registriert. Zwischenfälle und Zusammenstöße von serbischen Militärs mit albanischen Widerständigen mit dem Chef der serbischen Administration in wöchentlichen Zusammenkünften erörtert, was »eine entspannende Wirkung« habe, denn »Gewalt ist Selbstmord« und nur »gewaltloser« Widerstand sei angesagt, wie Rugova unablässig wiederholt, zumal die Zahl der Enttäuschten wächst, die sich nur von radikalerem Auftreten noch eine Wirkung versprechen.
Die albanische Regierung hat mittlerweile eine kleine Verwaltung aufgebaut und Zuständigkeiten von oben zu verteilen begonnen, um die Spontansoli und Kreativität der Menschen unter Kontrolle zu bekommen.
Auch das Komitee für Freiheit und Menschenrechte und das Helsinki-Komitee haben nebenbei die Aufgabe, den Betroffenen klarzumachen, daß einzig die Politik des nur passiven Widerstandes möglich sei (Die Zeit, 28.11.92). Die albanische Führung hat mit Stillhalteappellen und materiellem Druck die Widerstandsbewegung ruhiggestellt.
Hier soll nicht einer »radikalen«, nationalen oder gar auf Anschluß an Albanien orientierten Bewegung das Wort geredet werden. Z.B. vermehrten sich seit 1995 militante Angriffe auf Polizei- und Militäreinrichtungen, die von einer »Befreiungsarmee Kosovos« aus z.T. entlassenen albanischen Ex-Polizisten und im Auftrag eines »Innenministeriums« verübt worden sein sollen. Ohne Frage verweist der Versuch zum Aufbau eigener Staatsorgane auf den nationalen, militärischen und patriarchalen Charakter der Befreiungs«armee« hin. Aber diese Angriffe verweisen auch auf Kräfte und enttäuschte Hoffnungen von Menschen, die zwischen der serbischen und der albanischen Führung aufgerieben wurden.
Zu hoffen wäre auf die Bildung ganz anderer Kräfte, die sich den Schutz und die Verteidigung der Gegengesellschaft bzw. die Durchsetzung ihrer Forderungen zur Aufgabe machen würden. Denn seit diesem Sommer, seit die BRD-Regierung ihre Entschlossenheit zur Abschiebung der Menschen nach Serbien mit der Anerkennung sowohl Serbiens/Jugoslawiens als auch der albanischen Führer durchsetzte, ist der »Friedenswille« zwischen der albanischen und der serbischen Führung ausgebrochen. Das bedeutet, dieser Federstrich soll 350.000 SchülerInnen und 12.000 StudentInnen zwingen, nach 5 Jahren entbehrungsreicher Kämpfe um Lernen und Überleben in der Parallelgesellschaft nun einfach wieder in die serbisierten Schulen und Vorlesungen zu gehen und darauf zu warten, ob ihnen die eingesetzte »Schiedskommission« wenigstens noch ein bißchen albanische Sprache einhandeln kann.
Wenn die Erschöpfung der Jugendlichen groß und ihr Widerstand gering ist, könnte das das Signal für die albanischen Herrschenden sein, in trauter Übereinstimmung mit den Besatzern die ganzen übrigen Gegenstrukturen vollends zu entmachten und in bloße Notversorgungsorgane transformieren zu können. Geändert hat sich auch im vergangenen Jahr nichts an der sozialen Situation der Menschen im Kosovo, sie wird sich im Gegenteil mit der geplanten Massendeportation wieder einmal zuspitzen, und die HERREN werden keines ihrer Probleme gelöst haben.
Hier in der BRD liegt es an denen, die ihren Widerstand der rassistischen Vertreibung entgegensetzen wollen, wie leicht oder schwer das Spiel der HERREN sein wird.

Tilena Gordon



Die Demontage Jugoslawiens und die Kolonisierung Bosniens

Der folgende Artikel ist eine gekürzte und leicht überarbeitete Version eines Textes von Michel Chossudovsky über die wirtschaftlichen Hintergründe des Zusammenbruchs Jugoslawiens. Er ist in der Frühjahrsausgabe 96 der US-amerikanischen Zeitschrift »Covert Action Quarterly« erschienen. M. Chossudovsky ist Professor für Wirtschaft an der Universität Ottawa.

Die konventionelle Sichtweise

Im Gefolge des Dayton-Abkommens vom November 1995 ist der Westen eifrig bemüht, sein Image als Retter der Völker des Balkans aufzubessern und mit dem »Wiederaufbau« der neu entstandenen, unabhängigen Staaten voranzukommen. Einem schon früh festgeklopften Muster folgend, ist die öffentliche Meinung in den westlichen Staaten auch in diesem Falle gründlich in die Irre geführt worden. Die hier vorherrschende Meinung betrachtet das Elend auf dem Balkan als Folge eines »aggressiven Nationalismus«, als unvermeidliches Ergebnis von tief verwurzelten ethnischen und religiösen Spannungen, die historisch begründet sind.[1] Kommentatoren verweisen sowohl auf »Machtspiele auf dem Balkan« als auch auf das Aufeinanderprallen von gegensätzlichen politischen Persönlichkeiten, um die Konflikte zu erklären.[2]

Die ökonomische Dominanz des Westens

Da der Westen sich nur mit seiner Imagepflege beschäftigt und mit seinen Analysen ausschließlich eigene Interessen bedient, gehen die ökonomischen und sozialen Ursachen des Konflikts unter. Die schwere Wirtschaftskrise, die dem Konflikt voranging, ist längst vergessen. Die strategischen Interessen Deutschlands und der USA, die mit das Fundament für den Zerfall Jugoslawiens legten, bleiben ebenso unerwähnt wie die Rolle ausländischer Kreditgeber und internationaler Finanzinstitute. Aus der Sicht der globalen Medien tragen die westlichen Mächte keinerlei Verantwortung für die Verarmung und Zerstörung einer Nation mit mehr als 24 Millionen Einwohnern. Durch die Beherrschung des weltweiten Finanzsystems haben die westlichen Mächte - immer bestrebt, nationale und gemeinsame strategische Interessen durchzusetzen - jedoch dazu beigetragen, die jugoslawische Wirtschaft zu Fall zu bringen und schwelende ethnische und soziale Konflikte anzufachen.

Nun scheint es an der Zeit, die kriegszerstörten Nachfolgestaaten Jugoslawiens das süße Erbarmen der internationalen Finanzwelt fühlen zu lassen. Die internationalen Finanzinstitutionen sind eifrig damit beschäftigt, die Auslandsschuld des ehemaligen Jugoslawien von dessen Nachfolgestaaten einzutreiben. Gleichzeitig sind sie bestrebt, das ganze Land in einen sicheren Hafen für das freie Unternehmertum zu verwandeln. Der Westen hat ein »Wiederaufbauprogramm« hervorgezaubert, das die bosnische Souveränität so weit beschneidet, wie das in Europa seit dem Ende des zweiten Weltkrieges nicht mehr vorgekommen ist. Es besteht im großen und ganzen darin, aus Bosnien ein geteiltes Land unter militärischer Besatzung durch die NATO und unter westlicherVerwaltung zu machen.

Das neokoloniale Bosnien

Aufbauend auf das Dayton-Abkommen, mit dem eine bosnische »Verfassung« geschaffen wurde, haben die USA und die EU in Bosnien eine ausgewachsene Kolonialverwaltung installiert. An ihrer Spitze steht Carl

Bildt, der über die volle Exekutivgewalt in allen zivilen Angelegenheiten verfügt und die Befugnis hat, die Regierungen sowohl der bosnischen Föderation als auch der serbischen Republika Srpska zu überstimmen. Er arbeitet mit dem Oberkommando der Ifor-Truppen und auch mit den Gläubigern und den Geberländern zusammen. Der UN-Sicherheitsrat hat einen »Kommissar«, Peter Fitzgerald, ernannt, der unter der Führung Bildts zivile internationale Polizeieinheiten leitet.[3] Laut neuer Verfassung halten in der Wirtschaftspolitik die Institutionen von Bretton Woods (IWF/Weltbank) und die in London ansässige »Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung« (EBWE) die Zügel in der Hand. Der IWF ist befugt, den Präsidenten der bosnischen Zentralbank zu ernennen. Dieser soll »weder Bürger Bosnien-Herzegowinas noch eines benachbarten Staates sein.«[4] Unter der Federführung des IWF ist es der bosnischen Zentralbank nicht gestattet, als solche tätig zu sein. Damit ist Bosniens Fähigkeit zur Selbstfinanzierung des Wiederaufbaus durch eine unabhängige Geldpolitik von Beginn an zum Scheitern verurteilt.

Während die Zentralbank in der Hand des IWF ist, sitzt die EBWE der Kommission, die sich der staatlichen Unternehmen annimmt, vor. Diese Kommission führt die Aufsicht über alle Operationen im Bereich öffentlicher Unternehmungen, einschließlich Energie, Wasser, Postdienst, Telekommunikation und Transport. Der Präsident der EBWE ernennt den Vorsitzenden der Kommission und leitet die Umstrukturierung des öffentlichen Sektors, d.h. die Privatisierung der staats- und volkseigenen Vermögenswerte, und ist für die Beschaffung langfristiger Kredite verantwortlich.[5]

Westliche Kreditgeber schufen die EBWE bewußt: »...um der Gewährung von Krediten eine unverkennbar politische Dimension zu geben.«[6] Während der Westen also lautstark seine Unterstützung für die Demokratie verkündet, liegt die politische Macht tatsächlich in den Händen eines parallelen bosnischen »Staates«, in dem sämtliche Exekutivpositionen von Ausländern eingenommen werden. Die westlichen Kreditgeber haben ihre Interessen fest in einer Verfassung verankert, die – ohne Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung und ohne Rücksprache mit bosnischen Organisationen – hastig zusammengeschrieben wurde. Ihre Pläne zum Wiederaufbau Bosniens scheinen daher mehr darauf ausgerichtet zu sein, die Kreditgeber zufriedenzustellen als darauf, auch nur die elementarsten Bedürfnisse der Bosnier zu befriedigen.

Warum auch nicht? Die Neokolonisierung Bosniens ist der zwangsläufige Höhepunkt langjähriger westlicher Bemühungen, das jugoslawische Experiment eines marktorientierten Sozialismus und einer Arbeiterselbstverwaltung zu zerstören und unter das Diktat des freien Marktes zu zwingen.

»Die zukünftige Ordnung gestalten«

Das multiethnische sozialistische Jugoslawien war früher eine wirtschaftlich erfolgreiche regionale Industriemacht. In den zwei Jahrzehnten vor 1980 wuchs das Bruttosozialprodukt durchschnittlich um 6,1% jährlich, die medizinische Versorgung war kostenlos, die Alphabetisierungsrate lag bei 91% und die durchschnittliche Lebenserwartung bei 72 Jahren.[7]

Doch nach einem Jahrzehnt wirtschaftlicher Fürsorge des Westens und nach weiteren fünf Jahren Auflösung, Krieg, Boykott und Embargo ist die Volkswirtschaft des früheren Jugoslawien zusammengebrochen und ihre industriellen Sektoren sind demontiert. Der Zerfall ist zumindest teilweise US-amerikanischen Machenschaften geschuldet: Trotz der Blockfreiheit Belgrads und seiner umfangreichen Handelsbeziehungen zu EG und USA, nahm die Reagan-Administration die jugoslawische Wirtschaft in einer als geheim eingestuften »Direktive zur nationalen Sicherheit« (NSDD 133, 1984) mit dem Titel »Die Politik der Vereinigten Staaten gegenüber Jugoslawien« ins Visier. Eine zensierte Version der NSDD 133, die 1990 freigegeben wurde, bezieht sich auf eine weitere Direktive zu Osteuropa (NSDD 54), die 1982 veröffentlicht wurde und führt diese näher aus. Diese Direktive befürwortete »gesteigerte Anstrengungen zur Förderung einer stillen Revolution, um die kommunistischen Regierungen und Parteien zu Fall zu bringen.« Gleichzeitig sollten die Länder Osteuropas in eine marktorientierte Weltwirtschaft zurückgeführt werden.[8]

Kurz vor Marshall Titos Tod hatten die USA im Jahre 1980 gemeinsam mit anderen internationalen Geldgebern Jugoslawien die ersten makroökonomischen Reformen aufgezwungen. Diese ersten Ansätze zur Restrukturierung setzten den Maßstab für die weitere Entwicklung. In den 80ern verabreichten IWF und Weltbank der jugoslawischen Wirtschaft in Abständen weitere Dosen ihrer »bitteren Medizin«, so daß diese langsam in einen komaähnlichen Zustand verfiel. Von Beginn an beschleunigten aufeinanderfolgende, vom IWF geförderte Programme die Auflösung des industriellen Sektors und die stückweise Demontage des Wohlfahrtstaates, mit allen vorhersehbaren sozialen Konsequenzen. Vereinbarungen über die Umstrukturierung der Schulden ließen unterdessen die Auslandsschulden weiter anwachsen, eine vom IWF auferlegte Abwertung der Währung wirkte sich extrem negativ auf den Lebensstandard der Jugoslawen aus.

Mr. Markovic Goes to Washington

Im Herbst 1989, kurz vor dem Fall der Berliner Mauer, traf der jugoslawische Premierminister Ante Markovic in Washington Präsident George Bush, um Verhandlungen über eine neuerliche Finanzhilfe abzuschließen. Als Gegenleistung erklärte sich Jugoslawien damit einverstanden, noch durchschlagendere Wirtschaftsreformen einzuleiten, u.a. eine weitere Währungsabwertung, einen weiteren Lohnstopp, tiefe Einschnitte in die Staatsausgaben und die Auflösung der volkseigenen Betriebe. Die Belgrader Nomenklatura hatte, mit Hilfe westlicher Berater, schon vor Beginn der Mission Markovics, viele der geforderten Reformen erfüllt, einschließlich einer generellen Liberalisierung jener Gesetze, die ausländische Investitionen betrafen. Äußerst effektiv kontrollierte der IWF auch die Zentralbank Jugoslawiens. Seine strikte Währungspolitik verstümmelte die Fähigkeiten des Landes, seine ökonomischen und sozialen Programme zu finanzieren. Staatseinnahmen, die als Transferleistungen an die Provinzen und Teilrepubliken hätten gehen sollen, wurden stattdessen an die Londoner und Pariser Clubs überwiesen, um die Schulden Belgrads zu tilgen. Die Teilrepubliken wurden ihrem ei-

genen Schicksal überlassen. Die Reformer schafften es so, mit einem Streich den endgültigen Kollaps des föderalen Finanzsystems einzufädeln und die föderalen politischen Institutionen tödlich zu verwunden. Das Versiegen der Finanzströme zwischen Belgrad und den Republiken gab sezessionistischen Kräften Auftrieb und stellte damit die de facto Abspaltung der Republiken sicher.

Von unsichtbarer Hand zerschmettert

Die Reformen, die Belgrads Kreditgeber forderten, zielten auch auf das Herz von Jugoslawiens System volkseigener und selbstverwalteter Betriebe. Von westlichen Anwälten und Beratern unterstützt, verabschiedete die Regierung Markovic ein Finanzgesetz, das alle insolventen Betriebe in den Bankrott oder die Liquidation zwang. Dieser Anschlag auf die sozialistische Wirtschaft beinhaltete auch ein neues Bankengesetz, das kreiert wurde, um die volkseigenen Genossenschaftsbanken zu liquidieren. Innerhalb von zwei Jahren verschwand so über die Hälfte der jugoslawischen Banken. Sie wurden durch neugegründete »unabhängige, profitorientierte Institutionen« ersetzt. Diese Änderungen im Gesetzeswerk beschleunigten - zusammen mit der strikten Währungspolitik des IWF und der Öffnung des Marktes für ausländische Anbieter - den Niedergang der Industrie. Von 1989 bis September 1990 meldeten mehr als 1000 Betriebe Konkurs an. 1990 war das BSP um 7,5% gefallen. 1991 sank das BSP um weitere 15%, während die industrielle Produktion um 21% zurückging. [9]

Zum Beginn des Jahres 1991 befanden sich die Reallöhne im freien Fall, die Sozialversorgung war zusammengebrochen und die Arbeitslosigkeit uferte aus. Die Demontage der Industrie war atemberaubend in ihrem Ausmaß und in ihrer Brutalität. Die sozialen und politischen Auswirkungen waren, auch wenn dies nicht leicht zu quantifizieren ist, gewaltig.

Die politische Ökonomie der Auflösung

Einige Jugoslawen taten sich zu einem von vornherein zum Scheitern verurteilten Kampf zusammen, um zu versuchen, den Zusammenbruch ihrer Wirtschaft zu verhindern. Ein Beobachter stellte fest: »... der Widerstand der Arbeiter ging über ethnische Grenzen hinweg: Serben, Kroaten, Bosnier und Slowenen riefen zum gemeinsamen Widerstand auf.«[10] Aber der ökonomische Streit vertiefte bereits vorhandene Spannungen zwischen den Teilrepubliken - und zwischen der Belgrader Zentrale und den Teilrepubliken. Serbien wies die Sparmaßnahmen umgehend zurück und etwa 650.000 serbische Arbeiter streikten gegen die Zentralregierung, um Lohnerhöhungen zu erzwingen. Die anderen Republiken gingen andere, z.T. widersprüchliche Wege. Im relativ wohlhabenden Slowenien z.B. unterstützten Separatisten wie etwa der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Joze Pucnik, aus wirtschaftlichen Gründen die Reformen. Gleichzeitig aber ging Slowenien, gemeinsam mit den anderen Republiken, gegen die Zentralregierung vor, als diese versuchte, die wirtschaftliche Autonomie der Teilrepubliken zu beschneiden. Sowohl der kroatische Führer Franjo Tudjman als auch Slobodan Milosevic unterstützten die slowenische Führung, als diese sich gegen die Versuche der Zentralregierung auflehnte, drastische Reformen zu erzwingen. Bei der Mehrparteienwahl 1990, bei der die Wirtschaftspolitik im Zentrum der politischen Auseinandersetzung stand, schalteten separatistische Koalitionen die Kommunistische Partei in Slowenien, Kroatien und Bosnien aus. In dem Maße, in dem die Wirtschaftskrise den Weg zur Abspaltung ebnete, verschlimmerte die Separation die Wirtschaftskrise. Die Kooperation zwischen den Republiken kam faktisch zum Stillstand. Die Industrie und die Nation selbst begaben sich auf eine endgültige Talfahrt. Dieser Prozeß beschleunigte sich dadurch, daß die Führer der Republiken offiziell die wirtschaftliche und soziale Teilung vorantrieben, um ihre eigene Macht zu stärken:«Die Oligarchien der Republiken, die alle von einer »nationalen Renaissance« träumten, entschieden sich für Krieg, welcher die tatsächlichen Gründe der ökonomischen Katastrophe verschleiern würde und nicht für den gemeinsamen jugoslawischen Markt mit Hyperinflation.

Das gleichzeitige Auftauchen von Milizen, die loyal zu den nationalen Führern standen, beschleunigte nur den Abstieg ins Chaos. Sie spalteten mit ihren wachsenden Grausamkeiten nicht nur die Bevökerung entlang ethnischer Trennlinien, sondern zerschlugen auch die Arbeiterbewegung.

Die Hilfe des Westens

Die Sparmaßnahmen hatten die Basis für die Rekolonisation des Balkans gelegt. Ob dafür der Zerfall Jugoslawiens nötig sei, war Teil einer Debatte zwischen den westlichen Staaten. Während Deutschland die Aufspaltung befürwortete, befürchteten die USA den Ausbruch unkontrollierbarer nationalistischer Strömungen und befürworteten zunächst die Beibehaltung des jugoslawischen Staates.

Dem entscheidenden Sieg der nationalistischen »Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft«, der Partei Franjo Tudjmans, im Mai 1990, folgte die Ermutigung zur Abspaltung durch Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, der in engem Kontakt mit Zagreb stand.[11] Deutschland hat hier nicht nur eine passive Rolle gespielt, sondern »...hat das Tempo der internationalen Diplomatie entscheidend forciert« und seine Verbündeten gedrängt, Slowenien und Kroatien anzuerkennen. Deutschland wollte von seinen Verbündeten freie Hand, um »wirtschaftliche Dominanz in ganz Mitteleuropa zu erlangen.«[12] Washington hat hingegen einen »lockeren Zusammenschluß bei gleichzeitiger Unterstützung demokratischer Entwicklungen« favorisiert. Stattdessen führten Slowenien, Kroatien und schließlich auch Bosnien blutige Bürgerkriege gegen Rest-Jugoslawien (Serbien und Montenegro), bzw. gegen serbische Nationalisten. Inzwischen aber haben sich die USA aktiv in Bosnien eingemischt, ihre Beziehungen zu Kroatien und Makedonien vertieft und spielen jetzt eine führende Rolle für die politische und wirtschaftliche Zukunft der Region.

Das Nachkriegsregime

Die westlichen Kreditgeber konzentrieren ihre Aufmerksamkeit nun auf die Nachfolgestaaten Jugoslawiens. Zwischen den Geberländern und den internationalen Institutionen besteht Konsens darüber, daß die

volkswirtschaftlichen Reformen der Vergangenheit, die unter der Federführung des IWF durchgeführt wurden, noch nicht ihr Ziel erreicht haben. Weitere Schocktherapien sind notwendig, damit die Nachfolgestaaten »ökonomisch gesunden«. Kroatien und Makedonien sind den Empfehlungen des IWF gefolgt: Beide Länder haben sich einverstanden erklärt, weitere Kreditpakete aufzunehmen - um ihren Anteil an den jugoslawischen Altschulden abzutragen - was jedoch eine Konsolidierung des Prozesses erfordert, der mit Ante Markovics Konkursprogramm begann. Das allzu bekannte Muster von stillgelegten Betrieben, erzwungenen Bankkonkursen und Verarmung setzt sich hier rasch fort. Und das internationale Kapital applaudiert. Doch die bedeutsamsten Eingriffe in die nationale Souveränität vollzieht der Westen mit seinen Interventionen in Bosnien. Die neokolonialistische Verwaltung, die durch das Abkommen von Dayton erzwungen und durch NATO-Truppen gesichert wird, stellt sicher, daß über Bosniens Zukunft in Washington, Bonn und Brüssel entschieden wird - nicht in Sarajevo.

Wiederaufbau im Kolonialstil

Wenn Bosnien jemals wieder aus der Zerstörung durch Krieg und Neokolonialismus auftauchen will, ist ein massiver Wiederaufbau unverzichtbar. Betrachtet man jedoch die jüngste Geschichte des Balkans, so kommt man unweigerlich zu dem Schluß, daß die westliche Unterstützung eher dazu angetan ist, Bosnien in ein Land der Dritten Welt zu verwandeln, als es mit seinen europäischen Nachbarn gleichzustellen.

Die bosnische Regierung veranschlagt die Kosten des Wiederaufbaus auf ca. 47 Milliarden Dollar. Westliche Geberländer haben Wiederaufbaukredite in Höhe von 3 Milliarden zugesagt, davon wurden bislang jedoch erst 518 Millionen ausbezahlt. Ein Teil dieses Geldes ist für die Finanzierung einiger lokaler ziviler Kosten des Ifor-Einsatzes bestimmt, ein anderer für die Rückzahlung internationaler Kredite. Neue Kredite sollen alte Schulden bezahlen.

Während der Wiederaufbau auf dem Altar des Schuldendienstes geopfert wird, zeigen westliche Unternehmen und Regierungen großes Interesse am Zugang zu strategisch wichtigen Ressourcen. Durch die Entdeckung von Energiereserven in der Region hat die im Dayton-Abkommen festgeschriebene Teilung des Landes in die bosnisch-kroatische Föderation und die serbische Republika Srpska eine neue strategische Bedeutung erhalten. Dokumente, die sich im Besitz der Kroaten und der bosnischen Serben befinden, lassen vermuten, daß sich im östlichen Teil der Dinarischen Alpen Kohle- und Erdöllager befinden. Dieses Gebiet wurde von der kroatischen Armee mit Unterstützung der USA in den letzten Offensiven vor den Friedensgesprächen von den Krajina-Serben zurückerobert. Offizielle bosnische Stellen berichten, daß die in Chicago ansässige AMOCO eine unter mehreren ausländischen Gesellschaften war, die nach Dayton Untersuchungen in Bosnien unternahm.[13] »Umfangreiche« Erdölfelder liegen auch an der Save, im serbisch-besetzten Teil von Kroatien, direkt gegenüber der Stadt Tuzla, dem Hauptquartier der amerikanischen Zone.[14] Die Erkundungsoperationen dauerten den ganzen Krieg hindurch an. Die Weltbank und die internationalen Gesellschaften ließen die lokalen Regierungen darüber jedoch im unklaren, vermutlich, um sie davon abzuhalten, potentiell wertvolle Gebiete zu besetzen.[15]



Die westlichen Staaten, die ihre Aufmerksamkeit hauptsächlich auf den Schuldendienst und potentielle Goldgruben richteten, zeigten wenig Interesse an der Ahndung der unter dem Oberbegriff »Ethnische Säuberungen« begangenen Verbrechen. Die 70.000 NATO-Soldaten, die in Bosnien den Frieden sichern sollen, werden ihre Anstrengungen bei der Verwaltung des Landes sicher eher mit westlichen Interessen verbinden, als mit der Wiederherstellung des »Status quo ante«. Während Lokalgrößen und westliches Kapital sich die Gewinne der früheren jugoslawischen Industrie teilen, haben sie mit der Aufteilung Bosniens die ethnische und soziale Trennung zementiert. Die auf Dauer angelegte Fragmentierung Jugoslawiens entlang ethnischer Trennlinien verhindert einen vereinigten Widerstand von Jugoslawen unterschiedlicher Herkunft gegen die Rekolonisierung ihrer Heimat.

Die einzig mögliche Welt?

Die durch den Westen gestützte neoliberale Umstrukturierung der Volkswirtschaft hat dazu beigetragen, Jugoslawien zu zerstören. Trotzdem haben es die internationalen Medien seit dem Beginn des Krieges 1991 sorgfältig vermieden, auf deren zentrale Bedeutung hinzuweisen. Stattdessen haben sie in den Chor derjenigen eingestimmt, die den freien Markt als die Basis für den Wiederaufbau einer vom Krieg erschütterten Wirtschaft preisen. Der soziale und politische Einfluß der Reformen auf die Gesellschaft Jugoslawiens wurde gründlich aus unserem kollektiven Bewußtsein ausradiert. Stattdessen haben Meinungsmacher dogmatisch ethnische, kulturelle und religiöse Unterschiede als die einzigen Ursachen der Krise angeführt. Tatsächlich sind diese Unterschiede das Ergebnis eines viel tieferliegenden Prozesses der wirtschaftlichen und politischen Aufsplitterung. Dieses falsche Bewußtsein verschleiert nicht nur die Wahrheit, sondern hindert den Beobachter auch daran, konkrete historische Begebenheiten zu erkennen. Letztendlich verzerrt es die wahren Gründe sozialer Konflikte. Im Hinblick auf Jugoslawien verstellt es den Blick auf die historischen Fundamente der südslawischen Einheit, Solidarität und Identität. Dieses falsche Bewußtsein ist aber auf der ganzen Welt weit verbreitet, überall dort, wo geschlossene Fabriken, Arbeitslose und weggekürzte soziale Absicherungen als die »einzig mögliche Welt« dargestellt werden und »bittere wirtschaftliche Medizin« als das scheinbar einzig denkbare Gegenmittel. Auf dem Balkan steht das Leben von Millionen von Menschen auf dem Spiel. Volkswirtschaftliche Umstrukturierungen haben dort einen Lebensunterhalt unmöglich und das Recht auf Arbeit zu einem Witz gemacht. Sie haben die Deckung von Grundbedürfnissen wie Nahrung und Unterkunft für viele Menschen unerreichbar werden lassen. Sie haben die kulturelle und nationale Identität mit Füßen getreten. Im Namen des internationalen Kapitals wurden Grenzen verschoben, Gesetze umgeschrieben, Industrien zerstört, Finanz- und Banksysteme abgebaut und soziale Programme eliminiert. Zum globalen Kapitalismus darf es keine Alternative geben, sei es ein marktorientierter Sozialismus, sei es »nationaler« Kapitalismus. Was in Jugoslawien passierte und sich in seinen schwachen Nachfolgestaaten fortsetzt, sollte deshalb über die Grenzen des Balkans hinaus Aufmerksamkeit erregen. Jugoslawien ist ein Spiegel für ähnliche Umstrukturierungsprogramme nicht nur in Entwicklungsländern, sondern auch in Staaten wie den USA, Kanada und Westeuropa. Die jugoslawischen Reformen sind die grausame Widerspiegelung eines destruktiven, ökonomischen Modells in seinem Extrem.

Überarbeitung: Irmgard Geyer

1 *Vgl. beispielsweise Äußerungen des ehemaligen US-Botschafters in Jugoslawien, Robert Zimmermann, in: »The Last Ambassador. A Memoir of the Collapse of Yugoslavia«,* Foreign Affairs, *Bd. 74, Nr. 2, 1995.*
2 *Eine Kritik dazu bieten Milos Vasic et al. in: »War against Bosnia«,* Vreme News Digest Agency, *13.4.1992.*
3 *Dayton Peace Accords:»Agreement on International Police Task Force«, Article II.*
4 *Dayton Peace Accords: »Agreement on General Framework«, Article VII.*
5 *Dayton Peace Accords:»Agreement on Public Corporations«, Article I.*
6 *»Stabilising Europe«,* The Times *(London), 22.11.1990.*
7 *World Bank: »World Developmental Report 1991. Statistical Annex«, Tables 1 and 2, 1991.*
8 *Sean Gervasi: »Germany, the US, and the Yugoslav Crisis«,* Covert Action, *Nr. 43, Winter 1992-93, S. 42.*
9 *Judit Kiss: »Debt Management in Eastern Europe«,* Eastern European Economics, *May-June 1994, S. 59.*
10 *Schoenman, Ralph: »Divide and Rule Schemes in the Balkans«,* The Organizer *(San Francisco, 11.9.1995)*
11 *Gervasi, a.a.O., S. 65.*
12 *ebd., S. 45.*
13 *Viviano F./Howe, K.: Bosnia Leaders Say Nation Atop Oil Fields«,* San Francisco Chronicle, *28.4.1995; Scott Cooper: »Western Aims in Ex-Yugoslavia Unmasked«,* The Organizer, *24.11.1995.*
14 *Viviano F./Howe, K.: Bosnia Leaders Say Nation Atop Oil Fields«,* San Francisco Chronicle, *28.4.1995.*
15 *Scott Cooper: »Western Aims in Ex-Yugoslavia Unmasked«,* The Organizer, *24.11.1995.*

Nachbetrachtung: Bosnien und die deutsche Linke



Die Gruppe, in der ich seit einigen Jahren arbeite, also die aus der ehemaligen »Undogmatischen Linken« hervorgegangene Redaktion der »perspektiven« war bereits relativ früh - ab Sommer 1991 - gezwungen, sich mit der Entwicklung im damaligen Jugoslawien auseinanderzusetzen. Zum einen waren in der UL Genossen aus verschiedenen Teilrepubliken dieses Landes, zum anderen gab es Kontakte nach Jugoslawien, so zu der unabhängigen Zagreber Studentengruppe 'diskrepancija' und über diese zu einigen Professoren in Zagreb, Belgrad und Sarajewo, die aus der linksoppositionellen 68er Praxis-Gruppe kamen.
Im März 1992 luden wir den Sarajewoer Philosophieprofessor Gajo Sekulic ein, um im April oder Mai über die politische Krise in Bosnien-Herzegowina (BiH) und über die Aktivitäten der Antikriegsbewegung zu berichten.
Durch den Kriegsausbruch Anfang April kam diese Reise nicht mehr zustande, Gajo blieb im belagerten Sarajewo, nach einigen Wochen brach auch die Telefonverbindung ab.
Angesichts der militärischen Kräfteverhältnisse war ich bereits im Mai 1992 zu der Überzeugung gekommen, daß ohne eine massive Intervention die Republik BiH und ein Zusammenleben jenseits ethnizistischer Zuordnungen nicht überleben würden.

Demokratisierung und Nationalismus

Bei Reisen nach Bosnien in den 80er Jahren hatten Menschen, angesprochen auf ihre ethnische Herkunft, ganz überwiegend ablehnend oder kopfschüttelnd auf diese Frage reagiert. Später, im Sommer 1991, wurde diese Frage bereitwilliger beantwortet. Gleichzeitig wurde aber auf die Vermischtheit in jedem Dorf und jedem Wohnblock hingewiesen. Dadurch erschienen in den Augen der meisten Bosnier weder die Teilung noch einen Waffengang möglich.
Dem schien allerdings das Ergebnis der ersten Wahlen zu widersprechen, bei denen über 70% der Stimmen auf die drei »nationalen« Parteien entfallen waren und die beiden, aus der bosnischen KP hervorgegangenen, sozialdemokratischen Parteien nur von 20% gewählt wurden.
Allerdings waren 1990 die drei ethnischen Parteien noch in einer anderen Verfassung als 1992 zum Zeitpunkt des Kriegsausbruches. Von allen drei Parteien wird heute gerne verschwiegen, daß sie sich vor und nach den Wahlen in einer Koalition befanden, um die titoistischen Strukturen möglichst schnell zu überwinden und einen eventuellen Wahlerfolg der Sozialdemokraten zu verhindern. Letzteres z.B. durch die wechselseitige Unterstützung desjenigen »nationalen« Kandidaten, der die meisten Aussichten in einem bestimmten Wahlkreis hatte. Zudem spielten 1990 in allen drei ethnisch ausgerichteten Parteien liberale, probosnische Fraktionen noch eine wichtige Rolle, die sie aber in HDZ und SDS unter dem Druck Belgrader und Zagreber Außenpolitik 1991 verloren. Tudjman erreichte eine Absetzung des bosnischen HDZ-Chefs Kljuic, während innerhalb der serbischen SDS die Fraktion um den Mitbegründer und Schriftsteller Srebrov entmachtet wurde, der wiederum zu Beginn des Krieges entführt, von Karadcic inhaftiert und erst 1995 gegen gefangene serbische Soldaten ausgetauscht wurde und heute wieder in Sarajewo lebt.
Daß realsozialistische Regime von zum Teil diffusen Parteibündnissen aus national(istisch)en und liberalen Gruppierungen abgelöst wurden, hat es fast überall in Osteuropa gegeben, siehe nur Solidarnosc in Polen oder die neue rumänische Führung.
In aller Regel haben diese Parteibündnisse keine kriegerischen Konflikte produziert, die Anzahl der Opfer »ethnischer Konflikte« - also militant nationalistischer Politik - ist in den meisten Ländern Osteuropas wesentlich geringer als z.B. im wiedervereinten Deutschland gewesen.
Anders als im übrigen Osteuropa führte die politische Ausdifferenzierung der antikommunistischen Parteien in BiH zu einer Stärkung extrem nationalistischer Fraktionen in zwei der drei »National«parteien und schließlich zu einem Vertreibungs- und Annektionskrieg.
Den serbischen Nationalisten stand dabei die funktionslos gewordene jugoslawische Armee zur Verfügung, deren Truppen sich Anfang 1992 - nach dem Rückzug aus Slowenien und Kroatien - überwiegend auf bosnischem Territorium befanden.
Daß die Nationalisten bosnisch-muslimischer Herkunft gemäßigter erschienen und auch nach allen Berichten von Menschenrechtsorganisationen wesentlich weniger Greuel an ihren »nationalen« Gegnern anrichteten, hat gegen alle ethnischen Selbststilisierungen ganz rationale Gründe. Zum einen waren sie von Anfang an militärisch schwächer als ihre mit den Nachbarstaaten Serbien und Kroatien verbündeten Kontrahenten, zum anderen - und dies ist politisch zentral - mußten muslimische Nationalisten zumindest symbolisch an der Möglichkeit des Zusammenlebens festhalten, da ansonsten auch international keine Existenzberechtigung Bosniens mehr erkennbar gewesen wäre.

Faktisch führte dies sofort zu Beginn des Krieges zu einem Bündnis zwischen den muslimischen (bosniakischen) Nationalisten und dem Spektrum der nichtethnischen bürgerlichen Opposition einschließlich der Antikriegsbewegung, der Sozialdemokraten usw. In dieser Situation haben wir uns für die Unterstützung dieses Spektrums und den Erhalt Bosniens als demokratisch-republikanischen Staat entschieden.

Die deutsche Linke und der postrealsozialistische Nationalismus

Eine solche republikanische Position konnte in Bosnien kaum auf kapitalismuskritische Akteure setzen, mehr als vierzig Jahre »Sozialismus« und Parteidiktatur haben libertären Strömungen in ganz Osteuropa am meisten geschadet. »Antikapitalismus« - zumindest in politisch organisierter Form - existiert gegenwärtig (dort) nur in der faschistoid-»antiimperialistischen« Variante.

Daß bürgerlichen Kräften hier, vor allem in den Medien, die Differenz zwischen staatsbürgerlicher und ethnischer Verfasstheit von Gesellschaft ein Rätsel ist, braucht zumal in Deutschland nicht zu verwundern. So werden politische Konflikte jenseits des eigenen deutschen Horizonts in ethnische Termini übersetzt, um sie als 60-Sekunden-Nachricht oder als Stammtischgespräch behandeln zu können; aus einer faschistischen großserbischen Fraktion werden »die Serben«, aus den Bewohnern Sarajewos »die Muslime«. Diese Tendenz des identisch Machens von Ethnie (oder Nation im deutschen Sinne), Gruppe und Individuum ist aber mittlerweile keine nur auf die klassische Rechte beschränkte Entwicklung. Der Unterschied zwischen den Rechten und dem Gros der erweiterten Sozialdemokratischen deutschen Linken - zumindest in der Bosnien-Auseinandersetzung - bestand nicht in der Befürwortung oder Ablehnung ethnizistischer Projekte, sondern nur darin, welches am legitimsten sei.

Die deutschen Friedensforscher - bisher Büttel sozialdemokratischer »Entspannungspolitik« - überboten sich im Fernsehen mit Plänen von Bevölkerungstrennnung und notwendiger Umsiedlung als Voraussetzung von »Frieden«.

Führende Sozialdemokraten und Grüne bezweifelten die Möglichkeit des Zusammenlebens, wie die Möglichkeit des Erhalt Bosniens und bestanden auf Neutralität und Nichtintervention, was im Ergebnis auf die Aufteilung Bosniens hinausgelaufen wäre.

Die Friedensfreunde bestanden vor allem auf dem Waffenembargo, obwohl dies die bosnische Seite angesichts von Einkreisung und Ressourcenmangel am härtesten traf.

Bosnien und das Wiedervereinigungstrauma der deutschen »Linken«

Im Herbst '89 überboten sich französiche Linksradikale in ihrer Begeisterung über das Ende des realexistierenden Sozialismus. Auf der Titelseite des Organs der »organisation communiste revolutionnaire« standen in großen Lettern die Ortsnamen: Danzig, Budapest, Temeswar, Prag, Leipzig, Peking usw. Hier schien sich historische Gerechtigkeit für Kronstadt, Katalonien, den Gulag zu verwirklichen.

So naiv diese Euphorie in Paris war, so einhellig war die Ablehnung der Transformation Osteuropas in fast allen Spielarten der westdeutschen Linken.

Selbst Fraktionen, die sich nie für den Realsozialismus begeistert, sich allerdings auch nie ernsthaft mit ihm beschäftigt hatten (vor allem im Mauerschatten Berlins), bestanden plötzlich auf der 'Verteidigung' der DDR. Ein AStA-Vorsitzender an der FU Berlin empfahl öffentlich die »Pekinger Lösung« für Ostberlin. Schon lange hatte diese deutsche Linke die Gesellschaftskritik aufgegeben, stattdessen wurden Geschichtslektionen erteilt und sich in Apokalypsen gerettet, die da nun hießen »Großdeutschland« und »4. Reich«.

Die deutsche Linke von SPD bis RAF mußte tatenlos zusehen, wie nach der DDR auch die Sowjetunion verschwand und mit ihr die geopolitischen Strategien von Entspannung oder weltweiter Guerilla, in denen die Bewohner des Realsozialismus und ihr Widerstand nie einen Platz hatten.

Erst die Auflösung Jugoslawiens und vor allem der bosnische Krieg wurden dann zum Propagandabeispiel dafür, was das Ende des »Sozialismus« und das neue Deutschland für faschistoide Folgen zeitigen sollten. Fernab der Wahrnehmung der inneren Verhältnisse Jugoslawiens wurde die deutsche Anerkennung Sloweniens und Kroatiens (Weihnachten 1991) zur Kriegsursache gemacht, obwohl der slowenische bewaffnete Konflikt bereits sieben Monate vorher stattgefunden hatte und der kroatisch-serbische Krieg bereits fünf Monate dauerte.

Die Sozialdemokratie gab »Genscher« fortan zumindest eine Mitschuld an der Auflösung Jugoslawiens, ihre radikaldogmatischen Fraktionen übersetzten dies in die alleinige Schuld Großdeutschlands. Dabei wurde geflissentlich übergangen, daß die ungleich mächtigere Sowjetunion sich bereits im Sommer '91 vor dem Weißen Haus in Moskau nahezu unblutig verabschiedet hatte und die Anerkennung ihrer Teil-Republiken (auch wechselseitig) ganz unbürokratisch vollzogen worden war.

Die KSZE hatte sich längst verständigt, daß im Falle des Zerfalls der SU die einzelnen Republiken, denen die Verfassung das Recht auf Souveränität (theoretisch) einräumte, im Rahmen ihrer innersowjetischen Grenzen anzuerkennen seien. Bereits da war abzusehen, daß dies auch bei zwei weiteren Staaten in Europa zur Anwendung kommen könnte: in Jugoslawien und der Tschechoslowakei.

Von Armenien (bezüglich Berg-Karabach) abgesehen, war Serbien die einzige Republik, die die Grenzen mit dem Ende des Sozialismus nicht anerkannte und zu erweitern suchte und dabei zeitweise mit der Führung Kroatiens kollaborieren konnte.

In Deutschland war es vor allem die »antifaschistische« Linke, die diese Politik ethnischer Säuberung und Annektion zu rechtfertigen suchte und dabei notfalls vor faustdicken Lügen nicht zurückschreckte. So untermalte Wolfgang Pohrt 1992 in »Konkret« sein Bild der nazistischen »Kroaten und Muslime« in Sarajewo mit der Behauptung, diese hätten nach der Unabhängigkeit Bosniens wieder ein Progrom an den Juden der Stadt angerichtet.

Fast zur gleichen Zeit kritisierte der Kantor der Gemeinde diejenigen wehrfähigen bosnischen Juden, die die belagerte Stadt, ohne für sie zu kämpfen, verlassen hatten und forderte sie zur Rückkehr auf.

Harry Bauer, Redaktion »perspektiven«
Falkstr. 106 HH, 60487 Ff. M. Tel: 069 70 77 70 44

Am 30. Oktober 1996 fand im Kreuzberger Mehringhof eine Diskussionsveranstaltung zu Daniel Goldhagens Buch »Hitlers willige Vollstrecker« statt. Der folgende Betrag wurde dort als eines von zwei Eingangsreferaten gehalten.

Ein Fenster, durch das Dinge sichtbar wurden

Thesen zum Begriff der Gewalt bei Goldhagen, Bauman und Rommelspacher

Wenn wir heute Abend über Gewalt sprechen, glaube ich, daß es vorab nötig ist, ganz kurz eine begriffliche Abgrenzung von anderen Wörtern vorzunehmen, die häufig synonym verwendet werden oder sich nicht so klar voneinander unterscheiden. Es geht um die Wörter »Macht«, »Herrschaft«, »Gewalt«, und »Grausamkeit«. Ich schlage eine Definition vor, wohlwissend, daß es fließende Übergänge oder schwer definierbare Grauzonen gibt.

- Macht in allgemeinster Weise ist die Möglichkeit eines Menschen, Einfluß auf andere Menschen auszuüben.
- Herrschaft ist eine tatsächliche und dauerhafte Über- bzw. Unterordnung.
- Gewalt ist das Zwangsinstrumentarium, mit dem sowohl Macht als auch Herrschaft durchgesetzt und abgesichert wird. In dieser Beziehung besitzt sie instrumentellen Charakter.
- Grausamkeit, das schlage ich als Arbeitshypothese vor, ist die Gewalt, die sich selbst genügt, die nicht mehr Mittel zum Zweck ist, sondern sich von allen Rücksichten und Zielen frei gemacht hat.

Die Analyse der Gewalt durch Goldhagen

Goldhagen untersucht nicht die Motive und Handlungen der Schreibtischtäter, sondern die »Männer vor Ort«, also diejenigen, die am Ende der gesamten Mordmaschinerie gestanden haben, die konkreten Täter. Für die Männer (und Frauen) benutzt er den Ausdruck »willige Vollstrecker« und er zeigt an verschiedenen Beispielen, daß diese Täter »aus freien Stücken« gemordet haben.

Die herausragende Bedeutung der Analyse liegt darin, daß »noch einmal« die Qualen und die Leiden der Opfer und der Überlebenden bestätigt werden: das, wovon sie seit über 50 Jahren reden und schreiben, hat tatsächlich stattgefunden. Und die Reaktion vor allem



in Deutschland zeigt, wie bitter wichtig dieses Buch ist. Unter uns kann natürlich nicht ernsthaft darüber gestritten werden, ob und wie diese Taten vollbracht wurden, sondern nur, warum sie möglich wurden. Mit anderen Worten: Welche »Wahrheit« steht hinter dieser grausamen Wirklichkeit?

Die Antwort von Daniel Goldhagen auf diese Frage lautet: Ein dämonisierender und eliminatorischer Antisemitismus habe die JüdInnen in Deutschland zunächst zu sozial Toten erklärt, um sie dann mit großem Eifer zu ermorden. Es sei in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert »gesellschaftliches Gespräch« (»das gemeinsame kognitive Modell«, S.465) in allen Klassen, Schichten und Gruppen gewesen, daß die JüdInnen kein Lebensrecht besäßen und ausgerottet gehörten. Daraus leitet er ab, daß letztendlich auch jeder normale Deutsche bereit war, selbst Hand anzulegen, um die Parole »Die Juden sind unser Unglück« in die Tat umzusetzen. Der Weg vom Gedanken (Antisemitismus) zur Tat (Mord) sei demnach sehr kurz gewesen.

Ich glaube, daß das nicht stimmt, sondern daß mehrere Vermittlungsschritte notwendig sind, um den Umschlag vom Gedanken zur Tat zu erklären.

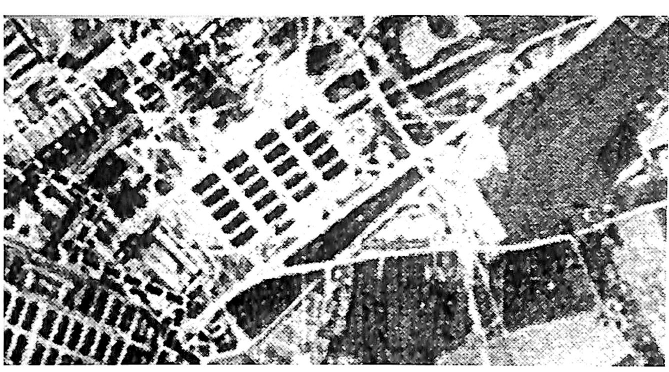
Goldhagens Antwort bleibt meines Erachtens deshalb oberflächlich, weil er den Antisemitismus, den Völkermord und die bestialische Grausamkeit nicht wirklich in das Zentrum der modernen Gesellschaft (der Moderne) rückt. Manchmal schaut er zwar in die richtige Richtung, wenn er z.B. den ganz normalen Alltag der Mörder in den Pausen zwischen den Massenmorden beschreibt oder auch wenn er durchgehend von den »normalen Deutschen« spricht. Er scheint an diesen Stellen zu ahnen, daß zwischen den Tätern und dem »lieben Papi zuhause«' keine Welten liegen. Er grenzt sich also richtig von jener naiven Vorstellung ab, die Täter seien irgendwelche mutierten Monster gewesen. Eine Vorstellung übrigens, die sich in der deutschen Geschichtsverdrängung nach 1945 immer allergrößter Beliebtheit erfreute. Aber dabei beläßt er es auch. Der Völkermord ist für ihn kein integraler Bestandteil der Moderne, im Gegenteil:

»Der Holocaust ist in der Menschheitsgeschichte ein radikaler Bruch mit allen früheren Formen geschichtlicher Praxis. Er rief Handlungsweisen und Orientierungen hervor, die im völligen Gegensatz zu den Grundlagen der modernen abendländischen Zivilisation standen, zur Aufklärung, zu christlichen und säkularisierten Moral- und Verhaltensnormen, die die modernen Gesellschaften des Abendlandes kennzeichneten.« (46)

»Das Bild, das die Deutschen von den Juden hatten, setzte destruktive und grausame Affekte frei, die gewöhnlich durch die Zivilisation gezähmt und gezügelt werden.« (465)

Goldhagen unterliegt damit selbst einem Mythos eines Zivilisationsprozesses. Dieser Mythos oder diese Legende besteht darin, daß die moderne Geschichte seit dem Mittelalter in Europa und dann auch Nordamerika eine ansteigende Entwicklungslinie sei, in der das Grobe sanft, das Grausame gütig, das Ungehobelte gesittet und das Gefühl vernünftig wird. Herausragendes Kennzeichen dieser (westlichen) Zivilisation sei also die Abnahme der Gewalt bis hin zu einem ge-

waltfreien Zustand. Diese Selbst-Legitimierung der Moderne stößt aber immer dann auf ein riesiges Problem, wenn sie ein nicht mehr zu übersehendes Gewaltpotential (z.B. einen Völkermord) innerhalb der eigenen Grenzen erklären soll: Für den Ausnahmefall handele es sich eben schlicht um einen »Zivilisationsbruch«. Daß mensch inzwischen aber vor lauter Brüchen keine Linie mehr entdecken kann, bleibt den Vertretern der Moderne verborgen.



Die Analyse von Völkermord und Gewalt durch Z. Bauman

Zygmunt Bauman, ein polnischer Jude, der 1968 mit seiner Frau Janina nach Israel emigrieren mußte und heute in England lehrt, formuliert seit einigen Jahren sehr pointiert eine Gegenposition zum Mythos der Moderne. Er ist inzwischen auch in unseren Kreisen mehr und mehr bekannt geworden. Da ich glaube, daß seine Theorie zum Teil die oben gestellte Frage »Welche Wahrheit steht hinter dieser grausamen Wirklichkeit« beantworten kann, möchte ich seine Thesen kurz darstellen. Nachdem er jahrelang schon als Soziologe tätig war, ist er durch das Buch seiner Frau, die als Kind im Warschauer Ghetto überlebte, zu einer völligen Neubewertung des Völkermordes an den JüdInnen gekommen. Er schreibt in dem Buch »Dialektik der Ordnung«:

»Natürlich wußte ich genug über den Holocaust. Das Bild, das ich davon hatte, entsprach dem vieler anderer meiner Generation oder dem der jüngeren: ein entsetzliches Verbrechen, das die Bösen an den Unschuldigen verübt hatten. Die Welt des Holocaust zerfiel in anomale Mörder und hilflose Opfer und jene, die versucht hatten, den Opfern zu helfen, so weit es eben ging. Nach diesen Vorstellungen begingen die Mörder ihre Verbrechen, weil sie Psychopathen waren oder von einer wahnwitzigen Idee besessen; die Opfer wurden hingeschlachtet, weil sie dem übermächtigen, schwer bewaffneten Gegner nichts entgegenzusetzen hatten ... Meine Vorstellung war wie ein gerahmtes Bild an der Wand, das von seiner Umgebung sauber getrennt ist und mit dem Rest des Mobiliars nichts zu tun hat. Nach dem Buch von Janina gab es kein Bild mehr an der Wand, sondern ein Fenster, durch das Dinge sichtbar wurden, die normalerweise unentdeckt bleiben. Und was zum Vorschein kam, geht nicht nur die Urheber, die Opfer und die Zeugen des Verbrechens etwas an, sondern ist von größter Bedeutung für alle, die heute leben und auch in Zukunft leben wollen.« (7/8)

Mit diesen Sätzen kann auch noch einmal ganz gut die verkürzte Sicht von Goldhagen erwähnt werden: Zwar ist sein Bild nicht mehr ganz so sauber von »anderen Möbelstücken« getrennt, weil er schon die deutsche Geschichte und die deutschen Täter erwähnt. Aber er erkennt nicht die »komplette Einrichtung« des Zimmers, denn diesen Raum hat er gar nicht betreten.

Mit der Verwendung der Metapher des Fensters will Bauman deutlich machen, daß mensch in der Analyse des Völkermords die Grundstrukturen der modernen Gesellschaft erkennen könne. Oder umgekehrt: er ist keine Verirrung vom geraden Weg des Fortschritts, kein Krebsgeschwür am gesunden Organismus der zivilisierten Gesellschaft , sondern er verkörpert nur die andere Seite derselben Münze.

In seinem Buch »Moderne und Ambivalenz« bringt Bauman die Moderne auf folgenden Begriff:

- Die Moderne ist sich selbst nie genug. Charakteristisch für sie ist der Entwurf oder die Utopie von einer besseren Zukunft. Sie legitimiert sich nicht durch die Vergangenheit, noch durch die Gegenwart, sondern nur durch einen noch herzustellenden Zustand. Dieser Entwurf, diese Utopie, dieser Zweck heilige dann die Mittel zu ihrer Erreichung.
- Die Moderne stützt sich auf klare Zuordnungen, Unterscheidungen und Hierarchisierungen. Sie ist ein immerwährender Kampf zwischen Ordnung und Chaos, zwischen Drinnen und Draußen, zwischen vertraut und fremd, zwischen Eindeutigkeit und Vieldeutigkeit, zwischen Gewißheit und Ungewißheit.
- Die Moderne ist eine Kultur des Gartens bzw. der gärtnerischen Tätigkeit. Was dem Entwurf oder der Utopie von einer besseren Zukunft nicht entspricht, wird aussortiert. Jede gärtnerische Planung bestimmt, was als Unkraut zu gelten hat und sieht dessen Vernichtung vor. Deshalb ist Unkrautvernichtung im modernen Selbstverständnis eine durchaus kreative Tätigkeit.
- Der Nationalsozialismus sei »nur« eine Übersteigerung dieser der Moderne inhärenten Tendenzen. Er war ein gigantisches Projekt der Sozialtechnologie, in der das Konzept der `Rasse` das Kernstück aller gestalterischen Maßnahmen, die auf eine neue und bessere Ordnung abzielten, darstellte.
- In der Moderne sei somit die Gewalt nicht verschwunden, sondern ausgelagert worden. Das Monopol auf Gewaltausübung liege nun beim Staat und anderen legitimierten Institutionen. Aber selbst dieser Prozeß der Auslagerung wird noch überdeckt durch eine sprachliche Verschleierung: Liegt sie in den Händen des Staates, wird sie zum bloßen `Zwang`, der niemals überraschend und von unerwarteter Seite ausgeübt wird.
- Für die Moderne sei moralische Blindheit oder moralische Neutralisierung (»Adiaphorisierung«) kennzeichnend. Ganz anders als Goldhagen, für den der »Gedanke« oder die »Moral« des Antisemitismus für die Tat ausschlaggebend ist, geht Bauman von einer Trennung zwischen Moral (Gedanke) und Handeln aus:

»Um die massive Teilnahme an Grausamkeiten möglich zu machen, muß die Verbindungslinie zwischen der moralischen Schuld und Akten, die diese Teilnahme nach sich zieht, durchtrennt werden.« (Modernität und Barbarei, S.48)

Die Grundlage oder Ursache für diese Trennung liegt im Wesen der modernen arbeitsteiligen Bürokratie und Technologie, die eine immer größere Distanz zwischen Opfer und Täter setzen. Hier bezieht er sich übrigens auf

den renommierten Holocaust-Forscher Raoul Hilberg, der die moralische Neutralisierung so beschrieb:
»Man muß sich bewußt machen, daß die meisten Mittäter keine Gewehre auf jüdische Kinder abfeuerten oder Gas in die Gaskammern leiteten ... es waren Bürokraten, die Schriftsätze formulierten, Zeichnungen anfertigten, die telefonierten und an Besprechungen teilnahmen. Sie betrieben die Vernichtung eines ganzen Volkes vom Schreibtisch aus.« (Bauman, S.38)

Dominanzkultur – Die Analyse von Birgit Rommelspacher

So überzeugend und eingängig das Werk von Zygmunt Bauman auch ist und sicherlich auch das Verdienst besitzt, im Sinne von Horkheimer/Adorno eine kritische Analyse der Moderne weiterzuführen, es kann nur zum Teil die Fragen von Goldhagen beantworten. Meine Kritik bezieht sich im Wesentlichen auf zwei Dinge, die miteinander verknüpft sind. Zunächst noch einmal zu seiner Metapher von dem Fenster, dem Bild und dem Zimmer. Ich glaube, daß Bauman sich nur für das Mobiliar interessiert hat, aber weniger für die in dem Zimmer lebenden Menschen. Sonst hätte er vielleicht festgestellt, daß dort Männer und Frauen leben, die in ganz unterschiedlicher Weise diesen Raum einnehmen.
Die feministische Theorie hat uns aber eines Besseren belehrt: Geschichte im Allgemeinen und die Moderne im Besonderen ist kein geschlechtsneutraler Prozeß.
Ich möchte deshalb die Theorie der »Dominanzkultur« von Birgit Rommelspacher ein wenig darstellen, um dann am Ende den Versuch einer Synthese zu schaffen.
Ihre Theorie ist stärker bekannt geworden, nachdem rassistische Überfälle auf Flüchtlinge und ihre Wohnungen (Hoyerswerda, Rostock) zum deutschen Alltag geworden waren. Sie wendet sich in ihren Artikeln, Büchern und Vorträgen gegen die erdrückende Mehrheit männlicher deutscher Soziologen, die zwar den extrem hohen Anteil männlicher Jugendlicher bei rassistischen Gewalttaten am Rande mal erwähnen, ihn aber ansonsten für die Theoriebildung wieder »vergessen«. Überzeugend weist sie anhand verschiedener Beispiele nach, daß bei diesen Soziologen die Analyse über den Hintergrund der Täter (kaputte Familie, kein Arbeitsplatz, Sozialabbau etc. pp.) das Bedürfnis nach einer Täterentlastung nur mühsam überdeckt.
Ihr Begriff einer Dominanzkultur versucht dagegen, die Gewalt der männlichen Täter aus dem gesellschaftlichen Zentrum heraus zu erklären.
»In einer Gesellschaft unseren Zuschnitts werden die Menschen im Konfliktfall ständig zu expansiven Bemächtigungstendenzen ermuntert. Dabei unterstützen sich gegenseitig (a) kulturelle Traditionen, (b) ein expansives Wirtschaftssystem und (c) das Herrschaftsverhältnis zwischen Männern und Frauen. Sie legen es nahe, der Verunsicherung durch Fremde qua Hierarchisierung aus dem Weg zu gehen. Sie unterstützen Strategien der expansiven Bemächtigung, um die eigenen Privilegien abzusichern und die eigene Position als die einzig rechtmäßige, vernünftige und normale zu behaupten.« (1999 Nr. 2/91, S. 84, H.v.V.)
Diese Einbettung von expansiver Ermächtigung in die gesellschaftlichen, kulturellen und ökonomischen Grundstrukturen führt bei Rommelspacher jedoch nicht zu einer kurzschlüssigen Täterentlastung. Denn es sei wiederum ein männlicher Trugschluß, der Existenz von Widersprüchen nur mit einer Lösungsform entgegenzutreten, nämlich der der Unterwerfung des Anderen. Demgegenüber existieren aber auch die Möglichkeiten der Selbst-Unterwerfung oder des Ausgleichs und der Kooperation. Diese männliche Denkform habe in unserer Gesellschaft ihre entscheidende Quelle im Umgang mit dem Geschlechtsunterschied:
»Die Differenz der Geschlechter ist die erste Begegnung mit einer prinzipiellen Andersartigkeit von Menschen. Die Sozialisation lehrt die Jungen mit Hilfe aggressiver Selbstbehauptung und Abwertung des Weiblichen ihre Männlichkeit zu beweisen. Mädchen hingegen müssen ihre Weiblichkeit in Form von Friedlichkeit, Fürsorgeentfaltung und Selbstentwertung entwickeln. Beide lernen so mit einem Unterschied qua Hierarchisierung umzugehen, qua Dominanz resp. Unterwerfung.« (ebd., S. 85)

Schlußfolgerungen

Aus diesen grundsätzlichen Überlegungen von Rommelspacher folgt m.E., daß auch die Annahme von Z. Bauman - von den Vertretern der Moderne wie Norbert Elias mal ganz zu schweigen - die Moderne sei durch eine Auslagerung der Gewalt gekennzeichnet, nur halb richtig ist. Tatsächlich wäre es besser, nur von einer Teil-Auslagerung zu sprechen. Denn das Gewaltmonopol des Staates hat sich bis heute auf das Gewaltmonopol des Mannes gegenüber der Frau stützen können bzw. in ihm eine logische Entsprechung gehabt. Trotz der sich z.T. wandelnden Formen männlicher (und staatlicher) Gewalt gehört sie zum Alltag der Menschen über die Jahrhunderte hinweg.
Zusammenfassend glaube ich jetzt die am Anfang gestellte Frage »Welche Wahrheit steht hinter der bestialischen Wirklichkeit?« etwas besser beantworten zu können. Wie also läßt sich dieses grausame Morden annähernd verständlich machen?
Die Antwort von Goldhagen greift zu kurz. Für ihn sind die Täter letztendlich doch Barbaren, die mit der Entwicklungsgeschichte der Moderne recht wenig zu tun haben. Die Erklärung, daß die Ideologie des Antisemitismus die entscheidende Triebkraft des Mordens gewesen sei, ist verkürzt, weil sie nur eine der notwendigen Voraussetzungen darstellt und weil seine Analyse des Antisemitismus mit der Gesellschaft der Moderne überhaupt nicht vermittelt ist. So scheint mir, daß Goldhagen zwar eine detaillierte Analyse der Täter und ihrer Taten vornimmt, aber deren Rückvermittlung zur Gesellschaft nicht leistet.
Die Antwort von Bauman leistet genau das Gegenteil. Sie vermag bis zu einem bestimmten Punkt den Völkermord als integralen Bestandteil der Moderne zu er-



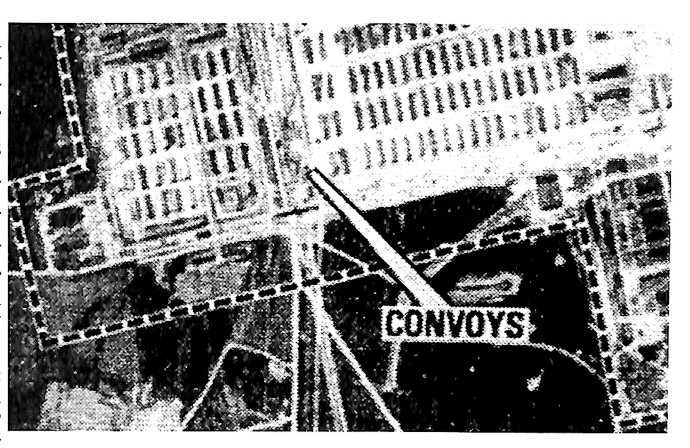
klären, also zu zeigen, daß es sich beim Holocaust nicht um einen »Betriebsunfall der Moderne« gehandelt habe. Aber er bleibt doch blind gegenüber der ganz konkreten brutalen Grausamkeit der Täter. Dies mag damit zusammenhängen, daß er von der patriarchalen Alltagsgewalt bisher wenig zur Kenntnis genommen hat. So gelingt es ihm m.E. nicht, seine Gesellschaftsanalyse mit der Täterstruktur zu vermitteln. Er bleibt sozusagen auch im Tunnel stecken, im Hinblick auf Goldhagen kommt er nur von der anderen Seite.

Die Antwort von Rommelspacher scheint mir eine tatsächliche Vermittlung zu sein. Trotz der Beteiligung einiger Frauen am Morden waren die Täter weit überwiegend Männer. Die Ausübung von Gewalt auf allen erdenklichen Ebenen war ihnen mehr als vertraut, vielleicht kann man auch so weit gehen, daß die Ausübung von Gewalt eine männliche Lebensform war und ist. Die massenhafte Vergewaltigung in allen Kriegen z.B. treibt nur etwas zum Äußersten, was im männlichen Alltag zumindest potentiell gang und gäbe ist.

Mit anderen Worten: Der Weg vom Gedanken zur Tat könnte umso kürzer bzw. umso leichter zu gehen sein, wie er in der gewalttätigen Alltagskultur des Mannes schon angelegt ist.

Vielleicht ließe sich darüber auch erklären, daß so erstaunlich wenig Männer von der Möglichkeit, an diesem Morden nicht teilzunehmen, Gebrauch gemacht haben. Wahrscheinlich reicht es eben nicht aus, von »moralischer Indifferenz« zu sprechen. Vielmehr muß es etwas geben, was den Täter zu der Tat nicht nur veranlaßt, sondern geradezu hindrängt. Nicht nur damals, sondern auch heute.

Ich stelle die These auf, daß Demütigung, Gewalt und Vergewaltigung und Grausamkeit vom Täter als lustvoll erlebt werden kann, weil kurzzeitig so seine eigene Unterdrückung durch die Unterwerfung »des Anderen« aufgehoben ist, bzw. anscheinend aufgehoben ist. Der gequälte Knecht wird so selbst zum Herren und glaubt, nicht länger mehr ein Knecht zu sein. Dies ist einerseits Alltagsritual, wird andererseits aber zum Exzess nur in geschichtlichen Ausnahmesituationen, nämlich immer dann, wenn der Staat sein



offizielles Gewaltmonopol an sein männliches Pendant vorübergehend zurückgibt, um das gesamte Gewaltmonopol gegen »den Anderen« am maximalsten zu mobilisieren.

So lustvoll und befreiend die Tat während des Tuns auch ist, einmal ist sie zu Ende und wie bei jedem Rausch kommt danach die Ernüchterung, aber selten die Besinnung. Warum es dazu nicht kommt, warum nicht endlich irgendwann die Scham einsetzt, liegt an einem Paradox: die erste Tat wird »gesühnt« durch die Wiederholung einer zweiten, dritten und vierten Tat. Dann stellt sich ein Gefühl der Legitimität ein.

Ob dieses lustvolle Morden (Blutrausch), das sowohl individuell als auch in der Gemeinschaft begangen werden kann, noch als »Gewalt« zu benennen ist, fällt mir schwer zu beurteilen. Manchmal denke ich, daß diese grenzenlose Grausamkeit nur noch der eigenen Entgrenzung dient. Wie und ob das mit der Moderne und der Gesellschaft zu vermitteln ist, wäre eine weitere spannende Frage.

P. Hömpel, 28.10.96

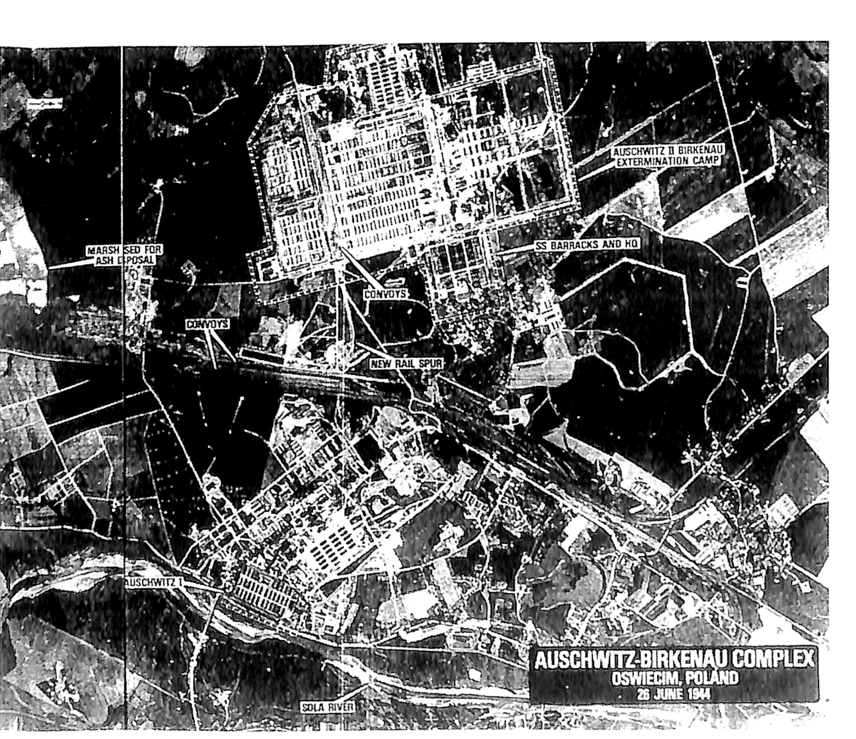
Referenzen:

Daniel Goldhagen: Hitlers Willige Vollstrecker

Zygmunt Bauman: Dialektik der Ordnung. 2. Auflage Hamburg 1994

Birgit Rommelspacher: Rechtsextreme als Opfer der Risiko-Gesellschaft. Zur Täterentlastung in den Sozialwissenschaften. In: 1999 Nr. 2/1991.75-87

Ein ausführlicher Text zur Ankündigung der Veranstaltung ist nachzulesen in INTERIM Nr.393. S. 9-13. Dieser und weitere Texte zur Veranstaltung sind im ARI-Archiv einsehbar (http://www.berlinet.de/ari/archiv/ordner/1_as_90.htm)



AUSCHWITZ-BIRKENAU COMPLEX
OSWIECIM, POLAND
26 JUNE 1944

Jesus, Mohammed und Moses

Der Titel des Taschenbuches macht neugierig: »Gott ist zornig, Amerika«. Der Aufstieg des Schwarzenführers Louis Farrakhan. Das Umschlagfoto zeigt Farrakhan bei seiner Rede auf dem sensationsträchtigen »Million Man March« im Oktober 1995. Titel und Bild wecken die Erwartung, Fundiertes und Aktuelles zu allem, was mit Black Nationalism und seiner aktuellen Symbolfigur in den USA zu tun hat, zu lesen zu bekommen. Publikationen zu diesem Themenkomplex sind in deutscher Sprache ohnehin selten.

Der Autor des Buches, Hans Hielscher, wird allerdings als SPIEGEL-Journalist vorgestellt, und das läßt dann schon weniger Gutes erahnen. Schließlich verraten die durchgehend dicken Buchstaben und die wenigen 155 Seiten, auf denen auch ein paar Fotos Platz haben, daß hier aus begrenztem Material ganz schnell ein Buch gebastelt wurde. Es besteht aus ein bißchen Farrakhan-Biographie, ein wenig Malcolm X-Historie, ein paar Statistiken, und das alles wird dargeboten in einer bedenkenlosen Sprache, die fast nie der Kompliziertheit des Problems des US-amerikanischen Rassismus, der ihm zugrundeliegenden ökonomischen Verhältnisse und der ethnisch-religiös verbrämten Gegenbewegung der Unterlegenen gerecht wird. Beispiel:

»[Farrakhan] verdiente ... sich zunächst als Musiker ein Zubrot, wurde dann bald Vollprofi. ... Der Mutter in Roxbury gefiel das nicht. Die strenggläubige Christin fürchtete, daß ihr Gene im Showgeschäft den Verführungen von Sex, Alkohol und Drogen erliegen könnte. Der junge Musiker ... widerstand und verfiel einer anderen Droge: radikaler Politik.« (52)

Farrakhans Verhältnis zu Elijah Muhammad, dem früheren Kopf der Nation of Islam, schildert Hielscher in folgenden ebenso schlichten wie inhaltslosen Worten:

»So wie der Papst mit Christus verheiratet ist, fühlt sich Farrakhan mit Elijah vermählt, der vielen gedemütigten Schwarzen in Amerika neues Selbstbewußtsein gab.« (56)

Vergeblich sucht man im Zusammenhang mit dem schwarzen Islam auch eine Erklärung dafür, was die Nation of Islam eigentlich mit dem originären Islam in Nahost zu tun hat. Wohlgemerkt: Damit hat sie fast nichts zu tun. Sunnitische Muslime etwa würden Farrakhan und seine Sekte sicher als Abirrung vom Koran und der orthodoxen Lehre ansehen. Ein solcher theologischer Exkurs müßte in ein Buch mit diesem Thema natürlich Eingang finden, tut es aber nicht, wenn es nur für einen vorübergehenden Medienrummel geschrieben ist.

Farrakhan ist, so läßt das Buch durchblicken, ein Demagoge, ein Opportunist, ein berechnender Prophetenmime. Er mixt Versatzstücke aus Bibel, Kabbala, Islam und Esoterik (wechselnde Anteile) mit Haßaufrufen, wechselt zwischen Antisemitismus und Sexismus einerseits und Versöhnungsangeboten an das Judentum und das weiße Amerika andererseits - und ist bei alledem die prominenteste Leitfigur des Black Nationalism in den USA. Millionen Schwarze hören ihm begeistert zu, wie krude und widersprüchlich sich seine Reden auch anhören mögen. (»Werde sauber, schwarzer Mann, und die Welt wird dich achten und ehren.« Oder: »Wir müssen mehr wie Jesus, Mohammed und Moses handeln und Diener von Menschen werden, denen wir in ihrer Not beistehen.« - Übs. nach dem Buch.) Insofern hat Hielscher die Situation sicher treffend umrissen. Jedoch immer, wenn er ins Detail geht, gelingt es ihm nur, Verwirrung zu stiften. In kurzen Sätzen beschreibt er beispielsweise die Aufgaben der Fruit of Islam, einer Art Schutzorganisation der Nation of Islam. Dabei erwähnt er, daß sie bei Mitgliedern unter anderem die »Nichtzahlung von Strafbeiträgen wegen Übergewichts« ahnde. Die Erklärung lautet:

»Unter den schwarzen Moslems gibt es nicht die für Amerika typischen, ungesunden Armutsdicken.« (69)

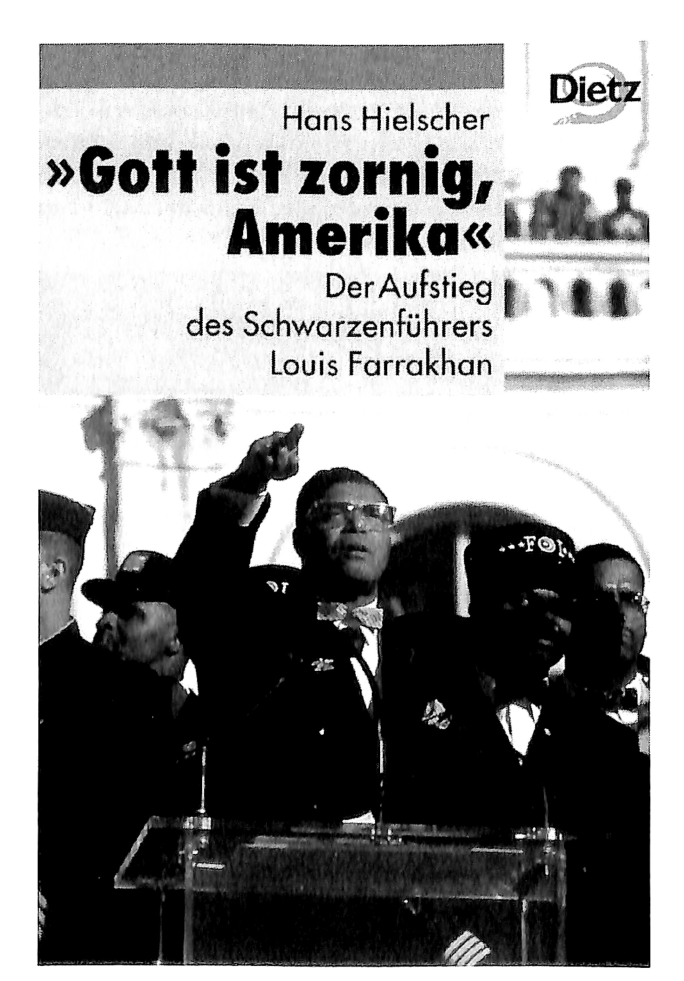
Kapiert? Ich auch nicht.

Die Frage nach den Gründen für den stetigen Aufstieg einer irrigen Heilslehre, die sich wegen ihres fehlenden Gehalts nicht einmal genau fassen läßt, drängt sich auf. Hielscher will in seinem Kapitel »Schwarze Mythen und Verschwörungstheorien« darauf antworten. Freilich geraten ihm auch hier so erhellende Sätze wie:

»... die meisten Afro-Amerikaner kennen die Bibel sehr gut. (119 f)«

oder:

»Tatsächlich sind die meisten Afro-Amerikaner von unerklärlichen Dingen eher fasziniert als abgestoßen. Das Übersinnliche spielt in ihrer Gemeinschaft eine größere Rolle als unter den Weißen.« (122)



Selbst wenn es so sein sollte: Aus dem Buch wird nie klar, warum das alles so ist. Nur ganz selten streift der Autor die komplizierten Hintergründe der heutigen Situation, die von African Americans deutlich empfundene Kontinuität der Geschichte von Verschleppung und Sklaverei, die sich noch heute in rassistischer Behandlung fortsetzt und die eine unüberwindliche Hürde für die Verständigung über ethnische Grenzen hinaus darzustellen scheint. Die Frage, die man sich als progressiver Mensch stellt, wäre natürlich, warum Befreiung aus Unterdrückung nur über Transzendenz, Esoterik und Moral vorstellbar sein soll und warum jeder andere Ansatz in den USA derzeit nicht mehrheitsfähig scheint. Hier ist sicherlich hilfreich, sich klarzumachen, daß auch andernorts auf der Welt Ideologien um sich greifen, deren AnhängerInnen sich auf die jeweils eigenen, als unverwechselbar gedachten kulturellen und historischen Wurzeln berufen, die eine Vermischung ablehnen und nur eine Segregation als Garanten für »nationale« Selbstbestimmung und individuelles Wohlergehen gelten lassen. Diesem Gedanken folgend, kämen wir nicht nur beim politischen Islam in Nahost oder dem Ethnienwahn in Ex-Jugoslawien an, sondern wären schnell auch bei der hierzulande verbreiteten und zunehmenden Aggression gegen »Fremde« und der Furcht vor einer Gesellschaft, in der die Deutschen resp. die Europäer nicht mehr das alleinige Sagen haben. Natürlich dürfen Rassismus von Herrschenden und Gegenstrategien von Betroffenen (»Recht auf Differenz gegen vereinnahmenden Universalismus«) nicht gleichgesetzt werden. Die Schwierigkeit ist aber die, daß beides oft kompatibel erscheint und dies von der Rechten ausgenutzt wird, die schon einmal mit Frantz Fanon argumentiert, um der Ausweisung von ImmigrantInnen das Wort zu reden.
Hielscher ist übrigens nicht ganz ahnungslos. Er hat auch Verschiedenes gelesen, und vielleicht ist seine kurze Bibliographie US-amerikanischer Literatur zum Thema das Beste, was sein Büchlein bietet. Dazu braucht man es natürlich nicht kaufen. Schließlich sei bemerkt, daß offenbar weder der Autor noch sein Lektor Dr. Lindner die Zeit hatten, das Buch vor Drucklegung durchzusehen. Sonst hätte man zumindest Wiederholungen, unterschiedliche Übersetzungen derselben Textstellen und einige der zahllosen Orthographie- und Tippfehler korrigieren können. Die »Offenbahrung« (58) wird wohl auch nach den Normen der Rechtschreibreform nicht durchgehen.

Günther Orth

Hans Hielscher: »Gott ist zornig, Amerika«. Der Aufstieg des Schwarzenführers Louis Farrakhan. Verlag Dietz Nachfolger, Bonn 1996, 155 S., 19,80 DM

Betreff: Der Orient = Der Islam = Die Fundamentalisten

Eine Rezension zu »Der Islam in der Diskussion« herausgegeben von Christoph Burgmer

Wo ein Pauschalwortschatz wie derjenige der Überschrift auftaucht, sind die Spezialisten des Generalwissens nicht weit. Diese populäre Variante des selbsternannten Globalexpertentums – weitgehend frei von belastenden Grundkenntnissen der Materie – ist hinreichend bekannt, man/frau wird damit fast täglich konfrontiert – privat wie öffentlich.
Also:
Diejenigen, die ohnehin überall Bescheid wissen, brauchen nicht weiterzulesen.
Für alle jenseits der »Hans Dampf in allen Gassen« – Fraktion:
Das ist kein Wälzer, keine lange, trocken-staubige Piste durch die Ödeneien der theoretischen Betrachtungsweise – und trotzdem kein Erzeugnis mit Parkplatz in der intellektuellen Tiefgarage. Bei diesem Thema ist das bemerkenswert, vor allem letzteres.
Denn:
Die Aktualität und die Beachtung, die »der Islam« seit der islamischen Revolution im Iran in der Medienlandschaft einnimmt, steht oft im krassen Mißverhältnis zum Kenntnisstand derer, die sich zu Äußerungen in dieser Thematik berufen fühlen. Viele aus islamischen Ländern berichtende Journalisten haben nicht den leisesten Schimmer vom Hocharabischen, geschweige denn der jeweiligen Landessprache, und ihre Kenntnisse des Islam sind minimal. Die Gründe, warum irgendeine der islamisch geprägten Ideologien an Bedeutung gewonnen hat, können nur durch eine sorgfältige Untersuchung geklärt und erläutert werden. Ohne das Grundwissen über die Ursprünge der verschiedenen Richtungen bleibt alles weitere Makulatur.
Dieses Buch ist eine Möglichkeit, sich die erforderlichen Grundkenntnisse in kompakter und verständlicher Form anzueignen. In Gesprächen mit verschiedenen IslamwissenschaftlerInnen werden die aktuellen Diskussionen erläutert und verschiedene Entwicklungen innerhalb islamischer Gesellschaften dargelegt.
Den Schwerpunkt des Buches bildet die islamische Moderne, die historischen Ausflüge dienen der Nachzeichnung der religiösen und gesellschaftlichen Ursprünge.
Das oben erwähnte Problem der Berichterstattung wird z.B. in dem Gespräch zum Islambild im Westen und dem islamischen Bild vom Westen von Gernot Rotter erläutert. Hier wird auch anhand der These Samuel Huntingtons vom »Krieg der Zivilisationen«' der aggressive Charakter der Propaganda solcher Kulturkämpfer verdeutlicht.
Seltsam dagegen die Konfliktlösungsvorschläge. Nicht als Scherz gemeint ist, daß Dialog und Jugendaus-

tausch nach deutsch-französischem Muster durch die vielen entstehenden menschlichen Kontakte einen Krieg verhindern könnten. Die Geschichte - auch die allerneueste - ist voller Kriege zwischen vormals gutnachbarlichen Parteien mit zahlreichen menschlichen Kontakten. Oder biblisch gesprochen: auch Kain erschlug Abel und das lag nicht daran, daß sie einander nicht kannten - bei der damaligen Bevölkerungszahl wäre das auch schwierig gewesen.

Ein etwas lauer Abschnitt des Buches sind die sehr ausführlichen Erläuterungen zum Sufismus[2] von Annemarie Schimmel (ja, das ist die mit dem letztjährigen Friedenspreis des Deutschen Buchhandels). Sie weicht der politischen Fragestellung regelmäßig mit der Flucht in religiöse Details aus. Das ist für den Adrenalinspiegel der weniger blutrünstig veranlagten LeserInnen vielleicht auch besser, als eine Neuauflage ihrer verständnisvollen Haltung gegenüber religiös motivierten Morddrohungen und fundamentalistischen Positionen über sich ergehen lassen zu müssen. Was Frau Schimmel mit ihrem offiziell verkündeten Statement, daß politische Strömungen sie nicht interessieren, in diesem Buch zu suchen hat, bleibt rätselhaft. Einzige Erklärung wären verkaufspolitische Erwägungen, denn der Skandal verursachte einen hohen Bekanntheitsgrad.

Aber das ist ein Einzelfall, die anderen Gespräche zeichnen sich durch Klarheit aus. Hervorragend ist der Ausflug Reinhard Schulzes quer durch die islamische Geschichte bis zur Analyse der islamischen Moderne. Diese wird anhand der Definition der Moderne von Jürgen Habermas[3] als eine eigenständige Entwicklung aus der autochthonen[4] Verarbeitung der europäischen Moderne gezeigt.

Ebenso grundlegend sind die Ausführungen Baber Johansens zum islamischen Recht in der Moderne, die neben der historischen Entwicklung und den verschiedenen Rechtsschulen auch Erhellendes zum Verständnis und der Bedeutung der Fatwa[5] im islamischen Recht enthalten. Kern des Gesprächs ist die heutige Forderung nach der Wiedereinführung und Kodifizierung des islamischen Rechts - in der Regel eine Festlegung historischer Normen aus dem 8.-12. Jahrhundert - in ein modernes, positives, staatliches Recht. Die Formeln zum Schutz der Angeklagten, die das klassische Prozeßrecht enthielt, gehen dabei verloren.

In weiteren Gesprächen werden der Schiismus (Yann Richard), das Verhältnis des Islam zu den Menschenrechten (Gudrun Krämer) und die aktuelle Rolle des Islam in Europa (Faruk Sen) behandelt.

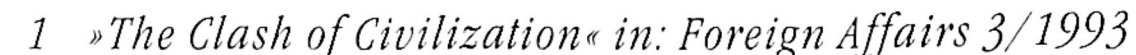
Ein kleines Manko des Buches stellt das fehlende Inhaltsverzeichnis dar. Dagegen sind das Fachvokabular und die Querverweise durch Fußnoten ergänzt, so daß keine aufwendigen Lexikonrecherchen notwendig werden. Allerdings ist sich der Herausgeber nicht ganz sicher bei den Kenntnissen, die er voraussetzen kann.

Resümee:

Das Buch hilft gegen die Zufälligkeit politischer Haltungen aus dem Bauch heraus.

Tobias Faßmeyer (ZAG-Redaktion)

Christoph Burgmer (Hg.): Der Islam in der Diskussion. Verlag Donata Kinzelbach, Edition Deutschlandradio, Mainz 1996, 114 S., 29,80 DM



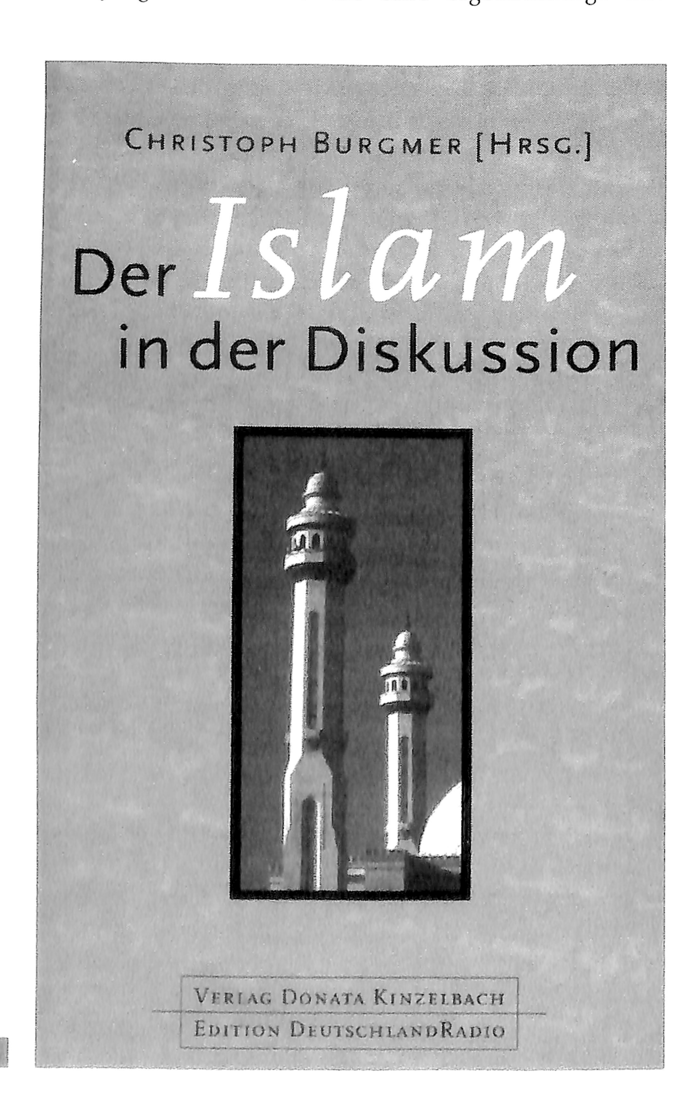
1 *»The Clash of Civilization« in: Foreign Affairs 3/1993*

2 *Kern des Sufismus ist die Liebe zwischen Gott und den Menschen (Koran 5, 54) im Gegensatz zum Gehorsam gegen Gott.*

3 *Habermas, J., Der philosophische Diskurs der Moderne, Frankfurt/M. 1985, S.390ff.*

4 *bodenständig, eingeboren, hier: innerhalb der spezifischen Gesellschaft, nicht als Entlehnungsprozeß*

5 *ursprünglich ein Gutachten zu religiösen und rechtlichen Fragen, das aber nicht zwangsläufig Rechtsfolgen hat. Die Fatwa Khomeinis zu Salman Rushdie unterscheidet sich zur ursprünglichen vor allem dadurch, daß ein Regierungsapparat sie immer wieder neu in Kraft setzt.*



HipHop aus der BRD

Die Münchner Main Concept haben eine Maxi mit dem Titel »Generation X« (Move) veröffentlicht und ich bin positiv überrascht. Drei Songs, jeder in zwei Versionen und dazu zweimal Bonusbeats sind zu hören. Main Concept haben wirklich eine rundum gute Scheibe vorgelegt. Mit smoothen aber Spannung aufbauenden Beats rapt die Crew über die Generation X und da lassen sie auch kein gutes Haar an ihr - warum sollten sie auch? »Generation X, meine Generation. Ohne Ideale, planlos, ohne Konzeption. Hineingeboren in eine Welt, wo alles stimmt, wo man im Wohlstand unter Kohls Hand und bürgerlicher Freiheit schwimmt. Nichts zu revoluzzen, Mächtige zu stutzen, mit linkem Ruf sich zu beschmutzen, Systemfehler wegzuputzen. Alles schon erledigt von den Eltern. Heute wählt man - und unterläßt Protest und meidet Polit-Streß. Keß - ist man gegen Rechts, weil Rassismus Scheiße ist...« Ausgenommen wird dabei niemand, von Wohlstandspunkern über Popper bis hin zu Skater und Rapper, alle werden in ihrem subkulturellen Mainstreamverhalten attackiert und aufgefordert politisch aktiv zu werden. »Doch gibt's etwas, was du vergaßt. Gegen politische Mißstände aufzumucken, ohne mit der Wimper zu zucken, sich vor der Macht zu ducken, nicht zuzugucken, zeig' deine Opposition. Statt auf 'ne Party, geh' mal auf 'ne Demonstration. Bekämpfe das System und gib ihm kein Geleit. Doch Konsum auf Befehl und bürgerliche Trägheit...« Engagement gegen Nazis und Rassisten, Kapitalismus und für MigrantInnen, Schwule und andere »Minderheiten« wird gefordert. »An die Gymnasiasten, wie ich es einmal einer war. Die Welt besteht nicht aus Cafés und deiner Lieblingsbar.«
Zwar hatten sich Main Concept seit ihrer ersten Veröffentlichung »So hat das Volk seinen Verstand verloren« (1993) immer korrekt verhalten und ihre Texte waren nie so belanglos wie die vieler anderer deutschsprachiger Rapper, doch so gut wie bei »Generation X« haben sie bisher noch nie getextet. Ähnlich verhält es sich mit dem Sound. Fehlte den meisten Stücken bisher eher das entscheidende Etwas, so ist »Generation X« ein richtiger Kracher. Auch die beiden anderen Stücke sind gut, schnellere Beats und Rhymes als bei »Generation X«, aber erstklassig gerappt.
Mit einer Maxi zurückgemeldet hat sich auch Toni-L von der Heidelberger Crew Advanced Chemistry. Die mutlikulti-Truppe, die bestimmt doppelt so gut wäre, wenn nur halb so anmaßend. Toni-L kommt als »Der Pate« (360°C / IRS) in drei Versionen und einem weiteren Song. Für eine Version von »Der Pate« konnte Toni-L sogar den us-amerikanischen Latino-Kultrapper Kid Frost gewinnen. Dennoch kann ich mich mit den meisten Sachen aus der Heidelberger Familie nicht anfreunden. Zwar ist »Der Pate« musikalisch ein schöner ruhiger laid-back HipHop und mit Kid Frost - der leider viel zu kurz kommt - kann man auch nicht viel falsch machen, doch gefällt mir einfach die Stimme von Tony-L nicht so richtig. Auch wenn die Rhymes gut sind und der Text zwar blödsinnig - Tony ist der berüchtigte Pate des Rap, wie soll es anders sein - doch um Klassen geschickter und spielerischer formuliert als das plumpe »ich bin cooler und rappe alle an die Wand« von vielen anderen Crews.
Eine neue Maxi gibt es nach langer Pause auch von Cora E., die seit '93 mit den Stieber Twins zusammenarbeitet. »Schlüsselkind«(EMI), veröffentlicht, um das Anfang '97 erscheinende Album »... und der MC ist weiblich« zu überbrücken, ist gleich in vier (durchaus unterschiedlichen) Versionen zu hören. Cora E., von der ich schon befürchtet hatte, sie würde nur über HipHop reden respektive rappen, bietet mit »Schlüsselkind« ihre Lebensgeschichte. Die Scheibe ist schön produziert und hat etwas melancholisches. Cora E., Rapperin der ersten Stunde, ist für mich eindeutig die Queen des deutschsprachigen HipHop, sie hat den absoluten Flow (vergeßt Schwester S., Tic Tac Toe oder sonstigen Medienquatsch).
Die Krefelder Crew Hörzu hat aus ihrem letzten Album den Song »Dies ist eine Party« (Move) ausgekoppelt und präsentiert ihn auf einer Maxi in drei Remixes mit dem bisher unveröffentlichten Battlereim-Song »Lauf!«. »Dies ist eine Party« hat fette gepumpte Disco-Beats, die irgendwo zwischen Kool & The Gang und der SOS Band liegen. Auch der Text entstammt dem Feeling der 70er Jahre Disco-Welt, ist also deutschsprachiges Party-Geschwafel, erzählt wie die Geschichte eines Abends. Ganz nett, überzeugt mich aber leider genauso wenig wie »Lauf!«. Viel zu sagen haben die Krefelder auch nicht, und das Wenige ist leider nicht mal witzig oder komisch.
Massive Töne aus Stuttgart haben nach ihrer Debüt-EP »...dichter in Stuttgart« nun mit »Kopfnicker« (MZ-ZE) ein rundes Album mit elf Songs vorgelegt. Abwechslungsreich mit drei Rappern bringen die Massiven Töne ein Supersmoothes und fettes Werk. Schöne, langsame Beats mit guten Samples und hervorragendem Flow der Stimmen. Gerappt werden sehr persönliche Geschichten aus dem HipHopper-Alltag der Crew, wie etwa über ihre Stadt (»Mutterstadt«) oder über Jams (»Betäubt und taub«). Besonders gut gefällt mir die ehrliche, direkte Art und der Ideenreichtum in der Wortwahl. »Kopfnicker« ist einfach gut.
Die Vers Chaoten bringen wirklich ihrem EP-Titel gemäß »Dunkle Energie« (Yo Mama). Vier Stücke - um eine weitere Schublade zu erfinden - Depri-HipHop, ein wenig deutschsprachiger Wu-Tang-Clan-Style mit zwei MC's. Abgedrehte, finstere Lyrics, von bös bis psychomäßig gerappt. Sehr eigen, anstrengend, aber interessant und auf jeden Fall kein Gedudel oder glatter Müll für die Berieselung in Einkaufszentren.
Dum Bum kommen aus Gießen und ich hoffe sie beziehen »da wo's schön is« (Yo Mama), den Titel ihrer fünf-Track-EP nicht auf die hessische Kleinstadt. Sei's drum Dum Bum nehm ich's nich krumm. Die vier leidenschaftlichen Teetrinker machen HipHop-Muzak und haben im Cover ihrer angenehm relaxten Scheibe jede Menge gute Ratschläge parat: »Verwenden sie auf keinen Fall metallene »Tee Eier« zur Zubereitung. Sie sperren den Tee ein und stören die ungehinderte Entfaltung des Aromas.« Manchmal schlägt ein wenig Hessisch durch (und manchmal auch ganz schön viel...), doch das paßt gut in den Flow der durchgeknallten Lyrics. Und obwohl ich den in der Gemütlichkeitsoptimierungsanleitung empfohlenen Ohrensessel nicht besitze und keine gepflegte Tasse Tee zu »da wo's schön is« getrunken habe, habe ich die Scheibe genos-

sen und Vögel zwitschern gehört. Echter Teestuben-Rap.
Die Meister aus dem Hause Yo Mama sind natürlich Fettes Brot, die nun mit »außen Top Hits, innen Geschmack« das Album zu den bereits im Vorfeld den tobenden Massen zum Ohrenfraß vorgeworfenen Maxis »Jein« und »Mal sehen« veröffentlicht haben. Die drei Hamburger Jungs, die mit »Nordisch by Nature« die Charts stürmten und die jetzt auch jedes zweite Bravo-Kid mal anfassen will, sind immer noch sympathisch (warum auch nicht, Erfolg macht ja nicht automatisch blöd). Und eigentlich gibt es zu Fettes Brot auch nicht viel zu sagen - es reden und schreiben sowieso schon zu viele über sie - die neue Scheibe ist gut produziert und abgemischt, meist eher relaxte Beats. Besonders nett ist der Song »Silberfische in meinem Bett«, Reggae-Beats, Roots Background, eine nette Melodie. Und außer, daß ich vielleicht mal gerne ein ernstes Interview mit ihnen lesen würde, habe ich den Jungs - wenn sie weiterhin auf Soli-Konzerten, wie im September in Berlin bei einem Antifa-Benefiz, auftreten - nichts vorzuwerfen (und wenn, wäre es ihnen wohl auch egal...).
Ebenfalls aus Hamburg stammen die Absoluten Beginner, die mit »Flashnizm (Stylopath)« (Buback Tonträger) nach einem fast zweijährigen Veröffentlichungsloch gleich eine Doppel-LP bzw. eine CD mit 16 Songs rausgebracht haben. Die Pause, die die Crew nutzte, um verschiedene musikalische Erfahrungen zu sammeln, hat ihnen gut getan (wenn es denn daran lag...). Schienen die Absoluten Beginner zu Beginn eher ein Grüppchen Oberschüler mit viel gutem Willen und Ideen, aber sehr stolpriger Umsetzung, so gefällt mir ihr neuestes Werk richtig gut. Lässig basieren ein Großteil der Tracks auf funklastigen Arrangements und Elemente aus Jazz und Dub finden Einlaß in die Musik. Die Liste der an »Flashnizm (Stylopath)« beteiligten Musiker ist auch durchaus beeindruckend; Katrin Achinger (Kastrierte Philosophen) singt ein Ständchen, David P (Main Concept) taucht als Gastrapper auf und Lothar Meid (Amon Düül 2) spielt mal Bass. Hatten die ABees bisher immer großen Wert darauf gelegt, auch textlich als linksradikal rüberzukommen und dabei manchmal doch zu sehr den Holzhammer geschwungen, so sind die Texte nun nicht mehr so plakativ, aber immer noch deutlich und gut - nur die ewige Huldigung THC haltiger Rauschmittel, so nett diese auch sind, reicht irgendwann mal.
Zu schlechter letzt soll doch »Cribb 199«, Poser des Monats, vorgestellt werden. Die dreiköpfige Crew, die bereits Anfang des Jahres Kern einer geradezu peinlichen »Doppelpunkt-Reportage« im ZDF war, hat tatsächlich eine ganze Platte, »No Panic! No Stress!« (EMI), veröffentlicht. Schon in der ZDF-Reportage mußte Cribb 199 herhalten, um alle vorstellbaren Klischees des verständnisvollen deutschen Positivrassisten zu erfüllen: »Cribb 199: Eine Band zwischen Musik und Kriminalität. Die eingeschworene Gemeinschaft (ein Araber, ein Türke, ein Kurde und ein Bosnier) ist fest entschlossen, ihr Geld mit Musik zu verdienen. Sie sind alle Grenzgänger am Rande der Kriminalität. Viele ihre Freunde sind in Drogen- und Waffenhandel verwickelt...« Ja, so ist es in Bremen, wo die Cribbs herkommen, außerdem gibt es da Straßen, »wo sich die Bullen nie hintrauen und deutsche Gesetze nicht gelten« und überhaupt ist Bremen gefährlicher als Zaire und South Central LA zusammen. Aber nicht genug mit der schlechten Reportage, während es ein Zeitweise-Cribb mittlerweile in den Knast geschafft hat (das Knastbild ziert ganz Ghettomäßig das Booklet), darf der Rest als böse-böse-HipHop verpackten Kaufhaus-Pop machen: Die Naivität der Cribbs (oder sind sie superschlaue Businesstalente?), die wahrscheinlich selbst glauben, sie würden im Soundtrack von »Boys in the hood« und nicht in Bremen leben, ist auf einen Produzenten getroffen, der die schnelle Mark riecht: viel Coolness, viel Ghetto, ein wenig Antirassismus und ab zu VIVA, wo sich das dann irgendwelche aschfahlen Mittelstandskids mit vier Generationen Sauerkrautspuren im Blut anschauen. Die meisten Stücke sind dann auch poppig und simpel gestrickt, die Texte meist schrecklich: »Es war ein heißer Tag, es roch nach Gras und Spaß. Wir fuhren im 7er BMW mit weit aufgedrehtem Baß. (...) Er sagte Mann was liegt an, sei ein Mann, geh ran, drüben an der Ecke steht Miss »rühr mich nicht an«. Es war so weit, wir waren bereit, wir waren breit (...) Ich sagte »Babe good lookin' du bist 'ne echte Wucht, dich anzuschauen ist die reinste Sucht. Sie sagte sie sei Cindy, fragte: »Wie heißt dein Begleiter?« Ich sagte: »Behey, das ist Lucifer (so jang amerikanisch ausgesprochen, Anm. d. A.).« Sie sagte er sei süß und ihre Freundin Vanessa, für den Rest von uns hätte sie 'ne heiße geile Schwester...«

Dario Azzellini



»Ich hatte kein Kleingeld ...«

In diesem Buch erzählen Flüchtlinge und EinwanderInnen von ihren Erlebnissen mit alltäglichem Rassismus - unkommentiert. Im Originalton werden ihre ganz persönlichen Wahrnehmungen und Empfindungen dokumentiert - ohne Gegenargumentation. Der Inhalt des Buches hat daher rein subjektiven Charakter, läßt Aussagen für sich stehen und wirken. Dabei geht es sowohl um individuelle Erfahrungen mit offensichtlicher Diskriminierung von anders denkenden, anders lebenden, anders aussehenden Menschen, als auch um den subtilen Rassismus, der Nichtbetroffenen weitgehend verborgen bleibt oder so weit zur gesellschaftlichen Normalität gehört, daß er nicht wahrgenommen wird. Rassismus kann in allen Bereichen des täglichen Lebens Menschen ausgrenzen, verletzen, sogar zerstören. In diesem Buch handeln die Gespräche von Erfahrungen mit Rassismus auf der Straße, in öffentlichen Verkehrsmitteln, bei Behörden, bei der Polizei, in AsylbewerberInnenunterkünften, an Universitäten und Schulen, in der Nachbarschaft.

Dorothea Schütze: »Ich hatte kein Kleingeld... . Erfahrungen mit alltäglichem Rassismus in Darmstadt.« 16 Gespräche mit Flüchtlingen und EinwanderInnen. 208 S., 14,80 DM. ISBN 3-8739-0120-X. Zu beziehen bei: version, Vor den Siebenburgen 32, 50676 Köln. Tel.: 0221/3100961.

Prozeß-Info

Das Lübecker Bündnis gegen Rassismus gibt wöchentlich ungefähr freitags eine vierseitige A4-Broschüre über den Prozeßverlauf gegen Safwan Eid heraus. Diese enthält jeweils aktuelle Prozeßberichte, Dokumentationen und politische Aufrufe. 10 Exemplare kosten 5.-, 25 Exemplare 10.-, 50 Exemplare 15.- und 100 Exemplare 20.-. Bezahlt wird per Vorkasse, entweder Schein oder Scheck, oder auf das Spendenkonto 566 406-201 bei der Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Kontoinhaber C. Kleine. Die Lübecker bitten auch um Spenden auf obiges Konto, da sie durch die Öffentlichkeitsarbeit sehr hohe Kosten hatten. *(gr)*

Die Broschüre kann bestellt werden beim Lübecker Bündnis gegen Rassismus, Willy-Brandt-Allee 9, 23554 Lübeck, Tel.: 0451 - 70 20 748.

1660 Kubikzentimeter professionelle Fahndungsantifa

Gut Ding will Weile haben: In der Antifa-Edition von Elefantenpress ist jetzt das lange angekündigte Handbuch Deutscher Rechtsextremismus erschienen - über tausend Seiten Pferd und Reiter, Namen und Adressen, Register, Chronologien, Verweise, Anhänge und Auswahlbiografien. Und - last but not least - über zwei Dutzend analytischer Artikel zur Entwicklung des Rechtextremismus in Deutschland nach 1945, endend beim Lübecker Brandanschlag. Bleibt, dem Wälzer zu wünschen, daß er zum Arbeitsmittel einer fortgesetzten antifaschistischen Bewegung wird, nicht zu ihrem dokumentarischen Vermächtnis. *(mw)*

Jens Mecklenburg (Hg.): Handbuch Deutscher Rechtsextremismus, 1054 Seiten, 14x6x20cm Hardcover, gebunden, Elefanten-Press Antifa-Edition, Berlin 1996, ISBN 3-88520-585-8, DM 68.-

RAG und ZAG verbindet nicht nur der ... sagen wir ... unprätentiöse Titel - die simple Abkürzung (Rundbrief anti... / Zeitschrift anti...), Geburtsstunde und Erscheinungsrhythmus, E-Mail und Web-Site. Daneben beackern beide auch sehr ähnliche Themenfelder, wobei der Rundbrief antifaschistischer/antirassistischer GewerkschafterInnen allerdings dem antifaschistischen Aspekt mehr Aufmerksamkeit zollt als die ZAG, die sich laut Titel schon lange auf den antirassistischen Sektor konzentriert. Hinzu kommen Einblicke in das mitunter rauhe gewerkschaftliche und betriebliche Milieu (»Eine rechte Gewerkschaftsjugend?«, RAG 18, S.3) und Berichte von internationalistischen Kontakten und Reisen. Und das ganze komprimiert auf (meist) 16 Seiten. Da sollte für Hintergründe und Theoriebildung nicht viel Platz bleiben, sollte man meinen, aber selbst theoretische Auseinandersetzungen, etwa mit dem Begriff des Rassismus, finden noch Platz. Kurz und knackig, ohne unzulässig zu verkürzen - ein kleines, dünnes Wunder eigentlich... Und wohl, wie alle linken Publikationen mit einem »A« im Namen, viel zu wenig gelesen... *(mw)*

RAG - Rundbrief antifaschistischer/antirassistischer GewerkschafterInnen, erscheint (»so es das Schicksal will«) vierteljährlich für 50 Pfennig (für Mitglieder sogar kostenlos), herausgegeben von der DGB-Gewerkschaftsjugend, Kontaktadresse: DGB-Jugend- und Kulturzentrum im Olof Palme Jugendzentrum, Brunnenstr. 125, 13355 Berlin (Wedding), E-Mail: RAG@VLBERLIN.comlink.de, Web: http://www.berlinet.de/trend/rag180.htm

neue medien: cd's, filme, webseiten

MigrantInnen zu Strategien der Identität in den 90er Jahren.

In den Medien werden Portraits von Frauen aus dem Trikont meist als Metapher für einen Umstand wie etwa »Naturverbundenheit«, Armut, Fanatismus oder Rückständigkeit verwendet, in dem sie sich angeblich befinden. Solch reduzierten Darstellungen, die jede komplexe Subjektivität unterschlagen, haben einen direkten Einfluß auf die Stellung von MigrantInnen im Westen. In einem eigenproduzierten Video äußern sich fünf Frauen, die heute in der Schweiz leben, zu ihrer persönlichen Beziehung zur Identitätskarte, welche ihren Status bestimmt. Die Positionen und Strategien, die sie gegenüber den auferlegten Kontrollmechanismen einnehmen, vermitteln die Bandbreite und Differenziertheit ihrer Identitäten.

»Es fängt erst noch an ...« - MigrantInnen zu Strategien der Identität in den 90er Jahren. VHS-Video, 15 Minuten, Verleih für Veranstaltungen: DM 40.-; Kauf für privaten Gebrauch (ISBN 3-931731-22-7): DM 29.-
Bei: querblick, medien- und verlagswerkstatt, Macairestr. 3, 78467 Konstanz, Tel. 07531 65002, Fax 07531 54929

Als die Polizei kam, sprang er aus dem Fenster

Wer heutzutage als politischer Flüchtling nach Deutschland kommt, hat kaum noch eine Chance, Asyl gewährt zu bekommen. Nach einem Asylschnellverfahren, in dem die persönlichen Fluchtgründe keine Rolle spielen, droht ihm meist die Abschiebung, die in vielen Fällen den Tod bedeutet. Die einzige Möglichkeit, dem zu entgehen, ist unterzutauchen, mit der Hoffnung, doch irgendwann als politischer Flüchtling anerkannt zu werden.
Was dieses Leben in der Illegalität bedeutet und wie es bestimmte Leute überhaupt ermöglichen, zeigt Bertram Rotermund in seinem 30-minütigen Film »Heimliche Menschen«. Er verzichtet dabei völlig auf einen Sprecher und läßt jeden (u.a. Flüchtlinge aus Pakistan, dem Libanon, der Türkei und ein Ehepaar, das schon mehrfach Flüchtlinge aufgenommen hat) sagen, was er/sie zu sagen hat. Der Film wird dadurch leicht verständlich und man erhält einen guten Einblick in die Situation der Flüchtlinge.

Bertram Rotermund: Heimliche Menschen, 30 Minuten, Bezug: Medienwerkstatt Freiburg e.V., Konradstr. 20, 79100 Freiburg. Tel. 0761/709757; Fax 0761/701096

NIZKOR-Mirror mit neuer Adresse

Das kanadische NIZKOR-Archiv enthüllt umfangreiches Material in englischer Sprache zum Thema Holocaust, »Geschichtsrevision«, Faschismus der Gegenwart und Nazis im Internet. Die in Bonn gespiegelten Seiten des NIZKOR-Archivs haben eine neue Adresse. Neben dem FTP-Archiv kann man nun auch die WWW-Seiten einsehen. (M.DIETZSCH@NADESHDA.gun.de)

http://pc-leis3.iam.uni-bonn.de/~nizkor/
ftp://pc-leis3.iam.uni-bonn.de/pub/nizkor

PartisanInnen im Piemont

...ist ein Dokumentarfilm über den antifaschistischen Widerstand zwischen 1943 und 1945 in Nordwestitalien. Noch heute lebende Partisanen berichten kleinere Episoden aus der Zeit der Resistenza und versuchen ihr damaliges Lebensgefühl zum Ausdruck zu bringen. Dabei rücken dokumentarische Filmausschnitte und ein Sprecher das Erzählte in geschichtliche Zusammenhänge. Der Film von Katrin Brüggeman und Jürgen Weber eignet sich gut als Einführung in das Thema oder Hintergrundinformation, da trotz der o.g. aufklärenden Einschübe einiges offen bleibt. Hat man keine entsprechende Vorbildung, kann man sie sich im Buch zum Video, das neben den ungekürzten Interviews eine Einleitung zum geschichtlichen Hintergrund liefert, erarbeiten. (Kurzbesprechung des Buches siehe ZAG Nr.20)

»PartisanInnen im Piemont«. Ein Film von Katrin Brüggemann und Jürgen Weber. Produktion: querblick, medien- und verlagswerkstatt, Macairestr. 3, 78467 Konstanz, Tel. 07531/65002. Fax 07531/54929

kurz angesagt

Bratislava, 8.-12.1.1997: Siebte UNITED-Konferenz

Unter dem Motto »Solidarity with Minorities - Cooperation Against Nationalism and Racism« findet im slowakischen Bratislava die siebte europäische Konferenz des von Amsterdam aus organisierten Netzwerks UNITED statt.
Anmeldung: Postbus 413, NL-1000 AK Amsterdam, fon +31-20-6834778, fax 6834582, e-mail: united@antenna.nl

Berlin – Friedrichsfelde, 12.1.1997: Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zum Gedenken

Traditionelle Gedenkveranstaltung für die 1919 von Freikorps ermordeten RevolutionärInnen. Im vergangenen Jahr endete die von Zehntausenden besuchte Veranstaltung durch massive Polizeiprovokationen in Tumulten mit Festnahmen und nachfolgenden Prozessen. Diese Taktik, so scheint es, zeitigt Wirkung, zumindest beim PDS-Landesvorstand, der sich von der Organisation der Gedenkkundgebung zurückziehen will...

Lille, 15./16.3.1997: Europa hinter Stacheldraht

In Europa mehren sich die Orte, die eigens dafür geschaffen werden, um AusländerInnen einzusperren. Diese Orte sind: behördliche oder gerichtliche Auffang-/Rückschaffungszentren, Transitzonen in Flughäfen, bewachte Unterbringungen, improvisierte Zellen oder Kielräume von Schiffen. Gleichzeitig wird immer mehr mit einer willkürlichen Auslegung der Gesetze die individuelle Freiheit der MigrantInnen eingeschränkt. Im französischen Lille wird am 15./16. März ein europäisches Kolloquium stattfinden, um eine Bestandsaufnahme dieser Auffang-/Rückschaffungszentren vorzunehmen und die Praktiken, die sich darin entwickeln, bekannt zu machen.

Kolloquium Europa hinter Stacheldraht, Lille, 15./16.3.1997, s/c Jean-Pierre Perrin, 11, rue Ponson du Terrail, F-45000 Orléans, fon: 02-38-43 25 79, fax: 02-38-43 94 09

ZAG im Abonnement

Wer ZAG regelmäßig lesen möchte, sollte abonnieren. Unten auf dieser Seite findet Ihr unsere Bestellpostkarte. Wir schicken Abos - soweit nicht anders vereinbart - nur raus, wenn sie bezahlt sind. Denkt also daran, rechtzeitig zu bezahlen.
Bitte füllt sowohl die Bestellung als auch den Überweisungsschein für die Bank vollständig aus, also mit Name, Adresse und Wohnort. Wir haben nämlich immer wieder das Problem, Abo-Bestellungen und Überweisungen zu kriegen, bei denen wir wegen der unvollständigen Angaben nicht wissen, an wen oder wohin wir die ZAG schicken sollen.
Ein ZAG-Jahresabo (4 Ausgaben) kostet im Inland 20.-DM, im Ausland 30.-DM (inclusive Porto, Lieferung nur gegen Vorkasse.) Wer unsere Arbeit unterstützen möchte, zeichne ein Förderabo. Gegen Spenden haben wir selbstverständlich auch nichts einzuwenden.
Außerdem suchen wir Läden, Buchhandlungen und Gruppen, die die ZAG weiterverkaufen. WiederverkäuferInnen erhalten die ZAG auf Wunsch mit Rabatt oder auf Kommission. Wenn ihr daran Interesse habt, meldet Euch bei der Redaktion.

ZAG – Archiv

Ältere Ausgaben der ZAG sowie andere Publikationen der Antirassistischen Initiative könnt Ihr bei uns nachbestellen. Die Ausgaben Nr.1 bis 3 (noch ohne Themenschwerpunkt), sind noch alle verfügbar und kosten nur je 1.-DM.
Die Hefte aus der Zeit, als Antirassismus in Mode war, Nr.4 bis Nr.9 sind praktisch vergriffen, können aber im Zweifelsfall als Fotokopie, gelegentlich aber auch »antiquarisch« zugesandt werden. Bis aufs allerletzte Exemplar vergeben sind im Moment die Ausgaben 5 und 7. Bevor sie im Altpapier landen: laßt sie uns doch wieder zukommen! Es soll euer Schaden nicht sein, wir schicken euch wahlweise die neuesten ZAG's oder erstatten euch Porto und Kaufpreis. Alle neueren Ausgaben (ab Nr. 10) sind noch verfügbar.

ZAG – Themenschwerpunkte

Jg. 1992
Nr.2 (Feb.) Greift ein!- Schaut nicht länger weg!
Nr.3 (Mai) Wer schweigt stimmt zu
Nr.4 (Aug.) Los Angeles, Mannheim, Hoyerswerda
Nr.5 (Nov.) Roma / Rostock *vergriffen!*

Jg. 1993
Nr. 6 (Feb.) Gleiche Rechte für alle / Lagerkampagne *vergriffen!*
Nr. 7 (Mai) Rassismus und Medien *vergriffen!*
Nr. 8 (Sep.) Ausweisung und Abschiebungen *vergriffen!*
Nr. 9 (Nov.) Bleiberecht für VertragsarbeiterInnen *vergriffen!*

Jg. 1994
Nr.10 (Feb.) Rassismus und Bildung
Nr.11 (Mai) Innere Sicherheit
Nr.12 (Sep.) Rassismus und soziale Frage
Nr.13 (Dez.) Polizei und Justiz

Jg. 1995
Nr.14 (März) Deutscher Antirassismus? *Gemeinsame Ausgabe von ZAG und OFF LIMITS*
Nr.15 (Juni) Illegalisierung
Nr.16 (Sep.) Europa
Nr.17 (Dez.) Alltag - Kultur - Rassismus

Jg. 1996
Nr.18 (März) VietnamesInnen in Berlin
Nr.19 (Juni) Einwanderungspolitik
Nr.20 (Sept.) Ökologie
Nr.21 (Dez.) Balkan: Krieg und Flucht

Wer ZAG jetzt abonniert ...

bekommt von uns - auf Wunsch und solange der Vorrat reicht - als erstes den Jahrgang ›95 (Einen sehr vollmundigen Jahrgang ...) als kleine Beigabe gratis zugesandt.

Wenn Ihr die ZAG regelmäßig in Eurem Briefkasten haben wollt

Ich möchte die ZAG regelmäßig in meinem Briefkasten haben

Ich abonniere die Zeitschrift Antirassistischer Gruppen ab der Ausgabe Nr __ __ und erhalte ein ZAG-Jahresabo, bestehend aus vier Ausgaben zum Preis von 20.- DM

❒ zugesandt ins Ausland, leider zusätzliche Versandkosten von 10.- DM
❒ und möchte die ZAG durch ein Förderabo (zusätzlich ____.- DM) unterstützen.
❒ Bitte schickt mir als Willkommen und zur Vervollständigung meines Archivs kostenlos den Jahrgang 1994 (Ausgaben 10-13)

Das Geld überweise ich auf das Konto der
Antirassistische Initiative e.V.
Bank für Sozialwirtschaft BLZ 100 205 00
Konto: 303 96 01 Stichwort ZAG
❒ ich benötige eine Rechnung

Meine Anschrift:
Name:
Straße:
Ort:
Datum: Unterschrift:

ZAG / Antirassistische Initiative
Yorckstr. 59
D-10965 Berlin